Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt:

Dr. Hermann Rauschning

Der unnötige Krieg. Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und David L. Hoggan

Dr. Achim v. Borries

Das widersinnige Junktim

Felix Molitor

Restauration und Reaktion in westdeutschen Geschichtsbüchern (I)

Dr. Lily E. Marx

Italiens Osthandel

2,50 DM VIII. Jahrgang September 9/63

Postverlagsort Köln G 1800 E

INHALT

Chronik des Monats August 1963 S. 657

Berichte und Kommentare:
Der zweite Schritt – Wider atomare Rüstung – Der Kampf der Kurden S. 660

Die Lage:
Dr. Achim v. Borries
Das widersinnige Junktim S. 671

Dr. Hermann Rauschning
Der unnötige Krieg. Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und David L. Hoggan S. 680

Hans v. Uslar
Franz Josef Strauß – Ein Typus unserer Zeit S. 698

Felix Molitor
Restauration und Reaktion in westdeutschen Geschichtsbüchern (I) S. 707

Wolfgang Baranowsky
Der Mensch und die kybernetische Maschine (I) S. 716

Herbert Mochalski
Zur Geschichte der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (III) S. 722

Aus der Wirtschaft:
Dr. Lily E. Marx, Rom
Italiens Osthandel S. 728

Rudolf Rolfs
Was ich noch sagen wollte . . . S. 732

Buchbesprechungen:
Neuerscheinungen – Der Fall Hindenburg – ein deutsches Exempel S. 731

Dokumente zum Zeitgeschehen:
Entwurf einer Deklaration über die Beseitigung aller Formen der rassischen Diskriminierung S. 738

Blätter für deutsche und internationale Politik

HERAUSGEBER:
Hilde Bentele
Franz Beyer
Hermann Etzel
Gerhard Gollwitzer
Manfred Pahl-Rugenstein
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen

VIII. Jahrgang | September 1963 | Heft 9

Chronik des Monats August 1963

1.—2. 8. — B u n d e s w e h r. Verteidigungsminister McNamara erörtert in Bonn militärpolitische Fragen und besichtigt Bundeswehreinheiten. Nach seiner Rückkehr erklärt der Minister am 5. 8. in Washington, die Bundesregierung habe sich verpflichtet, in den Haushaltsjahren 1963/1964 und 1964/65 für Waffen und Dienstleistungen in den USA 1,3 Mrd. Dollar auszugeben. — Am 5. 8. erläutert Minister von Hassel Pläne für eine Territorial-Reserve der Bundeswehr, mit deren Aufstellung am 1. Januar 1964 begonnen und deren Stärke innerhalb von zwei Jahren 50 000 Mann erreichen solle.

2. 8. — A f r i k a. Der Rat der Organisation der Afrikanischen Einheit, der mit Ausnahme der Südafrikanischen Union alle unabhängigen Staaten des Kontinents angehören, setzt auf seiner ersten Sitzung in Dakar (Senegal) die Statuten der bisher bestehenden innerafrikanischen Regional-Organisation außer Kraft.

5. 8. — K e r n w a f f e n. In Gegenwart von UN-Generalsekretär U Thant und Ministerpräsident Chrustschow unterzeichnen im großen Kremlpalast die Außenminister Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten den Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche im Weltraum, in der Atmosphäre und unter Wasser. U Thant unterbreitet bei dieser Gelegenheit seinen fünf Punkte umfassenden „Friedens-Plan" (Vgl. „Blätter", Heft 8, S. 591). Außenminister Lord Home und Staatssekretär Rusk führen in Moskau und bei Besuchen in Leningrad und Gagra (Schwarzmeerküste) Gespräche mit Ministerpräsident Chrustschow und Regierungsmitgliedern über „Fragen von gegenseitigem Interesse". — Ab 8. 8. liegt das Moskauer Abkommen in den drei Hauptstädten zur Unterzeichnung auf. Schon in den ersten Tagen signieren 40 Staaten, darunter die DDR, die in englischer und russischer Sprache abgefaßten Originaltexte. Die Bundesregierung, die zunächst mit Hinweis auf die gleichzeitige Mitgliedschaft Ostberlins weiter Bedenken gegen einen Beitritt geltend macht, schließt sich am 19. 8. nach vieltündigen Kabinettsberatungen und einem Besuch Außenminister Rusks in Bonn dem Vertrag an. — Am 13. 8. heißt es in Paris, Frankreich werde sich in Zukunft auf unterirdische Nukleartests beschränken und auf atomare Explosionen in

der Atmosphäre verzichten. — Am 24. 8. teilt der amerikanische Generalstab Einzelheiten eines geplanten umfangreichen Programms unterirdischer Kernwaffenversuche mit. Es sollten „so viel Versuche wie nur möglich" unternommen werden. — Am 29. 8. empfiehlt der außenpolitische Senatsausschuß mit 16 gegen 1 Stimme die Ratifizierung des Vertragswerks. — Bis zum 31. 8. hatten sich 80 Staaten dem Moskauer Abkommen angeschlossen.

6.—9. 8. — V A R. In Bagdad konferieren der syrische und der irakische Regierungschef über die angestrebte Föderation mit Ägypten im Rahmen einer Vereinigten Arabischen Republik. — Am 11. 8. lehnt Präsident Nasser eine Zusammenarbeit mit der in Damaskus herrschenden Baath-Partei erneut ab und verlangt den Sturz des „gegenwärtigen Regimes in Syrien". Der irakische Präsident Marschall Aref setzt seine Verhandlungen am 21. 8. in Kairo und am 26. 8. in Damaskus fort.

7. 8. — S ü d a f r i k a. Der UN-Sicherheitsrat fordert (bei Stimmenthaltung Frankreichs und Großbritanniens) angesichts der anhaltenden Rassentrennung und -diskriminierung ein totales Waffenembargo gegenüber der Südafrikanischen Union.

9. 8. — K a n z l e r n a c h f o l g e. Vizekanzler Prof. Erhard führt in seinem Haus am Tegernsee mit führenden Vertretern der CDU/CSU „erste Gespräche" über sein Regierungsprogramm und die Ministerliste eines „umgebildeten Kabinetts". Einige Tage später empfängt Erhard eine Abordnung der FDP.

11. 8. — B e r l i n. US-Stadtkommandant Generalmajor Polk berichtet vor der Presse über die vorgesehene Umgruppierung der ihm unterstellten Garnison, die bei vermehrter technischer Ausrüstung zu einer Verringerung des effektiven Mannschaftsbestandes von 600 Soldaten führen werde. — Am 20. 8. verfügt der Rektor der Freien Universität die Verweisung von „Fluchthelfern" aus dem Studentendorf mit der Begründung, die Universität sei eine Stätte der Lehre und Forschung und könne „bestimmte politische Aktivitäten" nicht decken. Angestellte universitätseigener Wohnheime waren beim Reinigen einiger Räume auf Waffen gestoßen. — Am 21. 8. kündigt die Westberliner CDU einen parlamentarischen Mißtrauensantrag gegen Bürgermeistr Albertz (SPD) an, der am Abend des 13. August in einer Rundfunksendung die Politik der Bundesregierung als provinziell und engstirnig kritisiert und von einem „Rheinbundstaat" gesprochen hatte.

12. 8. — A b r ü s t u n g. Über den Fortgang der Abrüstungskonferenz erzielen die beiden Ko-Präsidenten Stelle (USA) und Zarapkin (UdSSR) Einigung. Zu den Beratungsthemen gehören der gegenseitige Austausch von Militärmissionen, der Abschluß eines Nichtangriffspakts zwischen NATO und Warschauer Pakt, die Herabsetzung der Militärbudgets, die Errichtung kernwaffenfreier Zonen und weitere Maßnahmen zur Verhinderung eines Überraschungsangriffs. — Am 29. 8. vertagt sich der Ausschuß bis zum Ende der Herbstsession der UN-Vollversammlung.

— P o r t u g a l. Staatspräsident Salazar erklärt in seiner Ansprache, Portugal denke „im Interesse des Westens" nicht daran, seine Besitzungen in Afrika, insbesondere die Kolonie Angola, aufzugeben.

14. 8. — A l g e r i e n. Der langjährige Chef der Exilregierung, Ferhad Abbas, verzichtet auf die Präsidentschaft der Nationalversammlung. Abbas, der am 16. 8. aus der FLN ausgeschlossen wird, opponiert gegen Bestimmungen des von Ben Bella vorgelegten Verfassungsentwurfs und die Einführung eines Präsidialsystems, das nur einen „Personenkult" zur Folge haben könne.

15. 8. — K o n g o. Nach mehrtägigen Unruhen und der Machtübernahme durch die Armee muß der Präsident des ehemals französischen Kongo, Fulbert Youlou, seine Demission einreichen. Die Gewerkschaften hatten in Brazzaville zum Generalstreik gegen die von Youlou angestrebte Einheitspartei aufgerufen. Die provisorische Regierung übernimmt Parlamentspräsident Massamba-Deba.

— C h i n a. Heftige Kritik an der „kapitulationistischen Koexistenzpolitik" und dem „papiernen" Moskauer Teststopabkommen übt ein Regierungssprecher. Der Sowjetunion wird vorgeworfen, China bei der Herstellung eigener Kernwaffen nicht unterstützt zu haben. Moskau antwortet mit

einer Erklärung am 21. 8. und wendet sich erneut gegen die „weitere Verbreitung von Kernwaffen".

17. 8. — Ostpolitik. Bundestagsvizepräsident Thomas Dehler (FDP) tritt eine längere Reise in die Sowjetunion an. Dehler hatte vorher Bundeskanzler Adenauer und Außenminister Schröder zu Gesprächen aufgesucht.

19. 8. — Hallstein-Doktrin. Der Beitritt der Bundesrepublik zum Moskauer Kernwaffenvertrag und die vorausgegangene Unterschriftsleistung der DDR führt zu einem west-östlichen Notenwechsel über den gegenwärtigen völkerrechtlichen Status Deutschlands. Das Moskauer Außenministerium verweigert am 21. 8. die Annahme einer Note, in der sich die Bundesregierung als „einzig berechtigte Vertreterin des deutschen Volkes" in internationalen Verhandlungen bezeichnet. Auf die Feststellung der Westmächte, die Vertragspartnerschaft mit der DDR bedeute für sie keine Anerkennung Ostberlins, unterstreicht die Sowjetregierung die Existenz zweier deutscher Staaten und eines „praktisch unabhängigen politischen Gebildes Westberlin".

21. 8. — Südvietnam. Die Regierung verhängt über das ganze Land den Belagerungszustand und läßt alle Pagoden der Hauptstadt durch Truppen besetzen. Hintergrund der Unruhen ist das Vorgehen des autoritär-katholisch orientierten Regimes Diem gegen die Buddhisten, die rund 70% der Bevölkerung ausmachen.

22. 8. — Nichtangriffspakt. Auf der Genfer Abrüstungskonferenz empfiehlt der brasilianische Delegationschef de Castro einen „multilateralen Nichtangriffspakt", der nicht nur die Mitglieder militärischer Gruppierungen umfassen, sondern auch anderen Staaten zum Beitritt offen stehen solle.

23. 8. — Norwegen. Die Annahme eines Mißtrauensantrages der Konservativen Partei durch das Parlament führt zum Rücktritt des Kabinetts Gerhardsen und beendet vorläufig eine nur durch die deutsche Besetzung unterbrochene 28jährige Regierungstätigkeit der Sozialdemokraten. Die Oppositionsparteien hatten ein Grubenunglück auf Spitzbergen zum Anlaß ihrer Aktion gewählt. Neuer Ministerpräsident wird der Fraktionschef der Konservativen, John Lyng.

26. 8. — Lohntarife. Die IG-Bergbau und Energie kündigt die Lohntarife und Arbeitszeitabkommen für die Arbeiter des Steinkohlenreviers zum 30. September 1963.

27. 8. — Luxemburg. Das im Amtsblatt veröffentlichte neue Militärgesetz sieht eine Herabsetzung der Wehrdienstzeit von 1 Jahr auf 9 Monate vor.

28. 8. — USA. Mehr als einhunderttausend schwarze und weiße Amerikaner demonstrieren mit einem „Marsch auf Washington" gegen die Rassentrennung und fordern die vollen Bürgerrechte für die farbige Minderheit der Vereinigten Staaten. Hauptredner der in der Geschichte der USA größten Kundgebung vor dem Lincoln-Denkmal in der Nähe des Capitols ist der Baptistenpfarrer Martin Luther King.

— Verfassungsschutz. Das Bundesinnenministerium bestätigt Pressemeldungen, wonach unter den Angestellten des Verfassungsschutzamtes ehemalige Angehörige der SS und des nationalsozialistischen Sicherheitsdienstes tätig sind. In der Öffentlichkeit werden die Namen der früheren SS-Hauptsturmführer Wenger und Ströbing genannt. Das Ministerium verweist ausdrücklich auf die „fachliche Vorbildung und Erfahrung" dieser Mitarbeiter, die zu ihrer Wiedereinstellung geführt hätten.

31. 8. — SPD. Die Sozialdemokratische Partei beendet ihr Deutschlandtreffen mit einer Kundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt. Der britische Oppositionsführer Harold Wilson wendet sich mit Nachdruck gegen eine nukleare Bewaffnung der Bundeswehr und plädiert für eine „sorgfältig ausgewogene und kontrollierte" Verminderung der Streitkräfte und Waffen in Mitteleuropa. Die Verwirklichung eines solchen „Disengagements" eröffne nach Meinung der Labour Party zum erstenmal wieder ernsthafte Aussichten für eine demokratische Wiedervereinigung. Weiter erklärt Wilson, der freie Zugang nach Westberlin müsse gewahrt und eine Verlegung von UN-Organisationen (so etwa einer zu schaffenden Abrüstungsbehörde) in die Sektorenstadt solle erwogen werden.

Berichte und Kommentare

Der zweite Schritt

Das nächste Etappenziel auf dem mühsamen, aber von der politischen Vernunft vorgeschriebenen Weg zu einer umfassenden Abrüstung heißt: Einrichtung von stationären Kontrollposten an strategisch wichtigen Punkten beiderseits des Eisernen Vorhangs mit dem Ziel, Überraschungsangriffe zu verhüten. Obwohl die bisherigen Verhandlungen der drei Großmächte über dies Frage, soweit sie der Öffentlichkeit bekannt wurden, noch keine Details mit Sicherheit erkennen lassen, kann über die materiellen Vorzüge einer solchen Kontrollmaßnahme doch das folgende gesagt werden:

Erstens: Da nach den strategischen Regeln kein Überraschungsangriff ohne eine beträchtliche Truppenkonzentration im grenznahen Gebiet und seinem unmittelbaren Hinterland denkbar ist, zerstört der Austausch von Beobachtern, die an strategisch interessanten Verkehrs-Knotenpunkten stationiert werden, die für jeden potentiellen Aggressor verlockende Chance, unbemerkt größere Truppeneinheiten für einen Überfall bereitzustellen.

Zweitens: Die begründete strategische Auffassung beider Seiten geht dahin, daß auch ein mit modernsten A-Trägerwaffen geführter Überraschungsschlag auf den Gegner nur dann „sinnvoll" ist, wenn in den grenznahen Bereitstellungsräumen konventionelle und mit taktischem Nukleargerät bewaffnete Truppen konzentriert worden sind, die das atomar zerstörte Gebiet besetzen und gegen den zu erwartenden Gegenstoß des Überfallenen halten müssen. Dieser Gegenstoß erfolgt mit Sicherheit, da beim gegenwärtigen Stand der Kriegstechnik kein Aggressor damit rechnen kann, das militärische — atomare wie konventionelle — Potential der Gegenseite mit einem Schlag zu vernichten. Diese Erkenntnis hat sich erfreulicherweise auf beiden Seiten durchgesetzt.

Drittens: Die Stationierung von Kontrollposten auf Bahnhöfen, den Knotenpunkten bedeutender Fernstraßen, auf Flugplätzen und Häfen des mitteleuropäischen Raums — selbstverständlich diesseits und jenseits der Trennungslinie — hat den entscheidenden Vorzug, daß sie gerade in dieses von politischer Hochspannung erfüllte Gebiet Widerstände einbaut, die eine sonst keineswegs auszuschließende gewaltsame Entladung dadurch verhindern können, daß sie eben jede überraschende, unkontrollierte Zusammenziehung konventioneller Truppen unmöglich machen. Da bislang weder die westlichen noch die östlichen Anrainer des Eisernen Vorhandgs über Atomwaffen in eigener Regie verfügen, ist das eine relativ zuverlässige Kontrollmethode. Sie verlöre allerdings ihren Wert, wenn einer der Staaten — etwa die Bundesrepublik Deutschland — Atomwaffen zur eigenen Verfügung erhielte. Dieses Risiko ist Moskau wie Washington und London bekannt — und alle drei Regierungen scheinen entschlossen, eine Verteilung von Atomwaffen um jeden Preis, einschließlich dem ernster Zerwürfnisse im eigenen Lager, zu verhindern.

Viertens ist es ein Vorzug des geplanten Austauschs von Beobachtern, daß er auch gegen den Willen der Stationierungsländer vorgenommen werden kann, ohne deren staatliche Souveränität zu verletzen: die Kontrollposten können notfalls den Hauptquartieren der Alliierten attachiert werden.

Die Regierung in Bonn scheint wild entschlossen, diesem zweiten Entspan-

nungsschritt nach dem Moskauer Abkommen erbitterten Widerstand entgegenzusetzen. Dabei führt sie vor allem drei Argumente ins Treffen. Sie möchte den zu kontrollierenden Raum nicht auf die mitteleuropäischen Gebiete diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges beschränkt wissen; konkret: sie wehrt sich dagegen, daß die Bundesrepublik immer mehr in das Zentrum aller Entspannungsplanungen von Ost und West gerückt wird. Zum anderen polemisiert sie gegen den „unzureichenden" Effekt stationärer Kontrollposten, indem sie sich — unter Bezugnahme auf frühere amerikanische Vorschläge — für die weitergehende Forderung stark macht, bewegliche Land- sowie Luftinspektionen und einander überlappende Radarkontrollzonen einzurichten, die auch die Territorien der USA und der UdSSR einschließen sollen. Schließlich verlangt sie, daß alle Abrüstungsschritte mit von ihr sogenannten Fortschritten in der Lösung der deutschen Frage gekoppelt würden.

Die taktische Absicht, die sich hinter dieser plötzlichen Sympathie für territorial und materiell weitgesteckte Kontrollmaßnahmen verbirgt, ist klar. Die Bundesregierung hofft, durch die Vorlage solcher Paketvorschläge die Verhandlungen der Großmächte über eine schrittweise Entspannung und Abrüstung sprengen zu können. Sie begründet diese Hoffnung mit der tatsächlich destruktiven Wirkung solcher Paketvorschläge auf den internationalen Abrüstungskonferenzen der letzten zehn Jahre. Jedoch haben Bonn und die Anhänger abrüstungsfeindlicher Politik in anderen Ländern diesmal kaum eine Chance, mit ihrer hinterhältigen Sabotage die Abrüstungsverhandlungen der drei Großmächte entscheidend zu stören. Die Gründe dafür liegen — etwas verallgemeinert ausgedrückt — in der auf beiden Seiten verbreiteten Erkenntnis, daß die innere Dynamik eines unkontrollierten, uneingeschränkten Wettrüstens zwangsläufig zum Kriege drängt; daß die sprunghafte Vergrößerung des Kriegspotentials kleinerer Verbündeter zu militärischen Konflikten führen kann, in die die Großmächte aufgrund der in den Militärpaktverträgen enthaltenen Beistandsverpflichtungen verwickelt werden; daß schließlich die durch das Wettrüsten verursachte volkswirtschaftliche Belastung auch für die USA und für die Sowjetunion untragbar zu werden beginnen, wenn nicht gleichzeitig politisch überaus nachteilige Abstriche an anderen wichtigen Posten der Etats vorgenommen werden sollen.

Hinzu kommt der auf beiden Seiten noch immer erfreulich wirksame Schock, den die Kuba-Krise ausgelöst hat. Bereits heute kann man mit Sicherheit erkennen, daß dieser gefährliche Zwischenfall in dem von den eigentlichen Krisenpunkten der Weltpolitik doch etwas abgelegenen karibischen Raum und seine mustergültige diplomatische Beilegung einer tiefgreifenden Änderung der Einstellung der Atommächte zum kalkulierten Kriegsrisiko den Durchbruch erleichtert haben. Hier hatte man zum erstenmal in praxi ein Musterbeispiel dafür, wie sich ein lokaler Konflikt, in dem USA und UdSSR Partei sind, in Blitzesschnelle zu einem atomaren Krieg ausweiten kann. Dieses Ereignis beeindruckte und überzeugte die politische Führung in Washington und Moskau stärker als die Sandkasten-Planspiele der Generalstäbler. Damit war, wie beide Seiten unmittelbar nach der Einigung in der Kubafrage bestätigten, der Keim einer Neuorientierung hinsichtlich Rüstungskontrolle und Abrüstung gelegt.

Die Bundesregierung scheint von all diesen Veränderungen nichts gespürt und nichts begriffen zu haben. Ihre Argumente gegen eine internationale Entspannung sind die Ladenhüter der Dulles-Ära, die Gründe ihrer Furcht vor einer Entspannung im extrem gefährdeten mitteleuropäischen Raum so offensichtlich, daß die NATO-Verbündeten und die Gegner im Osten gleichermaßen gezwungen sind, die poli-

tische Isolierung Bonns im Interesse gegenseitiger Entspannungsvereinbarungen zu betreiben.

Die Bundesregierung unterstützt sie dabei nach Kräften. Ihre gezielte Propaganda für eine „Vorwärtsstrategie" der NATO, das heißt für eine Massierung schwerer Waffen und modern bewaffneter Truppen im Grenzgebiet, ihr Groll darüber, daß die USA das Projekt einer multilateralen Atommacht, an das man in der Bundeshauptstadt so große Hoffnungen knüpfte, bereits stillschweigend zu den Akten gelegt hatte, als offiziell davon noch viel die Rede war, ihre geradezu panische Angst vor einem Disengagement im europäischen Raum macht sie nicht nur zu einem unbequemen, sondern auch zu einem gefährlichen Verbündeten. Und es wird darum immer das Ziel einer verantwortungsbewußten amerikanischen und britischen Außenpolitik sein, die politischen und militärischen Potenzen Bonns unter Kontrolle zu halten. So erreicht Bonn genau das, was es unter allen Umständen verhindern wollte: daß sich nämlich die zwischen beiden Seiten vereinbarten und in Aussicht genommenen Abrüstungsmaßnahmen immer stärker auf die Bundesrepublik konzentrieren. Im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit wird diese Tatsache noch dadurch unterstrichen, daß die Nachbarn Bonns im Westen wie im Osten — wenn man hier einmal von der Sonderrolle Frankreichs absieht, die sich in der Abrüstungsfrage aber eher in einer demonstrativ gleichgültigen Haltung erschöpft — keine Einwände gegen die in Moskau gestarteten Entspannungsmaßnahmen erheben: sie begrüßen das Abkommen über einen begrenzten Atomversuchsstopp, sie sind mit der Stationierung von Kontrollposten einverstanden und sie haben mit Sicherheit weder gegen eine Reduzierung ausländischer Truppen noch gegen die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone prinzipielle Einwände. Offenen und versteckten Widerstand leistet einzig die Bundesreigerung, ohne — unter ihrer derzeitigen und voraussichtlichen Führung — den Ansatz einer vernüftigen Verhandlungsbereitschaft über die Fragen europäischer Sicherheit erkennen zu lassen.

Daß es purer Zynismus ist, quasi als „Gegenleistung" für eine solche Konzeption von den Verbündeten eine aktive Unterstützung der Bonner Wiedervereinigungsvorstellungen zu fordern, dürfte klar sein. Unter diesen Bedingungen erhält ein Bonmot Walter Lippmans traurige Gültigkeit, der unlängst schrieb, mit der der deutschen Wiedervereinigung sei es wie mit dem Himmel: „Gern will man einmal dahin gelangen, aber jedermann wünscht doch, das so lange wie möglich hinauszuschieben."

H. H.

Wider atomare Rüstung

Der langjährige Vertreter Frankreichs in der Abrüstungs-Kommission der UN entwickelt in einem jüngst erschienenen Buche (Jules Moch: „Non à la force de frappe", Verlag Robert Laffont, Paris, 250 Seiten) nicht nur seine Gedanken gegen die Atompolitik de Gaulles, er untersucht auch das allgemeine Problem der atomaren Waffen in der Welt. Aus dessen genauer Kenntnis ergibt sich die Ungereimtheit der gaullistischen Haltung. Was stellt die Force de frappe heute dar? Sie steht im wesentlichen noch auf dem Papier der Projekte, ist im Stadium des Anlaufens. Erst in einigen Jahren, um 1970 herum, wird sie eine gewisse praktische Existenz haben. Doch ist Jules Mochs Analyse vernichtend genug. Der französische Rückstand hinter den großen Atommächten ist so groß, daß er nicht mehr einzuholen ist. Die erste französische Atombombe explodierte mehr als eineinhalb Jahrzehnte nach der ersten amerikanischen, mehr als zehn Jahre nach der ersten sowjetischen. Frankreichs Produktion sieht Bomben des Typs von 1945 vor, der — als wie schrecklich er sich auch in Hiroshima

und Nagasaki erwies — durch die heutige Technik vollständig überholt ist. Das gleiche trifft für das Transportmittel zu. Die französischen A-Bomben sollen durch Flugzeuge ans Ziel gebracht werden, ebenfalls ein System, das, angesichts der von den USA und der UdSSR benutzten Raketen, veraltet ist. Der gaullistische Nationalismus, gleichsam auf Krücken den Atomwettbewerb bestreitend, muß sich immerhin den Tatsachen fügen: Um den Langflug der Mirage IV zu sichern, müssen . . . in den USA Tankerflugzeuge angekauft werden. Aber die 50 Mirage, die 1965 im Dienst sein sollen, werden dann bereits veraltet sein, im Vergleich zu amerikanischen und russischen Modellen. Sie können eine Höhe von 18 000 Metern erreichen, während der amerikanische B 70 21 000 erzielt und X 15 45 000. Die von Moch gelieferten Angaben über das wahrhaft Rasende der technischen Entwicklung sind eindrucksvoll. In knappen drei Jahren erweisen sich ganze Serien von Flugzeugmodellen als überholt. 1957 beruhte die amerikanische Atomflugwaffe auf dem Typ B 36, 1960 auf B 52, 1963 auf B 58. Und dessen Ersatz durch B 70 und X 15 ist bereits vorgesehen. Mit der technischen Entwicklung steigen die Kosten: B 52 ist viermal so teuer wie B 36. Die nachfolgenden Modelle sind um ein vielfaches teurer als B 52. Man weiß, daß 20 Flugzeuge des amerikanischen A-Bombenkommandos dauernd in der Luft sind. Die Ausgabe ist erschreckend: über 7 Milliarden DM im Jahr, die Hälfte des gesamten französischen Militärbudgets. Jules Mochs Kritik ist also eine doppelte: Die notwendigen Ausgaben seien für Frankreich zu hoch, während der militärische Gewinn auf jeden Fall zu gering sei. Er selbst nimmt an, daß nur 10 bis 30% der Mirage die feindlichen Linien überfliegen könnten, amerikanische Schätzungen liegen bei 2%. Mochs pessimistischer Schluß: „Und das alles, um über eine veraltete, zu langsame, zu niedrig fliegende Luftflotte zu verfügen, die Bomben vom Typ 1945 mit sich führt, welche im Ausland seit zehn Jahren zugunsten von anderen, tausendmal mächtigeren aufgegeben wurden. In Wahrheit versucht der Frosch so groß zu werden wie der Ochse!"

Des Verfassers Gedanken zur Atomstrategie sind überall höchst überzeugend. Der Fachmann kennt sein Material, versteht es zu sichten und klar vorzutragen: der Spezialist wird vom politischen Denker aufs vorteilhafteste ergänzt. Der atomare Krieg sei auf jeden Fall nur Untergang, verspreche keine Sieger noch Besiegte. Die Verteidigung ist gegenüber der Angriffswaffe völlig ins Hintertreffen geraten: „Die Zerstörung würde gegenseitig sein, welches auch die Überlegenheit eines der beiden Lager sei, wenn das andere ebenfalls über das Minimum von Atomwaffen verfügt, um den Gegner zu vernichten" (S. 38). Nun weiß man, daß die USA wie Sowjetrußland über soviel Sprengkraft verfügen, um den anderen nicht einmal, sondern mehrmals zu vernichten. Ist es Wahnsinn für die beiden Giganten, so ist es Wahnsinn in Potenz für wenig ausgedehnte Länder wie Frankreich, die Bundesrepublik usw. J. Moch beweist, daß die Nuklearwaffe vor allem eine Waffe für Länder mit großem Territorium und geringer Bevölkerungsdichte ist. Die Zerstörung der Sowjetunion, der USA und Frankreichs würde respektiv den Einsatz von 1200, 400 und 30 Bomben benötigen: „Natürlich ist es für die UdSSR leichter, über 30 Bomben zu verfügen als für Frankreich, 1200 anzuhäufen!" (S. 35). Ist das kein überzeugender Beweis? Der übrigens nicht nur für Paris gilt, sondern auch für Bonn, wo man sich ebenfalls atomaren Gedankenspielen hingibt. Jules Moch rechnet weiter: Je dichter die Bevölkerung, je konzentrierter die Industrie, um so mehr Tote, um so verwundbarer das Land. Ein gleich starkes Bombardement würde in der Sowjetunion 200 000 Tote, in den USA 400 000 und in Frankreich 1,7 Millionen Tote bewirken. In

der Bundesrepublik würde die letztere Zahl noch übertroffen. Systematisch, anhand von Fakten, enthüllt der Verfasser die Fehlspekulationen der Atomstrategen.

Noch eine andere These scheint uns wichtig zu sein: die Warnung vor der Hoffnung auf den „kleinen" taktischen Atomkrieg. Wie man weiß, beschäftigt man sich in NATO- wie in Bundeswehrkreisen mit dieser Möglichkeit. J. Moch hält den Gedanken für verderblich: „Wie soll man in der Tat die taktische Waffe von der strategischen unterscheiden? Die Vorbereitende Kommission des verstorbenen Völkerbundes widmete erfolglos viele Jahre der Suche nach einer für alle annehmbaren Definition von Verteidigungs- und Angriffswaffen. Das jetzige Problem ist ähnlich und gleichermaßen unlösbar: die schwächere Waffe wird von dem, der sie anwendet, als taktisch, von dem, gegen den sie gerichtet ist, als strategisch betrachtet werden." (S. 33). Aber selbst wenn man annähme, eine Einigung in der Waffendefinition würde erfolgen, so wäre dies doch nur für den Frieden gültig, „wenn es unnütz ist". Im totalen Krieg werde man sich nicht darum scheren: „Er wäre notwendig der Kampf für den sofortigen Sieg, für die größtmögliche und fast sofortige Zerstörung des Gegners, die einzige Hoffnung, der eigenen Vernichtung zu entgehen. Der Einsatz taktischer Nuklearwaffen würde zweifellos sofortige strategische Repressalien bewirken, die, bevor interkontinentale Raketen ihr Ziel erreichen, ebenfalls strategische Gegenschläge hervorrufen würden. Der totale Krieg müßte in wenigen Minuten oder wenigen Viertelstunden den begrenzten Krieg ersetzen, den man durch die Ausrüstung der Heere mit schwachen Nuklearwaffen erhoffte" (S. 33/34). Diese These ist besonders bedeutsam, da fieberhafte Versuche unternommen werden, den „kleinen Atomkrieg" als Rettung vor dem großen hinzustellen, also vermittels einer Mär der eigentlichen Fragestellung auszuweichen. Sie wird vom Verfasser auf folgende einfache Formel reduziert: „Wie man das Problem auch anpackt, es gibt keine andere Lösung als die Abrüstung. Außerhalb derselben bessert kein Behelfsmittel eine Lage, die durch den Wahnsinn eines praktisch unkontrollierten Staatsmannes auf jeden Fall hoffnungslos würde" (S. 47).

Militärisch untauglich, sind de Gaulles Atompläne politisch verhängnisvoll. Jules Moch wirft ihm vor, die Genfer Abrüstungsverhandlungen sabotiert zu haben und sogar auf „ihren Mißerfolg zu spekulieren". Möge die Abrüstung scheitern, wenn es nur zur eigenen Atommacht kommt! Diese nationalistische Kurzsichtigkeit zeigt letzten Endes die nicht ungefährliche Antiquiertheit des Generals: Geistig steckt er im vornuklearen Zeitalter und will, wenn auch kleine, Atombomben sammeln, wie man einst Kavallerieregimenter oder Panzer addierte.

Moch beschuldigt de Gaulle, das schlechte Beispiel der Ausbreitung der atomaren Rüstung zu geben, während es darauf ankomme, den Kreis der Beteiligten so klein wie möglich zu halten: „Wenn man nicht schnell abrüstet, wird die Nuklearwaffe sich allmählich ausbreiten: Eine wachsende Anzahl von Staaten wird darüber verfügen, ohne die politische Reife der beiden ersten Atommächte zu besitzen, und manche Staatschefs könnten ihr Arsenal für lokale Zwecke gebrauchen, wobei sie die Gefahr einer Ausbreitung des Konflikts im Weltmaßstab außer acht ließen. Im Sommer 1914 löste ein Pistolenschuß, durch das automatische Spiel der Bündnisse, den Ersten Weltkrieg mit Millionen von Toten aus. Die Ausbreitung der nuklearen Waffe erscheint so als eine furchtbare Gefahr für die gesamte Menschheit . . ." (S. 173). Diese Anklage gegen de Gaulle ist besonders schwerwiegend: Statt für den Frieden zu wirken, regt er in der ganzen Welt zum Wettrüsten an, ermuntert die Verantwortungslosen durch sein unheilvolles Beispiel. Das Buch enthüllt mit

Klarheit Fakten, es entschleiert aber auch eine Figur, die im Zuge frischer deutsch-französischer Umarmungen eine Aufwertung erhielt, die ihr nicht zukommt. Einen Schluß dürfen wir ziehen, der in Mochs Buch nicht wörtlich enthalten ist, sich dem Sinn nach jedoch folgerichtig aus ihm ergibt: Die Kritik de Gaulles ist auch eine Kritik der Bundesregierung, die, sich an die Rockschöße des Generals hängend, seine internationale Position stärkt, mit nationalen Atomwaffenplänen liebäugelt, „kleine Nuklearkriege" in Erwägung zieht, statt sich für die Politik zu entscheiden, die Jules Moch als „einzige Lösung" empfiehlt: die der Abrüstung.

Heinz Abosch

Der Kampf der Kurden

Minderheiten waren immer und überall Mißtrauen, Haß und Verfolgung durch die Mehrheit ausgesetzt. Menschen verzeihen Mitmenschen nur schwer menschliche Eigenarten, die sie von anderen unterscheiden. Auf die Politik angewendet, erklärt diese Erfahrung, warum die Menschen so leicht bereit sind, rassische und religiöse, nationale, kulturelle oder sprachliche Minderheiten — insbesondere in Krisenzeiten — zu verfolgen. Die Leidensgeschichte der Minderheiten ist lang. Sie führt von den Christenverfolgungen in Rom über die Judenverfolgungen in ganz Europa, deren Gipfel der nationalsozialistische Völkermord war, bis zu dem ahasverischen Dasein der Zigeuner. Nun hat die Existenz Israels in der arabischen Welt ein politisches Minderheitsproblem entstehen lassen, das die Atmosphäre vergiftet, Energien bindet und auch im fünfzehnten Jahr der Geschichte des jüdischen Staates so unlösbar ist wie im ersten. Die Hoffnung, daß sich die Araber mit Israel abfänden, erfüllte sich nicht. Ihre nationale und religiöse Mentalität ist Toleranzbegriffen ohnehin weniger verpflichtet als wir. Die jüdische Existenz in feindlicher Umwelt ist nach wie vor nur durch militärische Stärke und wirtschaftliche Prosperität gesichert. Wie Araber mit Minderheiten umgehen, sobald sie ihnen wehrlos ausgeliefert sind, dafür gibt gegenwärtig der Vernichtungskampf gegen die K u r d e n im Irak ein mahnendes Beispiel. Das Kurdenproblem ist mehr als eine „innere Angelegenheit", als die sie die Iraker hinzustellen versuchen. Es sollte die internationale Aufmerksamkeit auf die noch immer ungelöste Minderheitenfrage im Mittleren Osten lenken.

Als Karl May die Kurden vor rund sechzig Jahren sozusagen literaturfähig machte („Durchs wilde Kurdistan"), lebten sie noch — vom Verlauf der Weltgeschichte beinahe unberührt — in ihren abgelegenen und unwegsamen Jagd- und Weidegründen in den Gebirgstälern zwischen Schwarzmeer, Kaukasus, Kaspischer See, Täbris und den Ölfeldern von Kirkuk. Als nach dem Ende des Ersten Weltkrieges das osmanische Imperium zerfiel und im Nahen und Mittleren Osten moderne Nationalstaaten entstanden, gingen die Kurden leer aus. Das ist bis heute so geblieben, und — obschon ihr Verlangen nach Gleichberechtigung und Selbstbestimmung in dem Maß wuchs, in dem sie den Anschluß an das Lebensniveau ihrer Nachbarn fanden —: das Land Kurdistan existierte bis jetzt nur in der Phantasie unseres Romanautors. In den Atlanten sucht man es vergebens.

Wieviel Explosivstoff dieser neue Krisenherd im vorderen Orient enthält, zeigt allein schon der Hinweis, daß das Territorium, auf dem die Kurden seit Jahrhunderten leben, sich auf die Grenzgebiete von fünf Ländern — des Iraks, Persiens, Syriens, der Türkei und der Sowjetunion — erstreckt. Die Kurdenfrage geht auf den Friedensvertrag von Sévres (1920) zurück, der die Auflösung des Osmanenreiches besiegelte und in dem auch den Kurden das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt worden war. Dieser Teil des Vertrages

wurde indessen niemals erfüllt. Seitdem kämpfen die Kurden zäh und verbissen um das ihnen vorenthaltene Recht auf nationales Eigendasein. An der Spitze seiner rund zwanzig Millionen Landsleute steht ein Mann, der nach Herkunft und abenteuerlicher Laufbahn durchaus mit den Helden Karl Mays verglichen werden kann: Mustapha Mullah Barazani. Der Kurdenführer lebte zwölf Jahre lang im sowjetischen Exil, und er soll es in der Roten Armee bis zum Rang eines Generals gebracht haben. Daß der permanente Aufstand der Kurden gegen die Regierungen der Länder, auf die sich ihr Lebensraum verteilt, nach dem Zweiten Weltkrieg über die bis dahin leicht zu kontrollierenden Stammesfehden hinauswuchs und in eine Phase gelangte, die — vor allem im Irak — die Staatsautorität gefährdet, ist das Verdienst Barazanis. Der General lernte in der Sowjetunion die harte Praxis des Partisanenkrieges kennen, er ist mit den taktischen Finessen der Roten Armee vertraut. Dennoch wäre es falsch, zu argwöhnen, daß er aus Moskau auch als überzeugter Kommunist zurückgekommen sei. Sein Programm entbehrt nicht einer gewissen sozialrevolutionären Komponente, aber er besitzt auch das uneingeschränkte Wohlwollen seiner konservativen Stammesgenossen und insbesondere das Vertrauen der jüngeren kurdischen Intelligenz. Alles in allem also ein nicht zu unterschätzender Gegner.

Um die Kurdenfrage in ihrem Sinn zu lösen, betreiben die beteiligten Regierungen seit mehreren Jahrzehnten eine rücksichtslose Assimilationspolitik. Den Kurden, die gemeinsame volkskundliche Eigenarten und eine eigene Sprache besitzen, wird nicht nur die politische Selbstbestimmung, sondern auch ein eigenständiges Bildungswesen vorenthalten. Das Analphabetentum ist unter ihnen noch in weitaus größerem Ausmaß verbreitet als unter den Arabern, Türken und Persern, mit denen sie zusammenleben. Die sich in ihrer Mitte bildende Intelligenz wird von der Führungsschicht der Gastvölker fast vollständig „abgeschöpft" und aufgesogen. Hinzu kommt eine brutale polizeistaatliche Unterdrückung aller, die auch nur im Verdacht stehen, kurdische Nationalisten zu sein.

Nur im Irak besitzen die Kurden seit je größere Rechte. Hier stellen sie mit eineinhalb Millionen Menschen einen großen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung dar. In den Grundschulen im nördlichen Irak wurde infolgedessen schon unter den Haschemiten in kurdischer Sprache unterrichtet. Das Kurdische war stellenweise auch als Behördensprache zugelassen. Als General Kassem den letzten Haschemitenkönig gestürzt hatte und nach Bundesgenossen suchte, die seine schwankende Herrschaft festigen helfen könnten, verfiel er auf die Kurden. Er versprach ihnen nicht weniger als die völlige Gleichberechtigung mit der arabischen Mehrheit. Der Kurdensäbel wurde in das Staatswappen aufgenommen, und im dritten Artikel der am 27. Juli 1958 verkündeten Übergangsverfassung wurden „die nationalen Rechte von Arabern und Kurden als Teile der irakischen Nation" anerkannt. Ein kurdischer Politiker — Mahmut Baba Ali — trat als Arbeits- und Verkehrsminister in die Revolutionsregierung ein. General Mustapha Mullah Barazani durfte aus dem Exil heimkehren, wurde in Bagdad stürmisch gefeiert und stellte sich sogleich an die Spitze der „Demokratischen Partei Irakisch-Kurdistans". Das war zwei Wochen nach dem Staatsstreich.

Die Morgenröte der irakisch-kurdischen Einigkeit wich indessen rasch dunklen Wolken. Sobald Kassem glaubte, stark genug geworden zu sein, um auf die Hilfe der Kurden verzichten zu können, begann er, ihren Einfluß viel planmäßiger und gewalttätiger zu unterdrücken, als es je zuvor geschehen war. Höhere Offiziere kurdischer Herkunft wurden plötzlich unter fadenscheinigen Vorwänden aus der Armee entlassen. Kurdische Beamte wurden in

arabische Gebiete, kurdische Lehrer in den Süden des Landes versetzt.

Hand in Hand mit diesen Maßnahmen ging eine wachsende wirtschaftliche Benachteiligung der Kurden. Die von ihnen bewohnten Landstriche waren wirtschaftlich schon immer schwächer als die übrigen Teile des Iraks. Alle im nördlichen Gebirgsland gebauten Dämme dienen nur dem Wohlergehen des (arabischen) Südens. Große Acker- und Weidenflächen der kurdischen Bevölkerung wurden durch sie unter Wasser gesetzt, ohne daß die Eigentümer hinreichend entschädigt worden wären. Ein anderes Beispiel: Der kurdische Norden ist der größte Obsterzeuger des Landes. Trotzdem wurde die neue Konservenverarbeitungsfabrik in Kerbela, inmitten arabischen Gebietes, errichtet.

Mitte 1961 hatte sich die durch die systematische Benachteiligung der Kurden heraufbeschworene Situation so zugespitzt, daß die „Demokratische Partei Irakisch-Kurdistans" ihre Forderungen in einem ultimativen Dreizehn-Punkte-Programm veröffentlichte. Sie verlangte unter anderem den Abzug der in die kurdischen Siedlungszentren entsandten Truppen und die Ablösung der arabischen Verwaltungsbeamten und Sicherheitspolizeikräfte, die Wiedereinführung des Kurdischen als Amtssprache im nördlichen Irak und den Verzicht auf jede Rassendiskriminierung sowie die Erfüllung des zitierten dritten Artikels der Verfassung, der den Kurden gleiche Rechte zusicherte. — Kassem schwieg zu diesen Forderungen. Seine einzige Reaktion war eine Einladung an Mustapha Mullah Barazani zu „Gesprächen" nach Bagdad. Der Kurdenführer argwöhnte nicht ganz zu Unrecht, der schon mehr als einmal wortbrüchig gewordene Staatspräsident wolle ihn in eine Falle locken, und erschien nicht.

In den folgenden Monaten wuchs der kurdische Widerstand gegen das Regime Kassem immer mehr. Die Guerillaverbände Barazanis wurden schließlich so stark, daß sie es mit ganzen Armee-Einheiten aufnehmen konnten. Seit September 1961 flogen irakische Düsenjägereinheiten fast pausenlose Angriffe auf kurdisches Gebiet. Brand- und Sprengbomben sowie Luft-Boden-Raketen wurden über kurdischen Siedlungen abgeworfen. Nach kurdischen Angaben sind bei diesen Aktionen rund zweihundert Dörfer ganz oder teilweise zerstört worden. Die Verluste der Bevölkerung waren allerdings gering; sie hatte sich längst in die Gebirgstäler zurückgezogen, und die Bomben trafen meistens nur leere Hütten. Auch aus anderem Grund gestaltete sich die Auseinandersetzung für Kassem sehr schwierig. Die Armee war mit gebürtigen Kurden durchsetzt, was zur Folge hatte, daß ganze Kompanien zu den Aufständischen überliefen, die auf diese Weise ständig mit gut ausgebildeten Soldaten und modernen Waffen versorgt wurden.

Lange Zeit verstand es der irakische Diktator, den Umfang der Kämpfe weitgehend zu verheimlichen. Nachdem seine Düsenjäger aber wiederholt auch türkische Dörfer bombardierten, in denen sie kurdische Schlupfwinkel vermuteten, wobei sie sogar mehrere türkische Grenzposten töteten, wurde das Augenmerk der Weltöffentlichkeit auf die Vorgänge im „wilden Kurdistan" gelenkt.

In den letzten Monaten vor dem Sturz Kassems sah es so aus, als ob die Absicht Mustapha Mullah Barazanis auf die Eroberung des ganzen Iraks gerichtet sei. Doch es war klar, daß er selbst dieses Ziel nur als eine Etappe, freilich als die wichtigste, auf dem Wege zu einem freien Kurdistan betrachtete. Für die Kurden schien der Irak wohl der Sperling in der Hand und Kurdistan die Taube auf dem Dach zu sein. Obwohl die Aussicht, den Irak zu beherrschen, für Barazani gar nicht so schlecht stand, zumal der Diktator in Bagdad auch von seinen arabischen Untertanen längst nicht mehr geliebt, sondern nur noch gefürchtet wurde, war es

höchst fraglich, ob die Kurden jemals einen eigenen Staat besitzen würden. Dieser eigene Staat ist auch heute noch ihr Ziel. Aber sie bedürfen dazu sowohl der aktiven Mithilfe der Stammesgenossen in den angrenzenden Ländern, als auch der Unterstützung der im vorderen Orient engagierten Großmächte. Und mit beidem ist es nicht zum besten bestellt.

Die weltpolitischen Aspekte der Kurdenfrage sehen so aus: Die türkische Regierung rief zu Lebzeiten Kassems als Protest gegen die Grenzverletzungen zwar ihren Botschafter im Irak ab, die Empörung richtete sich aber weit weniger gegen die Iraker als gegen die Kurden. Hier liegt denn auch die größte Tragik dieses so erbittert um seine Selbstbestimmung ringenden Volkes. Es hat keine Bundesgenossen. Die kurdischen Minderheiten werden von allen beteiligten Ländern als unerwünscht angesehen. Trotzdem ist ihnen ein eigener Staat durch die Machtgier ihrer arabischen, türkischen und persischen Nachbarn versagt geblieben. Man will das kurdische Land, doch nicht die Kurden. Während es nach kurdischen Angaben etwa zwanzig Millionen Kurden gibt, wird von den erwähnten Ländern nur die Existenz von rund fünf Millionen zugegeben. Davon leben eineinhalb Millionen im Irak. In der Türkei dürfte es vier bis fünf Millionen geben, obwohl das statistische Jahrbuch 1,7 Millionen registriert. Auch in der Sowjetrepublik Aserbeidschan leben mindestens 55 000 Kurden.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg sah es eine Zeitlang so aus, als werde die Sowjetunion das kurdische Verlangen unterstützen. Stalin mag in den Kurden einen wertvollen Stoßtrupp gegen den westlichen Einfluß im Nahen und Mittleren Osten erblickt haben. Aber nach der Revolution Kassems im Irak verloren die Sowjets das Interesse an ihnen; die Araber waren Moskau wichtiger. Im übrigen war die sowjetische Unterstützung ohnehin niemals sehr ernst gemeint. Als Mustapha Mullah Barazani 1946 auf der Flucht sowjetisches Territorium betreten wollte, wurde er fünf Tage lang an der Grenze festgehalten, ehe er auf Weisung Stalins einreisen durfte. In Moskau mußte er sich zuerst einmal drei Jahre lang als Kappenmacher über Wasser halten, bis der Kreml seine Nützlichkeit für die sowjetischen Nahostziele entdeckte. Barazani bestreitet entgegen westlichen Behauptungen entschieden, jemals Kommunist gewesen zu sein. Es mag unsicher sein, ob das zutrifft. Jedenfalls wurde er längere Zeit nicht mehr von der Sowjetunion unterstützt. Moskau weiß zu genau, daß es sich auf diese Weise leicht das Wohlwollen der Araber verscherzen kann, die dem kurdischen Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung samt und sonders ablehnend gegenüberstehen. Außerdem würde bei der Errichtung eines kurdischen Staates auch der künftige Status der kurdischen Minderheit in Aserbeidschan akut. Die Waffen sowjetischer Herkunft, die man von Zeit zu Zeit im Besitz der Rebellen fand, stammten aus den von ihnen geräuberten Arsenalen der irakischen Armee.

Die nach dem Wiederaufflackern der Kämpfe in letzter Zeit zutage getretene erneute sowjetische Unterstützung richtet sich weniger auf die kurdischen als gegen die irakischen Interessen. Moskau ist erbost darüber, daß das neue Bagdader Regime so rigoros die Kommunisten ausgeschaltet hat. Im übrigen beschränkt sich diese Hilfe offenbar lediglich auf papierene Proteste. Der sowjetische Ministerpräsident setzte sich in einem Schreiben an Präsident Abdullah Salam Aref für verurteilte Rebellen ein, und die sowjetische Presse schwenkte auf die Seite der Kurden. Ihr mehr oder weniger gutes Einvernehmen mit den arabischen Staaten wollte die Sowjetunion den Kurden zuliebe indessen nicht aufs Spiel setzen. Dazu schätzt sie das tatsächliche Kräfteverhältnis viel zu realistisch ein. Die Quittung für das scharfe Vorgehen gegen die Kommunisten ließ sie dem Irak

daher durch eine Mittelsmacht präsentieren: Die Mongolische Volksrepublik beantragte bekanntlich, die Kurdenfrage auf die Tagesordnung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu setzen und Bagdad des Völkermordes anzuklagen. Es zeigte sich, daß die Sowjets gut beraten waren, als sie diesen spektakulären Schritt nicht selbst taten. Der Irak brach daraufhin sofort die diplomatischen Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik ab. Die Araber pflegen, sofern es um ihre vermeintlichen oder echten inneren Angelegenheiten geht, höchst empfindlich zu reagieren. Sobald ihre eigenen Vorrechte gefährdet sind, wissen sie sehr wohl die ihnen zugefügten Benachteiligungen zu beklagen; die Rechte anderer achten sie geringer.

Noch einen anderen ungebetenen Bundesgenossen, der sich aus rein opportunistischen Beweggründen für ihre Sache einsetzt, erhielten die Kurden jüngst: „Saud el Arab", Abdel Nassers lautstarker Propagandasender, machte sich zum Sprecher ihres Freiheitswillens. Seit die Bagdader Regierung zwar das Manifest der zweiten „Vereinigten Arabischen Republik" unterschrieb und zu Abdel Nassers Flagge vorübergehend einen dritten Stern beisteuerte, aber bald darauf wissen ließ, daß das nur eine Finte war, mit deren Hilfe sie Zeit gewinnen und sich festigen wollte, haben die enttäuschten Kairoer Panarabisten ein Hühnchen mit ihr zu rupfen. Gegenwärtig scheinen sie zu glauben, daß eine zu nichts verpflichtende und nichts kostende propagandistische Unterstützung der Kurden dem Bagdader Widerpart am meisten schade. Wie es den kurdischen Autonomiebestrebungen erginge, falls Abdel Nasser im Irak tatsächlich einmal das Zepter schwänge, läßt sich leicht ausrechnen. In Kairo wurden panarabische Sache und ägyptischer Machtanspruch noch immer über die Einzelinteressen gestellt. Daran ist ja auch die erste „Vereinigte Arabische Republik" so schmählich zugrunde gegangen.

Auch in Persien, Syrien und in der Türkei denkt man nicht daran, die kurdischen Wünsche zu fördern. Wiederholt wurden starke persische Armeeeinheiten in das Grenzgebiet verlegt, und die Türkei entsandte 1961 in aller Eile vierhunderttausend Mann an die Südgrenze, die niemals gänzlich zurückgezogen wurden.

Als es den seit 1958 im Irak in die Opposition gedrängten Baathisten und Nasseristen, gemeinsam mit der unzufriedenen Armee, Anfang Februar dieses Jahres gelang, General Kassem zu stürzen und zu beseitigen, schienen sich die kurdischen Wünsche abermals zu verwirklichen. Der Ablauf der Verschwörung bewies, daß sie ohne kurdische Hilfe genauso unmöglich gewesen wäre wie die Revolution gegen die Haschemiten vor fünf Jahren.

Abdullah Salam Aref, der neue Machthaber, schien seinen Helfern aus den Bergen weitgehende Zugeständnisse gemacht zu haben. Als die Ruhe in Bagdad wieder eingekehrt war, hörten auch die Schießereien zwischen Rebellen und regulären Armee-Einheiten vorübergehend auf. Man setzte sich wieder an den Verhandlungstisch. Doch als die Araber des ganzen Ausmaßes der kurdischen Forderungen gewahr wurden, schwand ihre Verhandlungsbereitschaft dahin. Beteiligung an der Ölgewinnung und völlige Unabhängigkeit von Bagdad — das mochten sie nicht bewilligen.

Die Gespräche scheiterten, und es kam zu einer neuen Phase im über dreißigjährigen kurdisch-irakischen Krieg.

Was Kassem mißlang, strebt Aref mit noch brutalerer Gewalt an. Er will die Kurden endgültig unterwerfen. Seit mehreren Wochen sind die schlagkräftigsten Verbände der Armee im Norden konzentriert und liefern den Rebellen einen erbarmungslosen Vernichtungskampf. Ganze Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht und Partisanen massakriert. Auf der einen Seite stehen fünfzigtausend modern ausgerüstete Soldaten, Panzer, MIG - Düsen-

jäger und Bombenflugzeuge — auf der anderen höchstens zwanzigtausend schlecht bewaffnete Freiheitskämpfer. Dennoch ist der Ausgang des Krieges weiterhin keineswegs entschieden oder auch nur absehbar.

Die Kurden sind ein mutiges Volk; sie gelten als gute Kämpfer, kennen sich in ihrer unwegsamen Bergheimat und ihren unzugänglichen Schlupfwinkeln genau aus und sind auch mit modernsten Waffen nur schwer zu fassen. Und sie streiten nicht mehr allein für ihre Freiheit, sondern für ihr Überleben.

Die irakische Regierung wird zwar nicht müde, zu betonen, der Krieg sei ausschließlich eine innere Angelegenheit. In Wirklichkeit hat er wichtige außenpolitische Aspekte. Der „arabische Nationalismus" der gegenwärtig im Irak herrschenden Baath-Partei unterscheidet sich nur in Nuancen vom Panarabismus nasseristischer Prägung. Würden die Baathisten dem kurdischen Autonomieverlangen entsprechen, müßten sie fürchten, ihre Autorität in Kurdistan völlig einzubüßen und damit auch die Kontrolle über die vorwiegend in diesem Gebiet befindlichen Ölquellen zu verlieren. Keine der Sache der arabischen Einheit verpflichtete Regierung kann es sich aber leisten, ein Stück angeblich oder tatsächlich arabischen Bodens freiwillig abzutreten. Das müßte sie angesichts des von Mißtrauen und Demagogie verseuchten politischen Klimas in der arabischen Welt sogleich dem Vorwurf aussetzen, so etwas wie ein „neues Israel" geschaffen zu haben.

Der Westen seinerseits denkt nicht daran, sich in der Kurdenfrage zu engagieren — aus denselben Gründen wie die Sowjetunion: Man will das mehr oder weniger gute Einvernehmen mit den Arabern nicht aufs Spiel setzen. In Washington spielt ein weiteres Argument bei dieser Zurückhaltung mit. Die sowjetische Unterstützung macht — ob sie nun wirksam ist oder nicht — die Kurden als potentielle Kommunisten verdächtig. Bisher hat indessen weder die amerikanische Diplomatie, die sonst so gern für die Menschenrechte einzutreten vorgibt, noch ein westlicher Geheimdienst sich an Ort und Stelle über die kurdische Denkweise informiert. Wer von Moskau gefördert wird, ist in Washingtoner Augen offenbar nicht hilfsbedürftig.

Obwohl sie nahezu allein stehen, geben die Kurden nicht auf. Schon Karl May sprach vom „wilden Kurdistan". Von dieser Wildheit hat das kriegerische Bergvolk bis heute nichts eingebüßt. Während die Kurden früher ihre Energie darauf verwandten, fremde Karawanen zu überfallen und begüterte Reisende zu drangsalieren, setzen sie sie jetzt dafür ein, die nationalen Ziele zu erreichen. Einen Vorteil haben sie dabei gewiß. Sie sind beharrlicher und zäher als ihre verweichlichten und nicht so rasch zu Opfern bereiten arabischen Gegenspieler. Wenn ein junger Kurde durch seine Arbeit in der heimatlichen Land- und Weidewirtschaft, beim Obstbau, in der Petroleumindustrie oder beim Damm- und Straßenbau genügend Geld verdient hat, kauft er sich zuerst einmal ein Gewehr und dann ein Pferd. Ein Gewehr kostet dort etwa eintausendfünfhundert Mark, ein Pferd ist für fünfhundert Mark zu haben. Erst wenn er beides besitzt, denkt er daran, zu heiraten. General Mustapha Mullah Barazani ist die Inkarnation aller Charaktereigenschaften seines Volkes. Der heute Siebenundfünfzigjährige ist klein und stämmig von Gestalt. Man kann sich ihn durchaus als Helden der Berge vorstellen. Im sowjetischen Exil eignete er sich auf verschiedenen Hochschulen ein immenses Wissen an, so daß er von seinen Anhängern achtungsvoll „Mullah" (Gelehrter) genannt wird. Seine Autorität ist sowohl auf militärischem als auch auf politischem Gebiet unbestritten.

Barazani wies westlichen Besuchern gegenüber darauf hin, daß er, falls es ihm gelänge, einen unabhängigen kurdischen Staat zu schaffen, wirtschaftliche Hilfe lieber vom Westen als von

der Sowjetunion nehmen würde. Dieser unmißverständliche Wink hat aber bis jetzt — wie gesagt — keinerlei Echo in den westlichen Hauptstädten ausgelöst. Die Kurden scheinen in der ganzen Welt keinen uneigennützigen Verbündeten zu finden. Sie sitzen zwischen allen Stühlen.

Die kurdische Frage wird trotz des mongolischen Vorstoßes kaum so bald vor die Vereinten Nationen gelangen, die seit Kriegsende so vielen afrikanischen und asiatischen Staaten zur Selbstbestimmung verhalfen. Dazu widerspricht sie zu sehr den Interessen aller beteiligten Staaten in beiden weltpolitischen Lagern.

So steht das tapfere Volk an der Wegscheide zweier weltpolitischer Lager, dreier Erdteile und an der Grenze von fünf Ländern allein. Niemand ist daran interessiert, ihm bei der Verwirklichung seines heißen Wunsches nach einem eigenen Staat zu helfen. Die verschiedenen gegensätzlichen Interessen sind in Kurdistan zu einem unauflöslichen Knäuel aus Machtgier und nationaler Eifersucht verflochten, in dessen Zentrum das kurdische Volk zerquetscht zu werden droht.

Horst J. Andel, Kairo

Die Lage

Dr. Achim von Borries

Das widersinnige Junktim

Vor einem Monat haben wir an dieser Stelle davon gesprochen, daß für die deutsche Sache aus der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung erst dann das Beste zu machen sei, wenn die Bundesregierung ihren — damals noch nicht vollzogenen, inzwischen erfolgten — Beitritt zum Moskauer Abkommen über eine begrenzte Einstellung der Atomversuche „als ersten Akt einer eigenen neuen Außenpolitik versteht und eine solche neue Konzeption mit Konsequenz vertritt (anstatt sich bloß widerwillig und ohne neue Konzeption in das Unvermeidliche zu fügen!)." Es sei uns erlaubt, an diese Worte zu erinnern, erscheinen sie uns doch geeignet, eine Lage-Betrachtung drei Wochen nach dem Eintritt der Bundesrepublik in den Moskauer Vertrag einzuleiten. Zu diesem Beitritt ist es schließlich vor allem unter dem starken Druck der Westmächte und der Weltöffentlichkeit gekommen. Das Hin und Her vor dieser Entscheidung aber hat die Bundesrepublik, nicht nur bei ihren Verbündeten, in einem durch den allzu unfreiwilligen Beitritt selbst kaum wiedergutzumachenden Maße diskreditiert.

Bedrückend genug, wäre dieses Vorspiel der Beitrittserklärung Bonns nicht ganz so schlimm, könnte man heute den Eindruck haben, die Bundesregierung habe aus dieser Affäre gelernt und bereite sich nun endlich auf eine konstruktivere Haltung zu den laufenden, sich offenbar ausweitenden Ost-West-Verhandlungen vor. Dafür gibt es bis jetzt jedoch leider keine Anzeichen. Vielmehr scheint sich die Regierung in Bonn nun auf einen lediglich etwas elastischeren „hinhaltenden Widerstand" gegen neue Entspannungsvereinbarungen zwischen

den beiden Machtblöcken zu verlegen. Die sogenannten „konstruktiven Vorschläge" der Bundesregierung, von denen neuerdings immer wieder die Rede ist, ändern an diesem Eindruck nichts, vielmehr bestätigen sie ihn, wenn man sie genauer betrachtet. Sie postulieren allesamt nichts anderes als ein unbedingtes Junktim zwischen militärpolitischer Entspannung und einer politischen Lösung des Deutschland-Problems im Sinne der bisherigen Bonner Wiedervereinigungs-Konzeption. Anläßlich ihres Beitritts zum Moskauer Abkommen hat die Bundesregierung durch Staatssekretär von Hase erklären lassen, Abrüstungsmaßnahmen, die auf Europa begrenzt würden, müßten in enger Verbindung mit der Deutschland-Frage gehalten werden. Die Regierung widersetze sich allem, was „auf eine endgültige Fixierung des Status quo in der deutschen Frage" hinauslaufe. Als Alternative zu den gegenwärtig zwischen Ost und West diskutierten Entspannungskonzeptionen hat die Bundesregierung den sogenannten Herter-Plan aus dem Jahre 1959 bezeichnet, der eine Koppelung von Abrüstungsmaßnahmen und Schritten zur politischen Lösung des Deutschland-Problems vorsah. Schließlich ist in der Sitzung des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU vom 3. September auch von Bundesaußenminister Schröder der Standpunkt vertreten worden: „Keine Nichtangriffserklärungen zwischen West und Ost und keine Vereinbarungen über militärische Inspektionen in einem sehr weiten Gebiet ohne politische Konzessionen Moskaus in der Berlin- und Deutschland-Frage." (Die Welt v. 4. 9. 63.)

Man würde sich in der Bundesrepublik abermals eine gefährliche Selbsttäuschung, einen bedenklichen politischen Trugschluß erlauben, wollte man solche Projekte für geeignet halten, in diesem Augenblick als konstruktiver deutscher Beitrag zur weltpolitischen Entspannung gelten zu können. Die, wie bekannt geworden, ausgesprochen negative Reaktion Washingtons auf den Versuch der Wiederbelebung des Planes eines früheren amerikanischen Außenministers ist aufschlußreich genug. Sie zeigt, daß die Regierung Kennedy einen, ja den entscheidenden Schritt über jene frühere Konzeption hinausgegangen ist, oder doch willens ist, diesen Schritt jetzt zu tun. Mit anderen Worten: sie ist nunmehr bereit, gerade auf die so viele Jahre in dieser und jener Form vertretene Forderung nach einer Koppelung von Abrüstungsmaßnahmen und politischen Lösungen zu verzichten. Und man kann sagen: an diesem Junktim scheiden sich heute im Westen die Geister.

Aber auch die Sowjetunion besteht z. Z. auf einem entsprechenden Junktim zu ihren Gunsten nicht. Das ist das Neue, das Entscheidende der heutigen weltpolitischen Situation. Für beide Supermächte gilt, daß sie Verhandlungen über eine militärpolitische Entspannung nicht mehr belasten wollen mit der Diskussion vorerst offenbar unlösbarer politischer Fragen. Anders gesagt: Sie sind offensichtlich in diesem Augenblick beide davon überzeugt, daß sich auf dem Sektor der militärpolitischen Probleme endlich erste konkrete, für beide Seiten nützliche Verhandlungs-Ergebnisse erzielen lassen, w e n n man darauf verzichtet, auch jene anderen, die rein politischen Probleme schon jetzt ins Spiel zu bringen. Beide gehen aus von der N o t w e n d i g k e i t und der D r i n g l i c h k e i t einer gewissen militärpolitischen Entspannung u n d sie sehen zum ersten Male seit Jahren die M ö g l i c h k e i t einer solchen. Sie wollen sich heute über d a s wirklich ernsthaft verständigen, worüber sie sich h e u t e wirklich verständigen k ö n n e n.

Das Moskauer Abkommen über die begrenzte Einstellung der Kernwaffenversuche war der erste Schritt dazu und ist als solcher fast überall in der Welt verstanden worden. Ungeachtet dessen wird hierzulande auch jetzt, nach dem Beitritt der Bundesrepublik, noch immer gegen diesen weltweiten Vertrag agitiert, und zwar nicht nur gegen die befürchteten politischen Folgen („Aufwertung der

Zone"), sondern auch gegen die unmittelbare positive Bedeutung des Abkommens. Auch diese Polemik läßt erkennen, wie wenig man in Bonn bis jetzt bereit ist, die Entspannungsverhandlungen zu fördern, und sei es nur durch eine objektive Beurteilung der bisher erzielten Fortschritte. Die beflissene Abwertung des Moskauer Vertrages ist aber um so weniger glaubwürdig, als inzwischen von namhaften und des Illusionismus wahrhaftig unverdächtigen politischen Autoritäten des Westens der entspannungspolitische Wert der Übereinkunft präzisiert worden ist. Weit davon entfernt, sie irgendwie zu überschätzen, ist man sich doch darüber im klaren, welchen positiven Effekt sie haben kann. Wir nennen hier nur zwei Stimmen, die des schwedischen Außenministers Torsten Nilsson und die des amerikanischen Publizisten Walter Lippmann. Der schwedische Politiker schreibt in einem Aufsatz in der „Zürcher Woche" vom 30. August u. a.:

> „Was die Abrüstung betrifft, bedeutet das kürzlich unterzeichnete Abkommen an sich keine Verminderung des Rüstungsniveaus, nicht einmal eine Fixierung des gegenwärtigen Rüstungsstandes. Es bringt nur eine Begrenzung der Möglichkeit zur Entwicklung neuer Typen von Kernwaffen. Von nun an können keine derartigen Waffen mehr unter denselben Umständen getestet werden, unter denen sie im Ernstfall zur Verwendung vorgesehen sind. Unter diesen Umständen ist die Versuchung geringer, gewaltige Summen für Experimente und für die Herstellung solcher Waffen auszugeben. Man kann sagen, daß die Großmächte, indem sie auf diese Weise ihre Handlungsfreiheit einengten, die Tatsache anerkannt haben, daß keine von ihnen in die Lage kommen sollte oder kommen könnte, eine absolute Übermacht zu gewinnen. Sie haben anerkannt, daß das nukleare Gleichgewicht eine gewisse Stabilität verschafft und daß diese Stabilität nicht gestört werden darf."

Und Walter Lippmann sagt:

> „Der große Wert des Vertrages besteht darin, daß er dem Rüstungswettlauf, der natürlich weiterläuft, einen guten Teil des Glückspielfiebers um die Vorherrschaft fortnimmt, zu dem die uneingeschränkten Atomversuche verlocken. Die Versuche werden durch den Vertrag auf die Laboratorien und auf Tests unter der Erde beschränkt. Diese Beschränkung wird nicht verhindern, das Geheimnis der absoluten Waffe zu entdecken, wenn überhaupt ein solches Geheimnis entdeckt werden kann. Die Einschränkung der Versuche aber wird den Wettstreit und das Streben nach der absoluten Vorherrschaft des hysterischen, gewaltsamen und vergiftenden Elements berauben." (u. a. Der Mittag v. 26. 8.)

Außenminister Nilsson hat in dem zitierten Artikel auch zu dem im Augenblick als zweites Element einer militärpolitischen Entspannung diskutierten Projekt der Errichtung von Kontrollposten zur Verhinderung von Überraschungsangriffen Stellung genommen. (Vgl. dazu auch den Kommentar „Der zweite Schritt" in diesem Heft.) Er beurteilt ihn nüchtern-positiv:

> „Ein derartiger Plan hat sicher manche Vorteile, und wenn die Großmächte sich nur auf einen Bruchteil davon einigen könnten, wäre schon viel erreicht. Es könnte daraus eine weitere Verminderung der Spannung resultieren und es könnten wertvolle Erfahrugen gemacht werden in bezug auf die Abrüstungsbemühungen, vor allem jene, die sich mit den komplizierten Kontrollfragen befassen. Ich darf hinzufügen: Wenn das Personal an den bereits erwähnten Kontrollpunkten teilweise aus allianzfreien Ländern rekrutiert würde und unter die Oberaufsicht einer internationalen Organisation gestellt würde, dann würde der Wert der ganzen Einrichtung im Hinblick auf eine kommende Abrüstung noch gesteigert."

Die Bundesregierung lehnt z. Z. ein solches Kontrollsystem ebenso ab wie vor einigen Wochen den Moskauer Vertrag. Sie hat insbesondere im NATO-Rat, mit Unterstützung Frankreichs, gegen diesen Plan polemisiert. Zwei Argumente ste-

hen dabei im Vordergrund. Einmal heißt es, wiederum sei eine „Aufwertung der Zone" zu befürchten. Zum anderen wird behauptet, es handele sich bei einem zunächst regionalen, d. h. auf eine mitteleuropäische Zone oder überhaupt auf Europa begrenzten Kontrollsystem um eine „Diskriminierung" der beteiligten Staaten. Eine solche aber müsse von deutscher Seite abgelehnt werden, es sei denn, die Russen seien bereit, für eine derartige „Konzession" einen angemessenen „politischen Preis" zu zahlen.

Das Anerkennungs-Problem haben wir vor einem Monat an dieser Stelle verhältnismäßig eingehend behandelt. Hinzuzufügen ist heute, daß die beinahe schon pathologische Monomanie der Bonner Politik mit jedem weiteren Entspannungsgespräch deutlicher wird. Die Bundesregierung scheint nach wie vor mit einer derartigen Ausschließlichkeit auf das rein n e g a t i v e Ziel der Verhinderung jeglicher „Anerkennung" der „sogenannten DDR" festgelegt, daß sie darüber die weltpolitischen Zusammenhänge völlig verkennt und alle Möglichkeiten einer p o s i t i v e n Bemühung um die Lösung der deutschen Lebensprobleme übersieht. Gerade an der Frage des Kontrollsystems gegen Überraschungsangriffe läßt sich das exemplifizieren. Die neue Zürcher Zeitung berichtete am 1. September über die Aversion der Bundesregierung gegen Kontrollposten beiderseits des Eisernen Vorhanges: „Wie eine militärische Inspektion des Gebietes der DDR möglich sein soll, ohne mit den staatlichen Organen der DDR in Verbindung zu treten und damit zumindest ihe Existenz anzuerkennen, hat die Bundesregierung noch nicht herausfinden können." Hier zeigt sich beispielhaft die ganze Widersinnigkeit der Isolierung und Verabsolutierung des Anerkennungs-Problems. Denn es wird deutlich, daß es bei alledem, worüber jetzt verhandelt wird, gar nicht primär um die Anerkennung, gar nicht um die „Anerkennung an sich" der DDR geht, sondern um Maßnahmen einer sinnvollen, ja lebenswichtigen, f ü r u n s s e l b s t lebenswichtigen militärpolitischen Entspannung, die freilich irgendwo ein gewisses Maß von Anerkennung des Partners solcher Vereinbarungen einschließt. Aber gerade unter den heutigen Umständen bedeutet das Letztere politisch verhältnismäßig wenig gemessen an dem, was eben durch eine militärpolitische Entspannung an Sicherheit und, auf längere Sicht, auch an politischem Spielraum zu gewinnen ist. In gewisser Hinsicht geht es heute viel weniger um die Anerkennung des ostdeutschen Teilstaates als solche als in vergangenen Jahren: weil auch die Sowjets den Primat der militärpolitischen Entspannung akzeptieren. Die Anerkennungs-Frage ist nur mehr ein Moment in dem jetzt ernsthaft diskutierten Komplex der Sicherung des Friedens.

Man könnte geradezu sagen, die Verhandlungen über eine militärpolitische Entspannung verschärfen das leidige Anerkennungsproblem nicht, sondern entschärfen es sogar in einem gewissen Maße. Eben weil wir selbst bei solchen Verhandlungen, wie gezeigt, durchaus Substantielles zu gewinnen und kaum mehr als fiktive Positionen preiszugeben haben. Es geht eben nicht, vielleicht kann man sagen nicht mehr, um die formelle Anerkennung als ein absolutes politisches Zugeständnis des Westens an den Osten, sondern um sie als eine relative Konsequenz eines wirklichen entspannungspolitischen Kompromisses, der beiden Seiten nützt. Und wenn hierzulande auch jetzt noch immer wieder von der „anhaltenden Drohung aus dem Osten" die Rede ist, so sollte man doch bei der Erörterung des Anerkennungsproblems und bei der Diskussion über den Status quo endlich auch einmal daran denken, daß auch der Osten den Status quo anerkennt, daß auch er sich auf seine heutigen Positionen beschränkt und gleichzeitig seinerseits einen Beitrag leistet zur Erhöhung unserer Sicherheit, wie umgekehrt wir zu der seiner eigenen. Es handelt sich also bei alledem nicht etwa um einseitige Zugeständnisse weder des Westens noch des Ostens, sondern um den wirklichen

Kompromiß, der heute schon möglich ist und der angesichts der latenten Atomkriegsgefahr nicht mehr aufgeschoben werden kann.

Da wir nun, wie sich seit Jahren schon zeigt und wie auch in diesen „Blättern" immer wieder gesagt worden ist, die DDR mit all ihrer Problematik durch unsere beharrliche „Nichtanerkennungspolitik" so wenig aus der Welt schaffen konnten wie wir die Sowjetunion auch nur zur geringsten Konzession in dieser Frage haben veranlassen können, erscheint es ganz unsinnig, um der Aufrechterhaltung einer Fiktion, eines Als-Ob willen auf die V o r t e i l e zu verzichten, die gerade auch der Bundesrepublik aus den Verhandlungen über eine militärpolitische Entspannung erwachsen können. Denn bei dem hier erwähnten Vorschlag einer Kontrollzone handelt es sich ja um einen Vorschlag auf G e g e n s e i t i g k e i t. Das heißt, der Westen bekommt die Möglichkeit, eine bestimmte Zone — über deren Umfang noch verhandelt wird — auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhanges wirksam zu kontrollieren oder, durch Neutrale, kontrollieren zu lassen. Und ebenso umgekehrt natürlich der Osten die entsprechende Möglichkeit, auf der anderen Seite der gegenwärtigen Demarkationslinie. Nur ein gefährlich phantastisches „politisches" Denken, das lediglich die Alternative „Alles oder nichts" kennt, kann mit einer Handbewegung über eine derartige Chance hinweggehen. (Das besagt nicht, es müsse nicht jeder Vorschlag dieser Art im einzelnen genau geprüft, diskutiert, evtl. modifiziert werden!)

Die polemische Argumentation der Bundesregierung in dieser Frage ist darum besonders widersinnig, weil auf der einen Seite die weiter fortschreitende Aufrüstung der Bundesrepublik immer wieder damit begründet wird, die Bundesrepublik sei, unmittelbar am Eisernen Vorhang gelegen, besonders exponiert und darum in besonderem Maße gefährdet. (Wir sehen hier einmal davon ab zu erörtern, wie weit sie sich gerade d u r c h diese Aufrüstung s e l b s t exponiert hat!) Andererseits aber bezeichnet Bonn heute die Errichtung einer Kontrollzone an eben diesem Eisernen Vorhange als eine „Diskriminierung" der Bundesrepublik. Als ob nicht gerade die unbestreitbar exponierte Lage Deutschlands dieses ganz besonders empfänglich machen müßte für alle Vorschläge, die das Risiko eines Kriegsausbruches an „unserem" deutschen Vorhang mindern können! Es geht nicht gut, auf der einen Seite ständig die eigene Exponiertheit zu betonen — und auf der anderen Seite alles abzulehnen, was im Rahmen einer umfassenden Entspannungspolitik dieser Exponiertheit Rechnung trägt! Vielmehr würde die Bundesrepublik sowohl im eigenen Interesse wie im Interesse aller anderen Völker handeln, wenn sie durch eine Zustimmung zu einem solchen Kontrollsystem endlich einen ganz konkreten sinnvollen Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten würde, i h r e n Beitrag, von dem sie sehr oft spricht, den sie aber noch nie konkret bestimmt hat. Weit davon entfernt, einer Diskriminierung zuzustimmen, würde die Bundesregierung vielmehr durch ihre Zustimmung zu weiteren Entspannungsmaßnahmen und durch ihre Bereitschaft zu einer konstruktiven Mitarbeit an einem aufzubauenden Entspannungssystem ihren aufrichtigen Friedenswillen unzweideutig bekunden — und zwar, was immer wieder betont werden muß, in unserem eigenen, im deutschen Interesse. Einmal, weil die Sicherung des Friedens auch d a s primäre deutsche Interesse ist, zum anderen weil es im deutschen Interesse liegen muß, die Integrität und Glaubwürdigkeit unserer Außenpolitik allen Nationen immer wieder deutlich zu machen. Dies erst recht im Augenblick von Ost-West-Verhandlungen, die von der ganzen Menschheit mit großer Hoffnung verfolgt werden.

Nicht die geringste Aussicht aber besteht für das von der Bundesregierung (s. o.) jetzt wiederum postulierte Junktim zwischen militärpolitischen und politischen Fragen. Die Sowjetunion hat in diesen Wochen abermals unmißverständ-

lich zu verstehen gegeben, daß sie ein solches Junktim so entschieden wie eh und je ablehnt, während sie in militärpolitischen Fragen im Augenblick ausgesprochen kompromißbereit zu sein scheint. Das ist auch dem Bundestagsvizepräsidenten Dr. Thomas Dehler anläßlich seines Besuches in Moskau kategorisch erklärt worden. Man kann nur hoffen, daß Dr. Dehler aus seinen offenbar auch ihn noch desillusionierenden Erfahrungen in der Sowjetunion die politisch richtigen Konsequenzen zieht. Sein Besuch war insofern sehr nützlich, als einmal mehr klar geworden ist, daß die Sowjetunion nicht daran denkt, sich von ihrer gegenwärtigen p o l i t i s c h e n Position in Mitteleuropa etwas ab-handeln zu lassen — daß sie aber sehr wohl bereit, ja daran interessiert ist, im Rahmen dieses Status quo über fundamentale S i c h e r h e i t s f r a g e n sehr ernsthaft zu verhandeln.

Wie schon eingangs erwähnt, gehen zumindest Washington und London bei ihren derzeitigen weltpolitischen Bemühungen von dieser in der Bundesrepublik immer noch nicht sehr weit verbreiteten Einsicht aus. Je länger Bonn sich ihr verschließt, desto problematischer wird seine Position nicht nur gegenüber dem Osten, sondern auch im Westen. Ein Symptom dafür war die Rede des britischen Oppositionsführers Wilson auf dem SPD-Deutschlandtreffen in Hamburg am letzten August-Wochenende. Wilson, wahrscheinlich Großbritanniens nächster Premierminister, hat sehr genau unterschieden zwischen der Unantastbarkeit der westlichen Berlin-Rechte und dem von ihm keineswegs bestrittenen „grundsätzlichen" Anspruch der Deutschen auf Wiedervereinigung einerseits und der Unaufschiebbarkeit militärpolitischer Entspannungsmaßnahmen im Rahmen des Status quo andererseits. Und wenn es noch des Beweises dafür bedurft hätte, daß die Bonner Intransigenz nahezu allen westlichen Entspannungsbemühungen gegenüber im Westen zu immer bitteren Reaktionen führen muß, dann haben die Erklärungen des bekannten amerikanischen Senators Wayne Morse vor dem Senat in Washington ihn geliefert (vgl. Süddeutsche Zeitung v. 21. August):

> „Mir scheint, daß die politischen Führer Westdeutschlands — was sie auch immer von ihrer Politik gegenüber Ostdeutschland erwarten mögen — politische Scheuklappen tragen, wenn sie glauben, daß das amerikanische Volk noch lange die Frage der Nichtanerkennung des kommunistischen Regimes für wichtiger halten wird, als die Aussichten auf eine Verminderung der Spannungen zwischen uns und der Sowjetunion. Jemand in Bonn macht sich selbst etwas vor, wenn er glaubt, daß die ostdeutsche Frage noch lange eine Entspannung zwischen Ost und West verzögern kann, wenn die anderen Bedingungene für eine Entspannung günstig sind."

Man kann eben nicht argumentieren, die militärpolitische Entspannung sei ein einseitiges sowjetisches Interesse, dem der Westen nur dann Rechnung tragen könne, wenn die Sowjets bereit seien, den von der Bundesrepublik geforderten politischen Preis dafür zu zahlen. Vielmehr ist heute jede Entspannung ein wirklich a l l g e m e i n e s , universales Interesse, ein amerikanisches wie ein sowjetisches, ein deutsches wie ein polnisches, ein britisches wie ein indisches etc. — und als ein solches allgemeines ist es heute auch das allen nationalen Sonderinteresen übergeordnete Interesse. Erst wenn diesem Interesse a l l e r Völker, einschließlich der Deutschen, wirklich entsprochen ist, wird es möglich sein, auch dem darüber hinausgehenden spezifischen deutschen Interesse an der Wiedervereinigung gerecht zu werden. (Auch das freilich nur in einer realistischen Weise, wie wir es hier vor einem Monat dargestellt haben!) Also erst in einer Welt, in der die politischen Fragen nicht mehr wie bisher sicherheitspolitisch vorbelastet sind. Das bedeutet: N u r im Rahmen und als Konsequenz einer weltweiten Ost-West-Entspannung sind auch erste Schritte zu einer Wiederannäherung der beiden Teile Deutschlands denkbar. Dazu wird es dann freilich auch spezifisch deutscher Initiativen bedürfen. Die sich anbahnende sicherheits-

politische Entspannung ist nicht mehr und nicht weniger als die unabdingbare Voraussetzung der Lösung des Wiedervereinigungs-Problems. Und ohne an dieser Voraussetzung konstruktiv mitzuarbeiten, wird die Bundesrepublik niemals in die Lage kommen, auch unsere besonderen deutschen Probleme schrittweise zu lösen.

Der bekannte spanische Publizist Salvadore de Madariaga hat in der Neuen Zürcher Zeitung vom 31. August einmal mehr einen, wie wenigstens er selbst glauben mag, „Cassandra-Ruf" erhoben und vor jeder militärpolitischen Vereinbarung zwischen Ost und West gewarnt, die nicht eine eindeutige Herausdrängung der Sowjets aus Mittel- und Osteuropa einschließt. Insbesondere wandte er sich gegen einen Austausch von Nichtangriffserklärungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt: „Ein solcher Austausch von Erklärungen würde aber, und das ist das Schlimmste, den Eisernen Vorhang bestätigen und verewigen."

Das ist, auch in der Bundesrepublik nicht selten, eine Ausweitung des Anerkennungsproblems über die Deutschland-Frage hinaus auf ganz Osteuropa. Darum denn auch noch gefährlicher und gleichzeitig grotesker als die innerdeutsche Nichtanerkennungs-Monomanie Bonns. Einmal weiß auch Herr Madariaga nicht zu sagen, wie denn nun ohne Krieg eine solche Änderung des europäischen Status quo soll erreicht werden. Das bloße Anrennen gegen den Eisernen Vorhang mit pathetisch-radikalen Leitartikeln hat ihn bisher nicht aufgehoben und dürfte das weniger denn je vermögen. Dieser publizistische Amoklauf ist aber heute um so anachronistischer, als gerade in diesen Monaten der Eiserne Vorhang in Europa sich als viel durchlässiger erweist denn in den letzten Jahren. Das ist eine Folge der Entspannungspolitik und der unverkennbaren Differenzierung innerhalb der beiden Machtblöcke. Die Kontakte zwischen hüben und drüben haben erheblich zugenommen, eine wesentliche Besserung der materiellen Verhältnisse und eine Liberalisierung und „Normalisierung" des Lebens in den europäischen Ostblockstaaten (von Land zu Land verschieden) wird von allen Besuchern dieser Länder bestätigt. So erweist sich jede rein schematische Beurteilung des Ostblocks, wie auch auf der anderen Seite des Westens, als der Wirklichkeit nicht mehr angemessen. So wenig es heute wie eh und je möglich ist, durch machtpolitischen Druck den Eisernen Vorhang in Europa einfach aufzuheben, so wenig unmöglich erscheint es doch gerade jetzt, durch eine behutsame Entspannungspolitik diesen Eisernen Vorhang immer weiter zu „neutralisieren" — nicht etwa im Sinne einer grundsätzlichen Änderung des Status quo gleichsam auf Umwegen, sondern im Sinne eines beiden Seiten nützlichen „Überspinnens" der Ost-West-Grenze durch ein Netz verschiedenartiger Beziehungen, um einen Ausdruck von Dr. Hermann Rauschning zu gebrauchen. Auch hier also trägt die Entspannungspolitik schon jetzt Früchte und verheißt weitere.

Daß die DDR in dieser Hinsicht nach wie vor eine extreme Position im negativen Sinne einnimmt, ist unverkennbar. Ihre Isolierung innerhalb des Ostblocks dürfte in mancher Hinsicht kaum geringer sein als die der Bundesrepublik im westlichen Lager. Man hat nicht den Eindruck, Ostberlin habe die Zeichen der Zeit, das heißt der Entspannung schon verstanden. Im Gegenteil, die hektische unaufhörliche Selbsteinmauerung (im unmittelbaren wie übertragenen Sinne) des ostdeutschen Staates zeigt, wie wenig die Regierung in Ostberlin der neuen weltpolitischen Entwicklung im Innern und nach Außen bisher Rechnung trägt. Denn die in diesen „Blättern" immer wieder als politisch unsinnig verurteilte Intransigenz der Bundesregierung gegenüber der Regierung der DDR rechtfertigt eine solche manchmal geradezu gespenstisch anmutende Selbstabschließung mitnichten. Daß diese auch den Schrumpfungsprozeß nicht aufzuhalten vermag, ja daß gerade sie ihn vielleicht noch, wider Willen, fördert zeigt sich Tag für Tag; man denke

nur an die nach wie vor beträchtliche Zahl von Flüchtlingen. Überdies wird die innerdeutsche Verhandlungsfreudigkeit in der Bundesrepublik, ohnehin noch spärlich genug, durch diese Praxis des DDR-Regimes auch nicht gerade gesteigert. (Um Mißverständnisse auszuschließen betonen wir noch einmal ausdrücklich, daß wir Verhandlungen mit der DDR trotz all dieser in anderen Ostblockstaaten großenteils schon beseitigten Mißstände, ja in gewisser Hinsicht gerade wegen dieser Mißstände für völlig unerläßlich halten!) So wenig Aussichten für Bonn bestehen, auf dem jetzt eingeschlagenen Wege eines etwas elastischeren hinhaltenden Widerstandes gegen neue weltpolitische Entspannungsmaßnahmen eine gewisse Aufwertung der DDR zu verhindern, so wenig trägt doch ihrerseits die DDR im Augenblick dazu bei, — sich selbst „aufzuwerten".

Es muß in diesem Zusammenhange abschließend noch ein Wort gesagt werden über die gegenwärtige verhältnismäßig lebhafte Diskussion dieser Fragen in den und zwischen den Parteien der Bundesrepublik. Insbesondere aus Berlin hat man in letzter Zeit, nach dem ersten Vorstoß von Herrn Bahr im Juli (vgl. Heft 8), einige weitere nach Bonner Maßstäben ketzerische Meinungen gehört. Wir denken vor allem an die Rundfunkrede des Senators Albertz vom 13. August und an die letzten Erklärungen des Regierenden Bürgermeister Willy Brandt vor dem Senat. Nicht ohne Absicht sprechen wir von „Meinungen": Denn dieses Löken-wider-den-Bonner-Stachel läßt noch kein klar formuliertes neues politisches Konzept erkennen, es fehlt ihm gewissermaßen die entscheidende politische Artikulation. Das muß bei allem Respekt vor dergleichen freimütigen Äußerungen doch gesagt werden. Es wäre ein Leichtes, Brandt und Albertz die innere Widersprüchlichkeit ihrer Thesen vorzuhalten — das tut auf ihre Weise, mit allzu unverkennbarer parteipolitischer Absicht, die CDU. Wir unsererseits verzichten in diesem Rahmen darauf. Denn, ohne allzuviel Erwartungen, halten wir es doch wenigstens für denkbar, daß die erwähnten Äußerungen zunächst einmal in der Öffentlichkeit den Boden bereiten sollen für eine neue, in sich schlüssige Konzeption. Schlimm wäre es freilich, würden Brandt, Albertz etc. bei ihren bisherigen vagen Andeutungen stehen bleiben oder sich gar durch die heftige Polemik der CDU/CSU und den Widerspruch aus den eigenen Reihen (Wehner? Erler?) „zurückscheuchen" lassen. Das würde heißen, daß man einen halben Schritt nach vorn getan hat, ohne die Bereitschaft, die daraus resultierenden außen- und innenpolitischen Konsequenzen von vornherein in das politische Kalkül einzubeziehen und auf sich zu nehmen. Einer solchen halbherzig-labilen Haltung wäre dann die immerhin sich selbst von Tag zu Tag mehr ad absurdum führende absolute Intransigenz der CSU und eines Teiles der CDU gegenüber Entspannungsmaßnahmen fast vorzuziehen — eben weil sie, dialektisch, eine klare außenpolitische Gegenposition, also eine wirklich neue durchdachte Entspannungskonzeption geradezu herausfordert. Jedenfalls erweist sich im letzten Monat der 14jährigen „Ära Adenauer" die außenpolitische Grundkonzeption d i e s e r ganzen Ära als hinfälliger denn je — ohne daß schon ein Urteil darüber möglich wäre, ob der designierte Nachfolger Dr. Adenauers sich über die Notwendigkeit eines Kurswechsels völlig im klaren ist. Und noch weniger vermag man bis jetzt zu beurteilen, ob er, sofern er dieser fundamentalen Einsicht sich nicht verschließt, sich als fähig erweisen wird, zusammen mit den jetzt konstruktiv denkenden politischen Kräften in der Bundesrepublik beharrlich und konsequent einen neuen Kurs einzuschlagen. Es dürfte nicht zuletzt von der deutschen Öffentlichkeit abhängen, ob mit der Mitte Oktober beginnenden „Ära Erhard" wenigstens ansatzweise auch eine neue, fruchtbarere Bonner Außenpolitik beginnen wird.

(Abgeschlossen am 5. September)

Der neue Bonner Skandal: SS-Leute im Verfassungsschutz

„Die Tat", Zürich, kommentierte am 30. August die Reaktion des Bundesinnenministeriums auf die Enthüllungen über die Tätigkeit ehemaliger SS-Leute im Verfassungsschutz der Bundesrepublik:

Tatsächlich hat das Ministerium, das anscheinend am gegenwärtigen Zustand überhaupt nichts auszusetzen findet, mit dieser Argumentation gezeigt, wie völlig ihm jedes Verständnis für die Kritik an einer solchen Personalpolitik abgeht. Denn im Grunde beruft es sich einfach darauf, daß Leute, deren Tätigkeit im Dritten Reich strafrechtlich nicht faßbar sei, ohne weiteres die Qualifikation besäßen, über die „verfassungsmäßige Ordnung" der Bundesrepublik zu wachen, ja es stellt einstigen Mitarbeitern der Gestapo und des Himmlerschen Reichssicherheitshauptamtes sogar das Kollektivzeugnis „fachlicher Vorbildung und Erfahrung" für diese Aufgabe aus.

Wer das Dritte Reich gegen „Staatsfeinde" zu schützen hatte, darauf läuft dieser ungeheuerliche Satz letztlich hinaus, hat sich über die fachliche „Vorbildung" und die „Erfahrung" ausgewiesen, um auch die Bonner Demokratie vor Anschlägen extremistischer Gruppen von links und rechts zu bewahren.

Staat bleibt Staat, Staatsschutz bleibt Staatsschutz, ob es sich um die Hitlersche Gewaltherrschaft oder um den freiheitlichen Rechtsstaat handelt — das ist, genau besehen, die Mentalität, die es verständlich macht, warum man im Ausland trotz allen Gegenbeweisen zögert, auf die Stabilität der neuen deutschen Demokratie zu vertrauen — und die herzhafte Naivität, mit der dergleichen Überlegungen vorgebracht werden, mutet womöglich noch erschreckender an als die Tatsachen selber, die das Ministerium auf diese Weise zu entschuldigen sucht ...

Aber damit hört der Skandal noch keineswegs auf. Offiziell wird zwar bestritten, daß der zuständige Ministerialdirigent im Innenministerium neugierigen Journalisten, die der Affäre schon seit geraumer Zeit nachgehen, mit einem Verfahren wegen Landesverrat gedroht habe, wenn die die Namen gewisser Verfassungsschützler mit SS- und SD-Vergangenheit veröffentlichen sollten. Aber daß das Ministerium zum mindesten versucht hat, die unbequeme Publikation solcher Einzelheiten zu verhindern, scheint festzustehen. Das Ziel ist offensichtlich, nicht die unhaltbare Praxis zu revidieren, die die Verteidigung der demokratischen Ordnung in die Hände ehemaliger Nazi-Diener legt, sondern den Leuten das Maul zu verbinden, die sich damit nicht zufrieden geben wollen.

Selbst die in ihrer Kritik an der Regierung stets auffällig gemäßigte „Frankfurter Allgemeine" findet, ehe man einen Staat von den Falschen schützen lasse, könne man ihn lieber ein paar Jahre mangelhaft geschützt lassen.

Daß man nun auf die Eiterbeule mindestens hingewiesen hat, scheint um so verdienstvoller, als der Verfassungsschutz ja nicht das einzige delikate Feld ist, wo man auf die „fachliche Vorbildung" von Leuten mit entsprechenden Funktionen im Dritten Reich zurückgegriffen hat. Noch erinnert man sich des Prozesses gegen Ost-Agenten im Bundesnachrichtendienst (Felfe und Konsorten), die vom Netz der östlichen Gegenspionage eingefangen werden konnten, weil es dem Osten leicht fiel, sie mit der Drohung zu erpressen, man werde ihre fragwürdige Nazi-Vergangenheit aufdecken. Wenn jetzt gesagt wird, das Ausscheiden der ehemaligen SS-Leute aus dem Verfassungsschutz würde ein schweres „Sicherheits-Risiko" darstellen, so liegt die Frage nahe, ob nicht gerade das Verschweigen und Verwedeln der tatsächlichen Zustände (und überhaupt die Beschäftigung von Personal mit nationalsozialistischer Vergangenheit mit Sicherheitsaufgaben) ein noch viel größeres Risiko in sich schließt. Daß sich die Spitzen der deutschen Bürokratie solche Fragen offenbar kaum je vorgelegt haben, zeigt die ganze Ahnungslosigkeit, mit der sie an das Problem heranzugehen pflegen.

Dr. Hermann Rauschning

Der unnötige Krieg

Eine Auseinandersetzung mit A. J. P. Taylor und David L. Hoggan

1.

Die Frage, ob ein Krieg unnötig gewesen sei, ist mehr als eine rein wissenschaftlich-historische. Sie hat einen pragmatischen Sinn. Von einem „erzwungenen" Krieg zu sprechen und im Titel seiner Untersuchung bereits dieses Ergebnis thesenhaft vorwegzunehmen, besagt, daß der Verfasser eine Absicht, einen Zweck verfolgt, der außerhalb des Berufes der historischen Wissenschaft liegt. Der Historiker kann zwar nach gewissenhafter Erforschung der aus den Quellen erschlossenen Zusammenhänge beim Ausbruch eines Krieges zu dem Schluß kommen, daß ein Krieg vermeidbar oder erzwungen gewesen sei. Doch wird er solch Ergebnis als seine Beurteilung des Sachverhaltes präsentieren, nicht als das wissenschaftliche Ergebnis selbst. Es ist befremdend, mit wie wenig Selbstdisziplin und kritischem Bewußtsein in der Gegenwart weithin Geschichtsforschung betrieben wird, die häufig trotz eines großen Aufwandes an Quellenmaterial eher politischem Journalismus gleicht, als ernsthafter Forschung, die nach objektiver Erkenntnis der Kausalzusammenhänge strebt.

Zwei vor einiger Zeit erschienene Untersuchungen nicht-deutscher Historiker über die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges veranlassen zu solchen Bemerkungen. Sie lassen auch erneut den immer noch unerfüllt gebliebenen Wunsch nach einer objektiven Gesamtdarstellung der großen deutschen Tragödie wachwerden. Wenn auch die Vorarbeiten für ein solches Gesamtbild noch nicht ausreichen mögen, so hätte doch einer der zahlreichen deutschen Historiker sich an die Arbeit machen müssen, sine ira et studio so etwas wie die „Prolegomena" einer künftigen grundlegenden Darstellung des großen Falles eines ganzen Volkes zu versuchen, dem — trotz Wirtschaftswunder — noch kein Wiederaufstieg gefolgt ist.

Des Oxforder Historikers A. J. P. Taylor Untersuchung „Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges" und des ehemaligen historischen Lehrers an der Universität Berkeley, Kalifornien, David L. Hoggan, umfangreiches Werk „Der erzwungene Krieg. Die Ursachen und Urheber des Zweiten Weltkrieges", haben berechtigtes Erstaunen und Befremden in deutschen Historikerkreisen, in einigen, überraschend weiten Kreisen Zustimmung und Genugtuung erregt. Es ist notwendig, sich mit ihnen aus politischen Gründen zu beschäftigen. Beide Autoren stimmen darin überein, daß nicht Hitler den Zweiten Weltkrieg „entfesselt" habe, sondern daß er als rationaler Politiker den Krieg habe vermeiden und seine Revisionsziele mit friedlichen Mitteln habe erreichen wollen. Nach der These des erstgenannten Historikers wäre der Ausbruch des Krieges um Polen ähnlich dem des ersten die Folge einer verhängnisvollen Akkumulation politischer Fehlhandlungen auf allen Seiten gewesen. Der These des anderen Historikers nach wäre der Krieg sogar durch ein infames Intrigenspiel des Lord Halifax, der Deutschland vernichten wollte, Hitler aufgezwungen worden, der, friedliebend, nur das Lebensrecht des deutschen Volkes hatte sicherstellen wollen. Das ist ein überraschend neues Bild der jüngsten Geschichte, die man altrömischem Beispiel folgend wohl als „Zeit des Deliriums" vor Ausbruch unseres „augusteischen" Zeitalters der Atomkraft nennen kann. Ist es richtiger als das bisherige?

Taylor hat im ersten Kapitel seines genannten Werkes, „Forgotten Problems", darauf hingewiesen, daß zwanzig und mehr Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges noch immer die Gründe dafür akzeptiert würden, die damals aufge-

wiesen waren. Die Geschichtsforschung sollte das Urteil der Zukunft vorwegzunehmen versuchen, statt das der Vergangenheit zu wiederholen. Man wird ein solches Vorhaben nur gutheißen können. Es ist in der Tat Zeit, daß die historisch-wissenschaftliche, aber auch die politische und geistesgeschichtliche Bewertung der Geschehnisse und Entwicklungen, die mit dem Phänomen des Nationalsozialismus verknüpft sind, von dem Niveau allzu billiger Simplifikationen, dem der Propagandaslogans, der Halbwahrheiten und der selbstgerechten und sich selbst rechtfertigenden moralischen Überheblichkeit auf ein höheres, ein der Größenordnung des Problems gemäßeres gehoben wird. Man wird nicht sagen können, daß die genannten Werke auch nur im entferntesten einen Versuch solcher Art darstellen. Man nimmt nicht damit das Urteil der Zukunft vorweg, daß man die Zusammenhänge willkürlich einmal anders herum als bisher begründet, sondern nur indem man versucht, die Gesamtheit der Motive, Ursachen und Tendenzen für die Erhellung der Ursprünge des Krieges heranzuziehen, die zur kritischen Zeit des Kriegsausbruches selbst der Kenntnis der Beteiligten noch verborgen geblieben waren. Beide Werke sind zudem keine unanfechtbaren wissenschaftlichen Leistungen. Der wissenschaftliche Charakter einer historischen Untersuchung beruht auf ihrer Methode. Das Hoggan'sche Buch ist seiner Methode nach trotz seines wissenschaftlichen Apparates nichts als ein politisches Pamphlet. Aber auch das Taylor'sche Werk stellt sich durch die Souveränität, mit der es die Quellen interpretiert oder unbenutzt läßt, außerhalb des Rahmens strenger wissenschaftlicher Forschung. So fruchtbar es daher gewesen wäre, wenn die außerdeutsche Geschichtsforschung eher zu einer Widerlegung der von den Siegermächten behaupteten ausschließlichen Schuld Deutschlands am Ersten Weltkriege gekommen wäre, weil das vielleicht dazu beigetragen hätte, die Friedensbedingungen zu revidieren, so unfruchtbar, ja gewissenslos ist es, einer überwältigenden Fülle das Gegenteil erweisender Tatsachen und Dokumente zum Trotz, Hitler und die das „Dritte Reich" mitbeherrschenden Elemente und die auf einen Krieg hinzielenden Tendenzen in Deutschland von der ausschließlichen Verantwortung für den absichtlich und mit vollem Bedacht „entfesselten" Zweiten Weltkrieg frei zu sprechen. Man kann nicht umhin, hinter solchen Versuchen, die Wahrheit zu verdrehen, politische Absichten zu vermuten, die einen besorgt machen müssen. Anstatt Hitler und seine Leute von der ausschließlichen Verantwortung für den Krieg zu entlasten, wäre es englischen und amerikanischen Historikern gemäß gewesen, den Gründen nachzuforschen, warum den deutschen Revisionswünschen nicht vor Hitler, wohl aber zu seiner Zeit Raum gegeben wurde. Es hätte auch näher gelegen und wäre für die Zukunft fruchtbarer gewesen, statt über „resister" und „appeaser" die Nase zu rümpfen, offenzulegen, warum die ehemals alliierten und assoziierten Mächte nicht rechtzeitig gegen eine unbeschränkte Aufrüstung und gegen die Politik der faites accomplies Hitlers eingeschritten sind.

Hier, nicht im diplomatischen Intrigenspiel 1939 um Polen liegt die Mitverantwortung der Westmächte dafür, daß Hitler den Zweiten Weltkrieg entfesseln konnte, und daß ein an sich „unnötiger" Krieg unabwendbar wurde. Es ist kaum zuviel gesagt, wenn man annimmt, daß bei einem rechtzeitigen Eingehen der Siegermächte auf deutsche Revisionswünsche der Krieg wahrscheinlich, bei rechtzeitigem Einschreiten gegen die Hitler'sche Politik sicher hätte vermieden werden können. Hier handelt es sich nicht um akademische Fragen, sondern um konkrete politische, die, wie sie unsere Vergangenheit bestimmten, auch unsere Zukunft im voraus entscheiden könnten. Denn die Fehler, die das deutsche Volk und seine Führung in seiner Vergangenheit begingen, sind in ihrer geographischen Verbreitung nicht auf Deutschland begrenzt. Auch kann das, was gestern

im Namen des notwendigen „Lebensraumes" einer Nation oder Rasse gutgeheißen wurde, morgen von verantwortungslosen Elementen nicht viel anders für eine übernationale Einheit, für die ausschließliche Geltung einer politischen Doktrin oder sozialen Ordnung, für die Erhaltung und im Namen des „christlichen Abendlandes" etwa, in Gang gesetzt werden. Gewaltpolitik ändert ihren Charakter nicht je nach den Zielen, für die sie eingesetzt wird. Es ist nicht der Nationalismus an sich, der das vergangene Unheil angerichtet hat. Es sind die Mittel der Verwirklichung absolut gesetzter Entitäten, Ordnungen und Ideologien. Das hat offenbar die Mehrheit der gegenwärtigen Politiker und der bisher sich über den Nationalsozialismus und die deutsche Tragödie äußernden Autoren noch nicht begriffen. Wir sind vor einer Wiederholung — wenn auch keiner buchstäblichen — erlittener Irrtümer und zu verantwortender Mitschuld nicht dadurch gefeit, daß wir nun Europäer, Atlantiker, christliche Bürger oder Kommunisten geworden sind. Uns droht nicht nur ein durch eine machtvolle Minderheit absichtlich und mit Vorbedacht entfesselter Krieg. Wir leben auch in der Gefahr, daß der Krieg wie 1914 als Folge einer Akkumulierung von politischen Fehlhandlungen in einem irreversiblen Prozeß ausbricht. Beiden Gefahren kann nur in ihren Anfangsstadien entgegengetreten werden. Daher sind solche Darstellungen, wie die der beiden erwähnten Autoren, die die Zusammenhänge verfälschen und vom Wesentlichen ablenken, aufs schärfste zurückweisen, nicht nur weil sie unwissenschaftlich sind, sondern weil sie neuem Unheil den Weg bereiten helfen.

Die beiden genannten Werke sind in der wissenschaftlichen Fachpresse — u. a. in den „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte" — und in der großen Weltpresse — u. a. in der Neuen Zürcher Zeitung — von Fachleuten auf Grund der Quellen gründlich und überzeugend widerlegt worden. Es bestünde daher kein Anlaß auf die Veröffentlichungen zurückzukommen, wenn es sich nur um ein historisches Problem handelte, wenn nicht beide Werke politische und geistige Probleme berührten und Zusammenhänge beträfen, deren richtige Erkenntnis zu einem erheblichen Teil die Voraussetzung dafür ist, daß wir nicht in eine Wiederholung begangener Irrtümer geraten. Aber auch vom historischen Gesichtspunkt aus kann man sich nicht des Zweifels erwehren, daß diese — immerhin doch nur rein negative — Widerlegung aus den Akten und Dokumenten, so richtig und notwendig sie ist, nicht genügt, um die suggestive Beeinflussung, die von einer plausiblen Darstellung ausgehen kann, zu entkräften. Glücklicherweise ist das eine Werk so umfangreich, daß seine pomphafte „Gewichtigkeit" sich selbst im Wege steht. Aber überzeugen kann man nicht durch Kritik allein, sondern durch eigene Darstellung eines richtigen Gesamtbildes — wenn sie überzeugt. Hier aber muß auf eine Schwäche der ins Riesenhafte angeschwollenen Literatur über den Nationalsozialismus hingewiesen werden: keine einzige bisherige Darstellung überzeugt und kann überzeugen, eben weil sie nicht ein vollständiges Bild, sondern immer nur Teilansichten als das Ganze präsentieren. Das Schicksal des deutschen Volkes in den letzten zweihundert Jahren — und auf solchem geistigen und politischen Hintergrund kann allein ein überzeugendes Bild des von uns „sei's tätig oder leidend auch" Erduldeten gegeben werden —, bedarf einer Deutung, die über die Kompetenz der Geschichtswissenschaft hinausgeht. Denn auch sie kann, ihrer Methode nach, nie die ganze Wirklichkeit erfassen, so wenig es der exakten Wissenschaft möglich ist. Es bleibt immer noch die Dimension des Menschen übrig. Seine persönliche Dimension. Deshalb lehnen wir ein Buch wie das von William L. Shirer („The Rise and Fall of the Third Reich") trotz seiner

scheinbaren Gründlichkeit — über 1200 Seiten Großoktav — entschieden ab, nicht so sehr, weil es in einer sehr seichten Weise Nationalsozialismus und deutsches Volk gleichsetzt, sondern weil es ein oberflächliches, ein gleichsam nur zweidimensionales Teilbild der Geschehnisse als das Gesamtbild zu zeichnen versucht. Es kann nicht ausbleiben, daß das breite Publikum, unbefriedigt von einer unzulänglichen oder rein parteiischen Darstellung, von der bloßen Herzählung an sich unverständlicher — aus dem Zusammenhang der zu ihrer Zeit geltenden Ideen und Maximen des politischen Handelns und des politischen Kräftespieles gerissener — Geschehnisse und Handlungen, schon aus Protest solchen Ehrenrettungen und „Demaskierungen" historischer Legenden zum Opfer fällt.

Man wird die Schwierigkeit einer umfassenden Darstellung der generationenlangen Entwicklung auf das Endphänomen „Nationalsozialismus" hin so wenig verkennen wie die einer parallelen der geistesgeschichtlichen Entwicklung vom Rationalismus über den transzendentalen Idealismus bis zum nihilistischen Existentialismus. Dennoch muß eine solche Darstellung versucht werden, weil beide End-Phänomena für sich isoliert unverständlich und willkürlich erscheinen. Der Historiker weiß sich auf festem Boden nur dort, wo ihm Quellen erster Ordnung zu Gebote stehen. Daher wird das rein Taktische, das Intrigenspiel der Parteien und Gruppen, der Diplomaten und Militärs in einer Weise in den Vordergrund gerückt, die von vornherein ein verzerrtes Bild voll Zufall und Willkür ergibt. Die Frage nach einer Verantwortung für einen Krieg, nach dem oder den Urhebern kann nicht aus dem Ablauf der Ereignisse selbst allein beantwortet werden. Die diplomatischen Aktionen sind vielmehr der Reflex an der Oberfläche untergründiger Strömungen. Wenn der Historiker der Unsicherheit des zu betretenden Bodens wegen zögert, nach den tieferen Ursachen und schicksalsvollen Verstrickungen zu fragen, zwischen Motiven und langfristigen Tendenzen auf der einen Seite, Anlässen, Manövern, taktischen Aktionen auf der anderen zu unterscheiden, und jene mit zu den „Ursprüngen" eines solchen Verhängnisses, wie es der Zweite Weltkrieg war, zu rechnen: so kann es nicht ausbleiben, daß Legenden entstehen, daß die Verantwortung nicht dort gesehen wird, wo sie in Wahrheit zu suchen ist und daß Irrtümer, als solche nicht erkannt, kontinuiert werden. Eine weiter ausgreifende Betrachtung der Zusammenhänge führt allerdings zu peinigenden Erkenntnissen, denen heute nur erst wenige standzuhalten bereit sind, während die meisten lieber „in ihrer Pracht dahinfahren", weil sie die „Einsicht kränken" würde.

Von der Verantwortung für den Aufstieg des Nationalsozialismus und seine Berufung an die Macht kann sich das liberale und christliche Bürgertum einschließlich der Sozialisten so wenig freisprechen wie die Majorität der Deutschnationalen davon, Komplize Hitlers so lange gewesen zu sein, bis es zu spät war, den Wagen am Abgrund vorbeizulenken. Nicht viel anders steht es mit den ideologischen Zusammenhängen, wo eine gründliche Untersuchung bei sehr ehrwürdigen Namen landen wird, die ihren Beitrag, wenn auch ungewollt, für das lieferten, was der Nationalsozialismus seine Weltanschauung nennt, und für jene lange „education", die wahrlich nicht eine „sentimentale" war und die Anfälligkeit der breiten Massen für die Lehren des Propheten Hitler erklärt. Indessen enthalten auch erkennbare Ursachen und nicht nur verborgene Zusammenhänge ein subjektives Element, das den Historiker beunruhigt. Der Versailler Friedensvertrag war ohne Zweifel eine der Ursachen des Zweiten Weltkrieges und das Verlangen einer Revision statt der „Erfüllungspolitik" ein wichtiges Moment in der Entstehung und Förderung des Nationalsozialismus und seiner treibenden Kraft Hitler. Das schließt indessen nicht aus, daß die Ursache als erwünschter Vorwand für einen Krieg mit weit über eine Revision hinausgehenden Zielen

benutzt werden konnte. Nicht viel anders verhält es sich etwa mit dem Zusammenhang der Wirtschaftskrise, der zunehmenden Arbeitslosigkeit in Deutschland nach 1929 und der Radikalisierung des deutschen Volkes. Auch hier ist die Folge nicht ohne weiteres gegeben. Vielmehr wird weiter zu fragen sein, ob und wie eine solche soziale Krise für bestimmte politische Zwecke ausgenutzt worden sei. Man wird somit über die offenkundigen Kriegsursachen hinausgehen müssen und die jeder konkreten Politik zugrundeliegenden Motive und Absichten der politisch führenden Personenkreise und die allgemeinen, zum Teil unartikulierten Tendenzen, Wunschvorstellungen und „Wachträume" der beteiligten Nationen und Personen, ihre politische Philosophie und Tradition zu den Ursprüngen eines Krieges hinzurechnen haben. Damit wird man allerdings auf Quellen verwiesen, die methodologisch nicht zu denen erster Ordnung gerechnet werden können und subjektiver Beurteilung weiten Spielraum lassen. Wer sich gar veranlaßt sieht, psychologische Untersuchungen und Charakteranalysen der politisch führenden Persönlichkeiten zu betreiben, begibt sich auf einen ganz und gar schwankenden Boden. Trotzdem können solche nicht vermieden werden, insbesondere solchen Phänomenen gegenüber wie dem Nationalsozialismus und anderen Diktaturen. Auch hier kann man sich nicht auf Charakterstudien als Schlüssel der Erkenntnis der historischen Wahrheiten allein verlassen, sondern kann sie höchstens als ein Element neben vielen in einem abgewogenen Gesamtbild verwenden. Mit Recht hat Gotthard Jasper auf das eigentümliche Paradox hingewiesen, daß in „unserer der freien Einzelpersönlichkeit so abholden Zeit ... einzelne Menschen zu bisher nie dagewesener schicksalsmäßiger Bedeutung aufsteigen können". Aber inwieweit ist auch die straffste Diktatur in ihrer politischen Willensbildung nicht nur von objektiven äußeren Bedingungen abhängig, sondern auch von vorhandenen Tendenzen, Wunschvorstellungen und Willensrichtungen in den beherrschten Massen? Ist Hitler der allein Verantwortliche für den Krieg? Ist er nicht eher der Exekutor, der Artikulator einer unabhängig von seinem Willen bereits bestehenden Tendenz, eines unartikulierten Willens? Und Hitler selbst? Ist er nur der von seinen „Wachträumen" besessene Schamane, der „rationale" Politiker, als was ihn A. J. P. Taylor darstellt, oder der „Caféhauspolitiker", als was er geringschätzig noch heute vielfach bezeichnet wird? Inwieweit war das deutsche Volk gar nicht Subjekt seiner Politik, sondern nur Objekt, die erste der vom Nationalsozialismus unterworfenen Nationen, Deutschland selbst das erste „eroberte Land"? Wir geraten damit in das Kreuzfeuer einander entgegengesetzter populärer Auffassungen über die jüngste Vergangenheit, die noch heute die Vorstellungen im In- und Ausland beherrschen, obwohl sie beide falsch sind. Auffassungen, von denen die eine die Verantwortung für alles allein und ausschließlich Hitler und seinen Leuten zuweist, die andere Nationalsozialismus, deutsches Nationalbewußtsein, deutsches Volk in einen Topf wirft, aus dem Militarismus, Feudalismus, Unfähigkeit zur demokratischen Selbstregierung und deutsche Aggressivität seit Olims Zeiten hervorbrodeln, um die gerechten und friedliebenden anderen Nationen zu überfallen.

Einem so komplexen Phänomen wie es der Nationalsozialismus, die Entstehung des „Dritten Reiches" und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges sind, ist weder mit dem bloßen Bericht der Ereignisse — wie das anläßlich der 30jährigen Wiederkehr der „Machtübernahme" fast im Überfluß geschah —, noch mit Einzelthesen und ganz gewiß nicht mit einfachen Erklärungen beizukommen. Es bedürfte schon einer Persönlichkeit, die die Höhe und Weite des Blickes Rankes als Historiker mit etwa Diltheys scharfsichtiger Beobachtung geistiger Entwicklungen vereint, um ein überzeugendes Bild von dem tragischen Absturz des deutschen Volkes zu geben. Die fleißigen „Kärrner", so notwendig sie sind, reichen dazu nicht aus.

Aber ganz gewiß bedürfen wir nicht der geistreichen Jongleure, die, aus was für Gründen auch immer, mit den historischen Tatsachen ein willkürliches Spiel treiben, noch der „Adepten", die, wie der Verfasser von „Volk ohne Raum" oder Hoggan, einen neuen Hitler-Mythos brauen helfen. Aber wo setzt man überhaupt mit einer Betrachtung des deutschen Schicksals in diesen letzten fünfzig Jahren an? Ehe ich dazu aus persönlicher Erfahrung ein paar Randbemerkungen beisteuere — und zu mehr bin ich nicht legitimiert —, möchte ich ein paar Worte zu den beiden genannten Büchern von Taylor und Hoggan sagen.

2.

Mr. Hoggan gehört zu jenem weit verbreiteten amerikanischen Typ, der voll Eifer und gutem Willen für eine gerechte Sache kämpft und in aller Naivität Unheil anrichtet, ohne sich dessen bewußt zu sein; kein finsterer Fanatiker, eher ein Sir Galahad, der für die verfolgte Unschuld, die verleumdete Wahrheit sich selbst opfernd streitet. Ihm geht der Ruf nach, ein liebenswürdiger Mann voller Charme zu sein, was man von fanatischen Nationalsozialisten ganz und gar nicht sagen kann. Wir erfuhren das, als ein Freund und ich gelegentlich einer Fahrt nach Kalifornien versuchten, ihn in Berkeley und, da er dort nicht mehr doziert, in der Hoover Library in Palo Alto zu sprechen, wo er aus den dortigen reichen Beständen sein umfangreiches Quellenverzeichnis zusammengelesen hatte. Da er indessen auch dort nicht mehr aufzufinden war, muß ich ihm in der Öffentlichkeit ein paar Fragen über seine Quellen stellen, die ich ihm gern erst mündlich unterbreitet hätte. Denn der Herausgeber seines Werkes hebt seine „kritisch-nüchterne Quellenforschung" mit besonderem Nachdruck hervor. Hoggan hat sich auch mit meiner Person und Tätigkeit als dritter Präsident des Senates der Freien Stadt Danzig beschäftigt und dabei Dinge berichtet oder sie zu berichten unterlassen, deren Quellen beziehungsweise die Gründe der Unterlassung zu erfahren interessant wäre. Der Verdacht liegt nahe, daß seine Arbeit von vornherein nicht als die unabhängige Leistung eines amerikanischen Historikers gewertet werden darf, sondern daß er von nationalsozialistischen Kreisen der Bundesrepublik dirigiert und mit ihren Zwecken entsprechendem Material beliefert worden sei. Es wäre interessant zu hören, wer es ihm geliefert hat. Wichtiger als das, was er in seinem Buch vorbringt, sind dessen Erscheinen selbst und sein Erfolg als Symptom. Dabei möchte ich jedoch nicht unterlassen zu bemerken, daß trotz dieser höchst fragwürdigen Tendenz der Verfasser da, wo es sich in seine Linie schickt, in manchen Einzelheiten, insbesondere in der Untersuchung des deutsch-polnischen Problems, das bisherige Bild richtig korrigiert und bisherige Ansichten als falsch erweist. Denn wenn es auch nicht gelingen kann, Hitler von der Verantwortung für den Krieg mit Polen freizusprechen, es vielmehr auch das „zukünftige" Verdikt der Geschichte bleiben wird, daß er den Krieg „entfesselt" hat, so ist doch die Politik Polens, die wiederholt — und nicht erst zu Hitlers Zeiten — auf einen Präventivkrieg gegen Deutschland zielte, ist das raffinierte Intrigenspiel des fähigen, aber halsstarrigen Obersten Beck, sind die Großmachtaspirationen Polens und Becks Ideen eines „Dritten Europa" beweiskräftig genug dafür, daß eine gemäßigte Politik Deutschlands, mit friedlichen Mitteln eine begrenzte Revision der deutschen Ostgrenze zu erlangen, nie zum Ziel geführt hätte. Man wird demnach wenn auch nicht von einem „erzwungenen" Krieg, so doch einem früher oder später unvermeidlichen Krieg zwischen Deutschland und Polen sprechen müssen, sofern Deutschland auf seine Revisionsforderungen nicht völlig verzichtete oder Polen nachgab, was auf diplomatische Weise erzwingen zu können, wie in der Sudeten-Frage gegenüber der Tschechoslowakei, höchst unwahrscheinlich war. Es fragt sich somit: war die Politik, die auf eine Entspannung mit Polen

hinzielte, ein ernstgemeinter Versuch, nach einer Lösung zu suchen, die den Interessen beider Nationen hätte gerecht werden und den Krieg damit ausschließen können? Oder war dies nur ein taktischer Behelf, eine Vertagung der Entscheidung auf gelegenere Zeit?

Man wird sich dabei erinnern müssen, in welch schwieriger Lage Hitler sich Polen gegenüber befand, das die treibende Kraft für einen Präventivkrieg gegen Deutschland war. Polen hatte auf der im Februar 1932 wieder aufgenommenen Abrüstungskonferenz sowohl gegen die Abrüstung der Alliierten als gegen die Aufhebung der durch den Versailler Vertrag Deutschland auferlegten Beschränkung in der Bewaffnung gestimmt. Marschall Pilsudski hatte sich im Juni 1932 für die Entsendung eines Kriegsschiffes nach Danzig entschieden, dann aber doch erkannt, daß eine Befreiung Danzigs ohne Billigung der Westmächte nicht durchführbar sei. Die Berufung des Nationalsozialismus an die Regierung wurde von Polen als das Ende seiner bisherigen Politik, Deutschland schwach zu halten, und geradezu als eine Provokation aufgefaßt. Wenn eine Regierung die Bedrohung durch die politischen Ziele Hitlers ernst genommen und sich über sie aus „Mein Kampf" unterrichtet hatte, dann war es die polnische. In die durch die „Machtergreifung" schon höchst gespannte Lage platzte Hitler noch mit der taktisch unklugen Äußerung einem britischen Korrespondenten gegenüber (12. II. 33) herein, daß er die durch den polnischen Korridor Deutschland zugemutete Ungerechtigkeit zu beseitigen wünsche. Wenige Tage darauf hielt es die Danziger Regierung des deutschnationalen Dr. Ziehm für an der Zeit, es wegen einer Streitfrage in der Danzig-polnischen Hafenpolizeikommission zu einer Art Bruch kommen zu lassen. Worauf Marschall Pilsudski in dem für die neue deutsche Regierung schwierigsten Zeitpunkt, einen Tag nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933, das polnische Kriegsschiff „Wilja" zur „Westerplatte" an der Danziger Weichselmündung schickte, um dort, wo den Polen ein Arsenal eingeräumt war, Truppen zu landen. Die Aktion wurde polnischerseits als Gegenmaßnahme gegen Übergriffe der Danziger SA hingestellt. In Wirklichkeit war es ein Versuchsballon, ob die Westmächte nunmehr bereit waren, einer polnischen Präventivaktion zu assistieren. Wäre es zu einem Einverständnis Frankreichs gekommen, so wäre der nächste Schritt Polens die Besetzung Ostpreußens gewesen, der gegenüber Deutschland damals nicht die geringste Chance eines erfolgreichen Widerstandes gehabt hätte. England verhinderte die Unterstützung der polnischen Aktion. In seinen Memoiren bedauerte nachträglich Lord Vansittart, der damalige permanente Staatssekretär im Foreign Office, diesen Schritt und rechnete vor, daß der Präventivkrieg zur Beseitigung Hitlers vielleicht 30 000 Mann Verlust bedeutet hätte gegenüber 30 Millionen, die der Sturz des Hitlerregimes im Zweiten Weltkrieg gekostet hatte. Der Genfer Völkerbundrat handelte in der Beilegung des Konfliktes prompt. Sir John Simon, der britische Außenminister, tadelte das Vorgehen des polnischen Außenministers Beck aufs schärfste. Eine Woche nach der Truppenlandung erklärte Polen, die Truppen zurückziehen zu wollen. Die diplomatische Niederlage Polens, die Tatsache, daß es von England, vor allem Frankreich, im Stich gelassen worden war, bereitete den Boden für eine taktische Schwenkung der polnischen Politik. Daß Deutschland gerade noch so eben an einer möglichen weit ärgeren Niederlage, die zu einer Katastrophe hätte werden können, vorübergekommen war, legte es Hitler nahe, sich mit dem gefährlichsten Gegner, wenn auch nur vorübergehend, zu vergleichen. Jedenfalls zog er die Lehre daraus, seine taktischen Schritte aufs sorgfältigste zu überlegen. Als ich im Oktober desselben Jahres in Genf nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund Zeuge der Wirkung dieses Schrittes insbesondere bei den Franzosen war (deren spontane Reaktion „c'est la guerre" war!) und darüber Hitler

berichtete, machte dieser in einer unmittelbar daran anschließenden Führerbesprechung den obersten Parteiführern die strikteste Disziplin und Korrektheit zur Pflicht, um durch die nun zu durchschreitende Gefahrenzone hindurchzupassieren. Er erklärte, jeden Vertrag unterzeichnen zu wollen, der Deutschland dies erleichtere.

Ich will damit sagen, daß die Westerplatten-Affäre deutscher- wie polnischerseits der Anlaß wurde, den Konflikt, wenn auch nicht ernsthaft, so doch im Sinne eines taktischen Behelfs, vorläufig beizulegen. Was beide nicht nur mit reservationes mentales taten, sondern in der Absicht, den Partner am Ende zu überspielen. Hoggan glaubt dagegen seine Leser davon überzeugen zu können, daß es Hitler in der Tat um einen wirklichen, friedlichen Ausgleich mit Polen zu tun und England es gewesen sei, das dies zu hintertreiben gewußt und Hitler den Krieg aufgezwungen habe, um Deutschlande endgültig zu zerstören. Auch Taylor versucht glaubhaft zu machen, daß der bis 1939 sich als nüchterner, rational denkender Politiker erweisende Hitler nicht den Ausbruch des Krieges absichtlich herbeigeführt habe. Zu dieser Frage möchte ich einige Bemerkungen beisteuern. Ich muß dabei etwas weiter ausholen, weil die damalige Lage heute nur noch wenigen gegenwärtig ist.

3.

Ich will nicht mit Hoggan darüber rechten, daß er mich als „bekannt wegen seiner polenfeindlichen Einstellung" im Gegensatz zu „seinem sehr maßvolle Ansichten über Polen hegenden" Nachfolger als Präsident der Freien Stadt Danzig, Arthur Greiser, hinstellt. Ich will auch nicht seine Kritik meines 1929 (bei Reimar Hobbing) erschienenen Buches „Die Entdeutschung Westpreußens und Polens. Zehn Jahre polnischer Politik" als „das radikalste polenfeindliche Buch, das in jener Zeit in Deutschland geschrieben worden ist", widerlegen. Er oder seine Zuarbeiter haben es offenbar nie in den Händen gehabt; denn es ist eine recht trockene statistische und eher juristische als politische Analyse der Methoden, die Polen zur Verdrängung der deutschen Bevölkerung — trotz des ihm wie den anderen „Nachfolgestaaten" von den Siegermächten auferlegten Minderheitenschutzvertrages — aus den abgetretenen Gebieten angewandt hatte. Die Folge war die Abwanderung von rund einer Million Deutscher. Ich hatte diese Entwicklung als gebürtiger Westpreuße an Ort und Stelle miterlebt. Von 1920 bis 1926 leitete ich im Auftrag des „Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte" das freie Volksbildungswesen in Posen, gründete und leitete dort eine größere deutsche Bücherei, die „Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen", die Monatsschrift „Deutsche Blätter in Polen", Volkshochschulkurse, Laienspiele etc. Im Gegensatz zur Annahme Hoggans hatte ich während des fast siebenjährigen Aufenthaltes in Polen dort statt Haß Respekt vor dem zu neuer Selbständigkeit gelangten Volk gelernt und teilte das damals allgemeine Urteil in Deutschland nicht, die Polen wären unfähig, einen eigenen Staat zu haben, Polen sei ein „Saisonstaat". Ich war vielmehr zu der Überzeugung gekommen, daß die europäische Politik in Zukunft mit Polen als einem bleibenden Machtfaktor zu rechnen haben werde. Im ehemals preußischen Gebiet hatten es die Polen verstanden, durch ein musterhaftes Genossenschaftswesen jenes viel beredete „polnische Gemeinwesen im preußischen Staat" (Ludwig Bernhardt) zu bilden und dadurch die Tätigkeit der preußischen Ansiedlungskommission im Ansetzen deutscher Bauern wettzumachen.

Ich hatte dort ferner an einer Rechtsentwicklung teilgenommen, die, wenn die große Politik und die Großmächte sich über ihre Bedeutung für die Zukunft klar gewesen wären, wie wir, die wir sozusagen in der „Drecklinie" des Nationalitäten-

kampfes im Osten standen, zu einer positiven Rechtsschöpfung auf Grund eines internationalen Rechtsprinzipes und damit zu einer neuartigen Symbiose der Völker und Stämme in Gebieten hätte führen können, in denen es seit Jahrhunderten keine festen Sprach- und Nationalitätengrenzen wie im Westen gegeben hatte, sondern wo die Völker durcheinandergemischt ihre historischen Siedlungsräume hatten und die westliche Idee des homogenen Nationalstaates nicht angemessen war. Ich meine die Ansätze zur Entwicklung eines „Volksgruppenrechtes" aus den Minderheitenschutzverträgen, die führend von den Deutschtumsbünden vorangetragen, aber auch von anderen Minderheiten in anderen Staaten des europäischen Ostens weitergetragen wurden. Ideen, die zu einer zentraleuropäischen Gemeinschaft hätten führen können, wenn nicht etliche der neuen souveränen Staaten den Ehrgeiz gehabt hätten, sich zu einem geschlossenen Nationalstaat auf Grund einer staatstragenden herrschenden Nation zu entwikkeln. Das war die in der deutschen Volksgruppe vorherrschende politische Philosophie, bis Adolf Hitler die deutsche und andere Minderheiten als Irredenta, als politische Sprengkörper zu verwenden begann und die deutsche Minderheit in Polen entsprechend beeinflussen ließ. Ich selbst habe noch als Präsident von Danzig versucht, den daraus sich entwickelnden Kampf innerhalb des Deutschtumsbundes zu schlichten. Allerdings war mir in Polen auch klar geworden, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Polen unvermeidbar sein würde, solange Polen danach trachtete, eine Militär- und Großmacht zu werden und, weit entfernt, Revisionsansprüchen Deutschlands Raum zu geben, selbst Ansprüche nicht nur auf Danzig und Ostpreußen als „unerlöste" Gebiete, sondern auch auf pommersche, märkische und schlesische Gebiete erhob. Solche Ansprüche wurden nicht so sehr von dem Militärdiktator Marschall Pilsudski als von nationalliberalen Kreisen wie Roman Dmowskis vertreten. Insofern wird man den Thesen Hoggans wie auch Taylors recht geben müssen, daß Polen, und zwar nicht nur in der Endphase, eine Mitverantwortung für den Kriegsausbruch trug. Ich war in dem von Hoggan erwähnten Buch „Entdeutschung" zu dem Schluß gelangt, daß durch die Politik Polens eine neue Situation geschaffen sei, der durch die Minderheitenschutzverträge der Pariser Friedensverträge von 1919 gerade hatte vorgebeugt werden sollen und daß nun andere Maßnahmen notwendig seien. Es war damit gewiß nicht ein Krieg gemeint, aber eine Politik, die nunmehr konkrete Revisionsforderungen stellte, und solche konnte Deutschland nur als wieder erstarkte Macht stellen. Es schien auch mir daher unerläßlich, daß Deutschland wieder aufrüstete; denn den damals herrschenden politischen Prinzipien und Maximen nach war nur der Starke bündnisfähig und Subjekt einer eigenen Politik. Damals konnte man schwerlich anders als mit einer „Politik der Stärke" arbeiten, sofern man sich nicht zum bloßen Objekt der Politik anderer erniedrigen wollte.

4

Ich möchte dabei eine Bemerkung allgemeiner Art einschalten. Es ist mir bei politischen und historischen Werken der Nachkriegszeit aufgefallen, wie unkritisch, ja geradezu naiv, um nicht zu sagen überheblich, auch bei wertvollen und gedankenreichen Arbeiten Ideen und Erkenntnisse, die wir erst durch schmerzliche Wandlungen infolge tragischer Erfahrungen der jüngsten Zeit gewonnen haben, als der normale Beurteilungsmaßstab für das politische Handeln einer Vergangenheit verwandt werden, die nur aus ihren eigenen, ihr selbstverständlichen Prinzipien und Maximen verstanden werden kann. Daß es in einer Zeit, in der der erste Roosevelt die Politik des „manifest destiny" Amerikas begründete, England sein die halbe Welt kontrollierendes Empire als rechtmäßige

Grundlage seiner Vorherrschaft betrachtete, für Deutschland noch kein Ausdruck besonders verwerflicher Tendenzen sein konnte, den „Griff nach der Weltmacht" 1914/18 zu tun, wollte es nicht der Amboß für den Hammer anderer Mächte sein, liegt auf der Hand, sofern man für Deutschland nicht das alte Wort passend findet „quod licet Jovi non licet bovi". Insbesondere in einer Zeit, in der sich Wandlungen in der Konsequenz der bisherigen Requisiten der Macht — Raum, Wirtschaft, Technik, Volkszahl — bemerkbar machten, und Mächte einer neuen Größenordnung aufzusteigen und die Souveränität mittlerer Mächte in Frage zu stellen begannen. So irrig es ist, sich gegenwärtig auf politische Maximen und Prinzipien der Machtpolitik der Vergangenheit als die ewig gültigen zu beziehen, obwohl sie durch den pragmatischen Prozeß der Geschichte ad absurdum geführt wurden, so irrig und das ganze politische Feld verwirrend ist es, heutige Einsichten als das Normalmaß zur Beurteilung der Vergangenheit zu benutzen.

Ich geriet nicht, wie Hoggan meint, in „Verstörtheit" durch den deutsch-polnischen Pakt, in dem Hitler, ohne auf die deutschen Forderungen bezüglich der Grenzrevision, der Beseitigung des Weichselkorridors und Danzigs Verzicht zu leisten, zusagte, nichts durch Gewalt erzwingen zu wollen. Vielmehr war Danzig der deutschen Politik vorangegangen und hatte Deutschland den Weg zu besagten Verträgen freigeschaufelt. Der Staatsbesuch Danzigs bei dem Präsidenten Polens, damals Professor Moscicki, und der Regierung war auf meine Initiative erfolgt (übrigens ohne die von Hoggan behauptete Begleitung Greisers). Sie war nicht von Hitler angeregt, sondern durch die erwähnte katastrophale Lage, in die Danzig durch die „Westerplatte-Affäre" und nationalsozialistische Übergriffe geraten war, notwendig geworden. Nur noch eine besondere Demonstration des guten Willens Danzigs, an der internationalen Vertragslage, dem Status quo festzuhalten, konnte Präventivaktionen Polens verhindern, zu der es auch ohne Beihilfe Frankreichs imstande gewesen wäre. Der Schritt war außergewöhnlich; denn die früheren Regierungen Danzigs hatten es ostentativ vermieden, dem durch die Vertragslage protokollarisch vor den Beziehungen zum deutschen Reich rangierenden engen Verhältnis zu Polen durch einen offiziellen Besuch in Polen Ausdruck zu geben. Mein Schritt war mit keiner nationalsozialistischen Parteistelle im Reich besprochen; ich hatte mich allein mit dem damaligen Dirigenten der Ostabteilung im A.A., Richard Meyer, ins Benehmen gesetzt, einem klugen Manne, befreundet mit von Moltke, dem damaligen deutschen Botschafter in Warschau; übrigens wegen seiner jüdischen Abstammung sehr bald nicht mehr „tragbar". Ich will mich über den Besuch selbst, den Eindruck, den insbesondere meine Ansprache an die polnische Presse machte, nicht weiter auslassen. Die Folge dieses Besuches war ein Übereinkommen (5. August 1933), künftig die bestehenden erheblichen Streitfragen durch unmittelbare Verhandlungen beizulegen, statt durch Beschwerden beim Völkerbund. Auf Grund dieser Vereinbarung begannen Verhandlungen über einen Wirtschaftsvertrag, über die Gewährung der Minderheitenrechte für die polnische Minderheit in Danzig, im Rahmen der für die deutsche Volksgruppe in Polen geltenden. Ein Zugeständnis, das durch internationale Verträge Danzig nicht auferlegt worden war.

Daß ich damit eine Vorleistung im Sinne einer Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen machte, die seitens der deutschen Politik nicht Billigung fand, wurde mir durch einen von dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bülow erbetenen Besuch bei ihm vor Augen geführt. Von Bülow stellte mich wegen dieses Vertrages in scharf tadelnder Weise zur Rede. Aus dem Gespräch mußte ich entnehmen, daß an eine dauerhafte Verständigung mit Polen seitens der deutschen Politik nicht gedacht wurde. Ähnliches mußte ich aber auch einer Äußerung Hitlers selbst entnehmen. Ich übergehe andere politische Versuche,

nicht nur die Atmosphäre in den Beziehungen Danzigs und Polens zu bessern, sondern eine solide Vertragslage zu schaffen und einer Verständigung Deutschlands mit Polen Pionierdienste zu leisten. Immerhin muß ich mein vertrauliches Gespräch mit dem Diktator Polens, dem damals schon todkranken Marschall Pilsudski im Beisein Oberst Becks im Winter 1933/34 erwähnen, das nicht so sehr den ins Stocken geratenen Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen einen neuen Anstoß geben sollte, als einer Verständigung zwischen den beiden politisch isolierten Nationen Deutschland und Polen. Mir ging damals auf Grund meiner Beilegung der kritischen Lage in Danzig in Partei- und Militärkreisen der Ruf eines „Brückenbauers" nach (der Reichskommissar für die Autobahnen, Todt, bat mich wegen der Autobahn durch den Korridor in Polen zu vermitteln; General Frh. v. Fritsch erbat meinen Besuch und die Darlegung der politischen Möglichkeiten bezüglich Polens). Als ich jedoch Hitler selbst den Eindruck meiner Konversation mit Marschall Pilsudski berichtete und ihm die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen einer Verständigung mit Polen, insbesondere bezüglich einer Revision der Grenzen, darzulegen versuchte, wie ich sie sah, erhielt ich von dem sonst so Redseligen die mürrische und etwas dunkle Antwort, es sei ihm natürlich „lieb", wenn er seine „Ostpolitik" mit Polen statt schon gegen Polen durchführen könne.

Ich hatte damals in den „Danziger Neusten Nachrichten", der erst später gleichgeschalteten größten Tageszeitung Danzigs, einen persönlich verfaßten Artikel veröffentlicht, in dem ich als das Mittel einer Verständigung mit Polen und eines tragbaren dauernden Vertrauensverhältnisses ein „Unsichtbarmachen" der bestehenden Grenzen, statt deren Revision, vorschlug, ein „Überspinnen" der Grenzen durch ein Netz von Kooperationsverträgen auf allen wesentlichen Gebieten. Der Artikel hatte nicht nur bei der nationalsozialistischen Partei, sondern auch allgemein bei der möglichst bald nach einer „Rückkehr ins Reich" begierigen Bevölkerung Enttäuschung erregt und mir Mißtrauen eingetragen. Im intimen Kreis hatte ich meine Beurteilung des politisch Möglichen damit auszudrücken versucht, daß eine Revision der Grenzen allenfalls das Endergebnis einer erfolgreichen und bewährten Verständigung sein könne, nicht aber die Voraussetzung und der Beginn einer solchen. Zu einer solchen entsagungsvollen Politik geduldigen Reifens einer neuen Lage mit dem Ausgangspunkt des Status quo bestand damals weder bei den nationalsozialistischen Machthabern noch bei den Deutschnationalen oder anderen Gruppen eine Neigung.

Meine politischen Anschauungen waren zu einem großen Teil von der Idee Friedrich Naumanns aus dem Ersten Weltkriege über ein von Deutschland geführtes, wenn auch gewiß nicht beherrschtes „Mitteleuropa" geprägt. Ich sah in einer friedlichen Verwirklichung eines zentraleuropäischen Gemeinwesens die Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung Rußland gegenüber, das mit seinen immensen Potentialitäten, von dem neuen Regime zu einem hochindustrialisierten Staat entwickelt, Resteuropa einfach niederwalzen konnte, hatte man doch schon im Ersten Weltkrieg eine Probe der „Dampfwalze" Rußland erfahren müssen. Aber ich will hier nicht den so häufigen Fehler begehen und meine gegenwärtigen Einsichten als meine früheren Anschauungen zurückdatieren. Ich bin es schuldig, zu bekennen, daß ich an den Irrtümern meiner Zeit teilgenommen habe, daß auch ich geraume Zeit hindurch die Vorstellung der notwendigen Wiederaufnahme des 1918 nur „abgebrochenen" Krieges gehabt habe, um ihn diesmal bis zum „Sieg"frieden im Sinne der damaligen Durchhaltepolitiker Tirpitz, Hugenberg, der „Vaterlandspartei" u. a. durchzukämpfen. Es ist aus solchen Andeutungen nicht nur unschwer zu entnehmen, warum ich schließlich Nationalsozialist wurde, sondern auch daß ich mit der Möglichkeit eines „Großen

Krieges", ja, mit der Wahrscheinlichkeit eines solchen gegen Rußland rechnete. Um auf meine Konzeption einer Polenpolitik zurückzukommen, so konnte eine integrale Verständigung mit Polen nur das rationale Ziel einer Defensivgemeinschaft oder — einer Expansionsgemeinschaft haben. Ein Verzicht Polens auf seine noch „unerlösten" Westgebiete, geschweige denn eine Revision der durch den Versailler Frieden gezogenen Westgrenze konnte nur erreicht werden, wenn Polen bei einem gemeinsam mit Deutschland geführten Kriege in den Spuren der gescheiterten Pildudski'schen Politik durch ukrainische und weiß-russische Gebiete im Osten Ersatz finden würde. Einer solchen Politik stand deutscherseits indessen der Anspruch gegenüber, die Ukraine zu einem selbständigen souveränen Staat zu „befreien", und die nationalsozialistischen Ansprüche, ganz Rußland als „Lebensraum" für das deutsche Volk zu erobern. Polnischerseits aber stand ihr mit Recht das Bedenken, das besonders dem Nationalsozialismus gegenüber begründete Bedenken gegenüber, daß Polen nach einem gemeinsamen Siege über Rußland der dann alleinigen Großmacht im Osten, Deutschland, auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sein würde. Meine Unterredung mit Marschall Pilsudski hatte denn auch diesen geheimen Zweck, wenn möglich zu sondieren, ob für eine weitergehende Kooperation zwischen Deutschland und Polen eine Möglichkeit bestünde. Meinen vorsichtigen Fragen in der Richtung auf eine breitere Basis der Verständigung wich der Marschall aus. Eine solche müsse in kleinen Schritten erprobt werden, bei absolutem Festhalten an dem gegenwärtigen Besitzstand. Immerhin schien es mir damals, als das Regime Hitlers noch keineswegs gegen innere Änderungen unerschütterlich dastand und noch nicht seine monolithische Form gewonnen hatte, — zu einer Zeit da im deutschen Militär Persönlichkeiten wie der Chef des Generalstabes Beck, wie von Fritsch, von Hammerstein-Equord u. a. noch das Heft in den Händen hatten und die Wehrmacht noch nicht gleichgeschaltet war, — notwendig und möglich, einer Verständigung mit Polen den Boden zu bereiten. Mir schien daher eine Demarche des Ministers Papee's, des bevollmächtigten Vertreters Polens in Danzig, bei mir wegen Umtrieben ukrainischer Studenten an der Technischen Hochschule in Danzig und politischer Flüchtlinge aus der polnischen Ukraine, die in Danzig Asyl gesucht hatten, eine Art test-case für eine künftige Haltung in der Frage der Unterstützung ukrainischer nationaler Aspirationen in Sowjetrußland wie in Polen zu sein. Ich gab darum dem Ersuchen Polens statt, die in Danzig bestehende Propagandastelle für irredentistische Umtriebe in den ukrainischen Landesteilen Polens aufzulösen und den Ukrainern die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen. Das verursachte in Danziger Kreisen, und zwar nicht nur nationalsozialistischen, böses Blut, und mir den Ruf, vor Polen zu kapitulieren, oder, in nationalsozialistischer Sprache, „von Polen gekauft zu sein", um Danzig zu verraten. Daß dies alles Machtpolitik und „Machtgleichgewichtspolitik" alten Stils war, und nach amerikanischer Auffassung „Konspiration" oder Versuch einer solchen zum Zweck militärischer Eroberungen, liegt auf der Hand. Aber ich wiederhole, keine Zeit kann besser handeln als ihre gültigen politischen Maximen und Prinzipien erlauben. Sie sollen damit nicht gerechtfertigt sein. Es gab bestimmt Leute, die damals schon ihre Verwerflichkeit erkannten. Ich gehörte nicht zu ihnen; jedenfalls nicht, solange ich politische Verantwortung trug.

5.

Ich habe hier vielleicht über Gebühr längst zurückliegende Ereignisse aus der Anfangszeit des nationalsozialistischen Regimes herangezogen, an denen ich persönlichen Anteil hatte. Es geschah nicht um einer apologia pro vita mea willen, sondern weil von meinen damaligen Bemühungen um eine Verständigung mit Polen ein Licht auf die wesentlich radikaleren und expansionistische-

ren „Lebensraum-Ideen" Hitlers fällt, ein Licht, in dem solche Thesen von einem friedliche Ziele verfolgenden Hitler, wie sie Hoggan oder selbst solche wie sie Taylor vertritt, einfach absurd erscheinen. Im Sommer 1934 hatte auf Veranlassung des Gauleiters Albert Forster der Danziger Senat unter Ausschluß von mir, dem Präsidenten, um eine geheime Audienz bei Hitler nachgesucht, um meine Amtsentsetzung wegen Polenfreundlichkeit zu erreichen. Die plumpe Begründung dieses Antrages war, daß ich an eine Verständigung mit Polen wirklich „glaubte" und durch meine Maßnahmen den Widerstandswillen der Danziger bräche, das Ansehen der Partei schädige. Ich hatte allerdings weder dem Danziger Senat noch dem Gauleiter ausführlich über meine Aussprache mit Pilsudski und Beck berichtet, um die gebotene Vertraulichkeit zu wahren. So mochte denn manche meiner Aktionen der Partei in zweifelhaftem Licht erscheinen.

Die Audienz bei Hitler hatte indessen noch einen triftigeren Grund als die Beschwerde über mich. Die Partei hatte erwartet, daß im Zuge der Machtergreifung sofort mit einer Reihe von dringenden Fragen reiner Tisch gemacht werden würde, worunter die Rückgliederung Danzigs an das Reich an vorderster Stelle stand. Nun aber war statt dessen ein Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen geschlossen worden, in dem Hitler zwar Revisionsforderungen aufrechterhielt, auf gewaltsame Mittel aber ausdrücklich verzichtete. Das schien den Verzicht auf alle politischen Pläne mit einzuschließen. Es waren Zweifel an Hitlers Politik selbst, die der Danziger Gauleiter aus dem Munde des Führers durch erneute Bestätigung der feststehenden Endziele — die Taylor Hitlers „Wachträume" nennt — behoben sehen wollte. Ich war also mit meiner Danziger Polenpolitik gleichsam der Prügelknabe für Hitler. Er bestimmte zwar, daß die Partei sich vorläufig mit mir abzufinden habe, führte aber — relata refero — bündig aus, daß kein Jota seiner Pläne aufgegeben sei, daß, welche Wege er auch zu gehen sich genötigt sehe, die großen Ziele unabänderlich feststünden und er von der Partei blinden Gehorsam und Glauben verlange. Welchen Wert man solchen Äußerungen beilegen will, lasse ich dahingestellt. Über die Audienz selbst, die schon an sich aufschlußreich genug ist, hätte sich Mr. Hoggan bei seinen guten Beziehungen zu ehemaligen Parteikreisen unterrichten können. Es leben von den Danziger Regierungsmitgliedern noch der Senator Huth, der Präsident des Volkstages, von Wnuck; auch die Herren Löbsack und Zarske hätten ihm Auskunft über die wirklichen politischen Ziele Hitlers und dem von ihm den Danzigern dargelegten Unterschied zwischen taktischen Mitteln und den Zielen selbst geben können. Daß simple Parteigenossen an Hitler irre wurden, weil sie die Taktik mit seinen wirklichen politischen Zielen verwechselten, ist verständlich. Weniger ist es das, solche Verwechslung bei einem Historiker anzutreffen, dem der ganze spätere Verlauf der Entwicklung offen darliegt, mit den Unterwerfungs- und Ausmerzungsmethoden gegenüber der eingesessenen Bevölkerung in dem besetzten polnischen Gebiet, wobei der polenfreundliche Arthur Greiser im Posener Land nicht glimpflich verfuhr, und mit der offensichtlichen Verwirklichung der großen „Lebensraum"-Konzeption Hitlers zwei Jahre nach dem polnischen Krieg durch den Einbruch in Rußland.

In der willkürlichen Annahme, daß die Hitler'sche Politik im wesentlichen ein taktisches „muddling through", ein „Sichdurchwursteln" im britischen politischen Stil gewesen sei, ein bloßes Improvisieren und Jonglieren mit sich bietenden günstigen Gelegenheiten, aber ohne große politische Konzeption, liegt der Grundirrtum der Taylor'schen Untersuchung. Doch nicht die taktischen Möglichkeiten bestimmten den Inhalt der Hitlerschen Politik; sie waren lediglich die Züge der

Verwirklichung seines großen Konzeptes. Dieses Konzept als nicht existent anzusehen, heißt den Wald vor Bäumen nicht sehen. Der Krieg mit Polen war für Hitler nicht nur ein Muß wegen der intransigenten Haltung der polnischen Politik in der Revisionsfrage. Die Liquidation Polens und die Verwendung des polnischen Raumes als „Lebensraum" des deutschen Volkes war integrierender Bestandteil seiner unabänderlichen außenpolitischen Konzeption, die außerdem keine Militärmacht an Deutschlands Grenzen zu dulden willens war. Deswegen waren in Hitlers Augen solche Vorstellungen, wie ich sie hegte, verächtlicher Nonsens und höchstens als Sprenkel für die Drosseln zu verwenden. Außerdem drängte die Zeit. Hitler mußte das polnische Vorfeld bereinigt haben, ehe er an die Verwirklichung jenes großen Planes, die Vernichtung Rußlands und die Entgliederung seines Riesenkomplexes, gehen konnte. Er war ein Meister des verschlagenen taktischen Spieles und, wie der Geist im Hamlet, mit seiner unterirdischen Maulwurfsarbeit schon immer woanders als wo seine Gegner ihn vermuteten. Aber er war in zeitlicher Hinsicht eng gebunden. Er hatte seinen „Terminkalender" bestimmt nicht vergessen. Er konnte den Krieg mit Polen nicht verschieben. Er mußte seinen Rüstungsvorsprung ausnutzen, ehe ihn die Westmächte eingeholt haben würden. Man wird nicht übersehen dürfen, daß den Zweifrontenkrieg des Ersten Weltkrieges zu vermeiden die Grundvoraussetzung seines großen Planes und der Unterstützung seiner Politik durch das Militär war. Abermals in die Zwickmühle zu geraten, wie es denn tatsächlich geschah, war sein ständiger Albtraum. Daß er den Kriegsausbruch nicht so gewollt hatte, wie er vor sich ging, liegt auf der Hand. Seine taktischen Manöver gingen darauf aus, Polen zu isolieren. Daß ihm das nicht gelang und daß er zugleich mit dem polnischen Krieg den Krieg im Westen aufgehalst bekam, war der erste Rückschlag in der langen Serie taktischer Erfolge Hitlers. Aber daraus schließen zu wollen, daß Hitler den Krieg gar nicht gewollt habe, ist schlechterdings absurd. Man kann den Grundzug der Hitler'schen Taktik nicht übersehen, wenn man ihn nicht übersehen will.

Hitler konnte gar nichts anderes tun, als in der ersten Phase seiner Politik seinen „Großen Plan" auf Eis zu legen, so daß er in der konkreten Politik unsichtbar blieb. Das kann nur den über die nationalsozialistischen politischen Ziele täuschen, der nicht zur Kenntnis genommen hatte, daß die Partei einzig und allein zu dem Zweck gegründet und gefördert worden war, um die innerpolitischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Krieges 1914/18 vorzubereiten und die Massen zu disziplinieren. Es stellt die Wirklichkeit geradezu auf den Kopf, wenn Taylor behauptet: „Hitler machte keine Pläne . . . um die Welt oder irgendetwas anderes zu erobern, — er ging vielmehr darauf aus, daß andere für die Gelegenheiten sorgen würden und er sie ergreifen würde." Oder: „Es gab keine konkreten Pläne, keine Richtschnur für die deutsche Politik." Was es nicht gab, das waren „Rezepte". Aber wann hätte je ein Politiker, sofern er einer war, nach Rezepten gehandelt! Das bleibt gewissen Professoren in der Politik vorbehalten. Taktisch handelte Hitler immer „freibleibend", immer die günstige Gelegenheit beim Schopfe fassend. Unbedenklich widersprach er dabei sich und seinen Prinzipien. Er hatte keine „systemeigenen" Lösungen. Daher verwarf er skrupellos heute das, was er gestern bestimmt hatte, und hielt dabei doch unerschütterlich eine einzige Richtung auf die Verwirklichung seines großen Konzeptes ein. Daß selbst Taylor dies nicht sieht — es sei denn daß er es aus bestimmten Gründen nicht sehen will —, ist noch heute, dreißig Jahre nach dem Machtantritt Hitlers, ein Beweis dafür, daß die Hitler'sche politische Technik der Irreführung seiner Gegner wirksam ist.

Aber diese Blindheit gegenüber Hitlers eigentlichen außenpolitischen Zielen ist denn doch auch eine Folge einer von je falschen Auffassung über Wesen

und Ziele des Nationalsozialismus, die das Schwergewicht der Betrachtung, namentlich in der Entstehungsgeschichte der Bewegung, auf die innerpolitischen Ideen und den Antisemitismus legte, wo man dann mit solchen Ideen wie der „Brechung der Zinsknechtschaft" und ähnlichem beschwert wurde, während der eigentliche Ausgangspunkt die Tätigkeit Hitlers 1919 als „Unterrichtsoffizier" in seinem demobilisierten bayrischen Regiment war. Nicht die politische Taktik, sondern die politische Realität, die in Deutschland zwischen 1933 und 1939 entstand, zeugt daher von der Verwirklichung der eigentlichen Ziele des Nationalsozialismus, die von jener ersten Münchner Zeit 1919 über die Abfassung von „Mein Kampf" bis zum Ausbruch des Krieges einunddieselben geblieben waren. Was damals in Deutschland geschah, war nicht die Verwirklichung einer sozialen oder politischen Doktrin, sondern sollte mit äußerster Radikalität vorsorglich den Ordnungszustand herbeiführen, der sich im Ersten Weltkriege zwangsläufig aus der Notlage ergeben hatte. Das heißt: es wurde im Voraus die totale Mobilmachung der ganzen Nation planmäßig durchgeführt, die 1914/18 hatte improvisiert und dazu noch höchst unzulänglich improvisiert werden müssen. Wer nicht sieht, daß hier eine ganze Nation Schritt für Schritt auf den totalen Krieg hin geordnet und diszipliniert wurde, und daß das nicht geschah, um gegen Angriffe gerüstet zu sein, sondern um den abgebrochenen Krieg besser gerüstet wieder aufzunehmen, der hat auch heute noch nicht das ganze nationalsozialistische Unternehmen in seinen Zielen und Methoden begriffen.

Ich kann hier die Entstehung des Nationalsozialismus aus der Idee, das Kriegsende 1918 nur als einen, im größten Maßstabe erfolgenden, strategischen Rückzug aufzufassen, nicht weiter ausführen; aber von den ersten Anfängen Hitlers an, ehe er noch die Partei gründete, gingen seine Überlegungen nicht von einer Revision des Versailler Friedensvertrages aus, sondern von der Wiederaufnahme des Krieges, der dem deutschen Volk zur beherrschenden Position in Europa verhelfen mußte. Daher drehten sich alle Überlegungen darum, eine solche Ordnung in Deutschland zu schaffen, daß im günstigen Augenblick mit umgruppierten, neu aufgefüllten Kräften, ausreichend vorbereitet und diszipliniert, eine neue Offensive vorgetragen werden konnte, wobei die politischen und militärischen Fehler des Ersten Weltkrieges vermieden sein würden, insbesondere die Belastung durch einen Zweifrontenkrieg; wobei vor allem aber die Massen durch eine eiserne Disziplin zusammengehalten werden würden, so daß eine Wiederholung des „Dolchstoßes" nicht mehr möglich sein würde. Für Hitler waren die innerpolitischen und sozialen Neuordnungen Mittel zum Zweck, nicht der Kern und Keim seiner Politik. Daher kann man seine Ideen nicht mit ausgebildeten sozialen und ökonomischen Doktrinen in Vergleich bringen. Die Hitler'schen Ideen sind a u s dem Krieg und f ü r den Krieg geboren. Erst im weiteren Verlauf der Konkretisierung seiner Vorstellungen entwickelte sich daraus so etwas wie ein Plan, eine zusammenhängende Konzeption, eine politische Philosophie und die biologische Ideologie vom starken Menschen und den Unterschieden der Rassen. Was in Deutschland tatsächlich erwuchs, war die leveè en masse schon zu Beginn des Krieges, statt erst im schon verlorenen Endstadium.

Es widersprach solchem Kriegswillen nicht, taktisch so lange wie möglich den Krieg zu vermeiden, um ihn für den letzten Hauptvorstoß aufzusparen. Es war selbstverständlich, so lange wie möglich auf friedlichen Revisionen des Versailler Friedensvertrages und insbesondere dort zu bestehen, wo die Bedingungen im eklatantesten Widerspruch zu den öffentlich bekundeten Prinzipien der Westmächte standen, dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker. Aus den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges heraus mußte es das erste Gebot der Taktik sein, die Probleme einzeln, — heute würde man sagen „im Abzahlungsgeschäft" —

nacheinander zu lösen, jeweils einen Gegner zu stellen und ihn zu isolieren. Das ist Hitler im erheblichen Maße gelungen, wie er denn von Taylor mit Recht in seiner Taktik als ein scharfsinniger, die Schwächen seiner Gegner durchschauender, elastischer, einfallsreicher rationaler Politiker dargestellt worden ist, den zu unterschätzen kein Anlaß besteht. Aber noch weniger Anlaß ist dazu, über dieser Taktik seine Konzeption des „Lebensraumes" für das deutsche Volk, seine Neuordnungspläne Europas, seine Ideen über eine den Menschen nicht degenerierende Kultur und soziale Ordnung zu übersehen. Hitlers Taktik zielte in der Verwirklichung seines großen Planes dahin, das, was man heute „begrenzte Kriege" nennt, zu führen. Wie wenig das in der Praxis gelingt, und wie aus solchen in der Anlage begrenzten Kriegen der totale, globale Krieg wird, dafür ist der Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges der noch heute gültige Beweis, nicht aber der für die Friedensabsichten Hitlers. Man kann Hitlers großen Plan einen „Wachtraum ohne Beziehung zur Wirklichkeit" nennen, wie Taylor es tut. In Wirklichkeit war es dieser Traum und der Versuch seiner Verwirklichung, die eine solche weltweite Wirkung ausgelöst haben, daß wir heute am Ende einer Weltepoche, vielleicht am Beginn einer neuen, wenn überhaupt noch einer Zukunft stehen.

6.

Was ist der Sinn — um auf die Frage zu Beginn dieser Bemerkungen zurückzukommen —, was mag der pragmatische Sinn solcher historischer Elaborate wie der von Taylor und Hoggan sein? Die These vom „erzwungenen Krieg" wird man ohne weiteres akzeptieren können, wenn man sie im umgekehrten Sinne des Verfassers versteht! In der Tat, der Krieg wurde einem gerade in jenen Jahren des Aufstieges Hitlers nichts weniger als Krieg wünschenden Europa von dem nationalsozialistisch gewordenen Deutschland aufgezwungen. An diesem Verdikt der Geschichte ist nicht zu rütteln, was immer für neue Details über das taktische Intrigenspiel noch ans Tageslicht kommen mögen. Der Zweck der Verdrehung der Wahrheit in ihr Gegenteil durch Mr. Hoggan liegt auf der Hand. Die Herausgeber seiner Arbeit wollten durch eine Rechtfertigung der Hitler'schen Außenpolitik das Fundament für eine Renaissance der Hitler'schen Konzeption legen, bei der abermals die eklatantesten Fehler nun des zweiten Anlaufes, wie ehedem des Ersten Weltkrieges, vermieden werden sollen, und die gewiß nicht auf eine einfache Wiederbelebung des alten Nationalsozialismus hinauslaufen wird. Daher denn auch die Bemühungen, zwischen so etwas wie einem „Hitlerismus" und einem Nationalsozialismus richtiger und gerechtfertigter Ziele zu unterscheiden.

Der Zweck liegt in einer Linie mit der sich immer deutlicher abhebenden Tendenz, Kritik an und Opposition gegen den Nationalsozialismus als Kritik an der heutigen antikommunistischen Politik aufzufassen. Die politischen Gewichte haben sich in den letzten dreizehn Jahren hier völlig verschoben. Suspekt ist heute, wer Hitler Widerstand leistete. Wer bei Hitler bis ins bittere Ende aushielt, steht heute gerechtfertigt da. Er tat es nicht aus nationalsozialistischer Gesinnung. Er kämpfte den heutigen Kampf schon damals. Es ist der Oppositionelle, der heute wie damals der Schädling, der Saboteur, der Landesfeind ist ... Und wer zweifelt noch, daß, wenn sich Hitler nicht den — übrigens nach Meinung immer noch vieler zu Unrecht aufgebauschten Antisemitismus — hätte zuschulden kommen lassen, der Nationalsozialismus als der große „Retter des Abendlandes" dastehen würde! Die Wiederaufnahme seines „Großen Planes" durch die Westmächte ist ohnedies die nachträgliche Rechtfertigung seiner Außenpolitik. Das ist eine weit verbreitete Ansicht; es ist die im Unterbewußtsein der Deutschen der Bundesrepublik wohl verbreitetste Reaktion. Das Hoggan'sche Buch

verfolgt den Zweck, solchen Ansichten und unartikulierten Gefühlsreaktionen das gute Gewissen zurückzugeben: Hitler wurde ja gezwungen, den Krieg mit Polen, den Krieg mit den Westmächten zu führen. Ihm lag nur dieses eine Ziel vor Augen, dieser eine, dieser wesentliche, dieser lebensnotwendige Krieg gegen den Feind der Menschheit, gegen den Kommunismus. Er führte ihn im Interesse des Westens so gut wie Deutschlands. Er hätte ihn gewonnen, wären ihm nicht solche Leute wie Lord Halifax in den Rücken gefallen. Weit war er seiner Zeit voraus, dieser Hitler. Er erkannte die wahren Feinde, die wirklichen Todesgefahren. So hörte ich den greisen Dichter Hans Grimm reden, dem im übrigen die deutsche Literatur ein paar unsterbliche Seiten edelster deutscher Prosa und ein paar Novellen von bleibendem Wert dankt.

Schwieriger ist es, dem pragmatischen Sinn des Taylor'schen Buches auf die Spur zu kommen. Offensichtlich ist es zwar, daß er damit der führenden Violine im neuen Konzert der Mächte, der deutschen Bundesrepublik, so etwas wie einen Dämpfer aufsetzen möchte. Indem er Hitler sozusagen „entdämonisiert", ihn aus dem luziferischen Glanz als Verkörperung alles Bösen herunter in die konkrete politische Wirklichkeit bringt und bei dem schmutzigen politischen Handwerk mit anderen Handwerkern zusammen zeigt, als einen praktischen, rationalen, scharfsinnigen Realisten, legt er den Glauben nahe, daß es sich im Grunde bei dem ganzen nationalsozialistischen Zauber um nichts anderes gehandelt hätte, als was heute, was morgen sich wieder ereignen könnte. Zum Beispiel Revisionsbestrebungen. Hitler hatte sich 1934 Polen gegenüber vertraglich verpflichtet, seine Revisionsansprüche nicht mit gewaltsamen Mitteln verfolgen zu wollen. Hörte man das nach Tisch nicht wieder? Versprach nicht Adenauer dasselbe? Vestigia terrent. Aber solche Erklärung befriedigt nicht ganz. Man vermutet einen anderen, einen tiefer liegenden pragmatischen Sinn. Die positive Seite seiner sonst so anfechtbaren Darlegungen des Ursprunges des Krieges liegt in der Herausstellung Hitlers als eines fähigen und scharfsinnigen Realpolitikers, ein Bild, das sich wesentlich von der Übersteigerung Hitlers zu einer Art Übermensch wie von der Abwertung Hitlers als eines größenwahnsinnigen Wiener Caféhauspolitikers unterscheidet. Dennoch kommt in seinem Bilde nicht die andere Seite seines Wesens zur rechten Geltung: Die Besessenheit, der Fanatismus, die Willenspotenz dieses Mannes, sein visionäres Einfühlungsvermögen, seine produktive Einbildungskraft (im kantischen Sinne).

Die Hervorhebung zweier Hitler, eines rationalen und eines besessenen oder wachträumenden, wie Taylor meint, weist jedoch in der Tat auf etwas wesentliches hin. Die Duplizität des Hitler'schen Charakters, mit der er im deutschen Volk gewiß nicht allein steht, vielmehr eine deutsche Eigenschaft repräsentiert, prägt sich in seinem konkreten Handeln darin aus, daß er fähig war, eine rationale, realistische Politik in den Dienst eines irrationalen, eines phantastischen Planes zu stellen, daß er Realist und Visionär in einem Ausmaße war, die in ihrer die Einheit der Person sprengenden Spannung ein seltenes Phänomen ist. Hier wäre wohl der Platz, über Hitler als Persönlichkeit zu reden. Aber es ausreichend zu tun, müßte den Umfang dieses Artikels sprengen. Hitler war nicht nur kein „ausgeklügelt Buch", er war auch nicht bloß ein „Mensch mit seinem Widerspruch". Er war ein ungewöhnlicher Mensch, der das gewöhnliche Maß der Politiker weit überragte. Dies sollte sich auch der Gegner eingestehen. Denn man befreit sich nicht von Hitler, indem man ihn verächtlich macht, so wenig man sich von der Mitverantwortung dadurch freisprechen kann, daß man ihn zum Dämon steigert. Als ich mein Bild Hitlers in den „Gesprächen" präsentierte, warf man mir vor, daß ich Hitler „auf ein zu hohes Postament" stellte. Man möge es mir zugute halten, daß ich auch heute noch, trotz Ablehnung im heutigen deutschen

Raum, der Ansicht bin, es sei, wie es das erste zulängliche war, so auch das heute noch diesem ungewöhnlichen Menschen am nächsten kommende Bild. Dessen hervorstechendste Eigenschaft war eine Willensmächtigkeit, der sich so leicht keiner entzog, der ihm gegenüberstand. Und es ist der Wille, der die Wirklichkeit prägt, nicht die Erkenntnis. Ich erinnere mich dabei eines Wortes eines wirklich bedeutenden Historikers, Heinrich Leos, der in einem Brief an Bismarck im Jahre vor dem ersten der drei Kriege (1863) schrieb, es sei ein großer Irrtum, wenn man glaube, des Menschen Wille hänge vor der Erkenntnis ab. „Umgekehrt, die Erkenntnis hängt vom Willen ab." Hier liegt das Geheimnis des Erfolges Hitlers. Indem er seinen Willen der Umwelt aufzwang, erkannte sie auch als wahr, was er als Weltanschauung, als Wirklichkeit vor Augen hielt, Macht als die wesentliche Realität, überlegene Stärke und Gewalt als das wesentliche Mittel der politischen Realität. Ich fürchte, es muß aus der gegenwärtigen Politik der Bundesrepublik der Schluß gezogen werden, daß, ob bewußt oder unbewußt, das deutsche Volk noch immer unter dem „impact" des Willens Hitlers steht.

Ging es Taylor darum? Ging es ihm um eine Illustrierung des Wesens der Machtpolitik? Wollte er erweisen, daß sie sich nicht ändere, ob sie von Hitler, englischen und polnischen Ministern oder Stalin betrieben werde, ob im 19. Jahrhundert oder im beginnenden Atomzeitalter? Wollte er nur die Erörterung der Kriegsursachen aus dem Klima moralischer Entrüstung in die nüchterne Alltagsatmosphäre des politischen Handwerks herunterbringen? Oder wollte er mehr? Wollte er gerade erweisen, wie mit den bisherigen Methoden und Praktiken der Realpolitik nun zweimal der Krieg nicht zu verhindern gewesen sei, und daß es auf die bisherige Weise auch ein drittes mal nicht gelingen werde? Wie dem auch sei, unsere eigene Schlußfolgerung kann keine andere sein, als daß die Rolle der Machtpolitik alten Stils endgültig ausgespielt ist, daß wir nach neuen Methoden der Schlichtung von Konflikten der Nationen, der Revision von Grenzen und Verpflichtungen suchen müssen. Unsere Erkenntnis wird sein, daß Maximen und Prinzipien des politischen Handelns, die soeben vor einem übernationalen Gericht als Verbrechen an der Menschheit verurteilt worden sind, nicht dadurch wieder legitim werden, daß sie, statt für das Heil einer Nation, für den Besitzstand einer Gruppe von Nationen, für die Geltung von Ordnungsideen benutzt werden. Es ist die Erkenntnis, daß Hitler das Ende jeder Politik der Stärke, der Gewaltpolitik, jeder Art Expansionismus bedeutet, daß Hitlers Ende gleichsam der Punkt ist, in dem im dialektischen Prozeß die Machtpolitik in ihren Gegensatz (— nicht die jetzige Ohnmachtspolitik, sondern), in eine kooperative Politik umschlägt. Wenn diese Erkenntnis gemeinsames Gut des Westens wie des Ostens geworden sein wird, dann wird kein Krieg mehr „nötig sein", und dann wird am Ende auch noch so etwas wie ein Segen aus dem Durchgang durch den von Hitler erzwungenen Zweiten Weltkrieg erwachsen.

Hans v. Uslar:

Franz Josef Strauß — Ein Typus unserer Zeit

Unter diesem Titel veröffentlicht der Verlag Kurt Desch ein Buch, dessen Herausgeber Erich Kuby ist und dessen Preis (DM 16,80) zu hoch ist, um das Buch unters „Volk" zu bringen. Es enthält: 1. von Erich Kuby eine Analyse („Der demagogische Funktionär"), welche, wie mir scheint, begründet, — daß Franz Josef Strauß Prototyp und Modell des autoritären deutschen Machthabers in dieser unserer Zeit sei, — die potentielle Bedeutung dieses Mannes sich als Funktionalität der deutschen Gesellschaftsstruktur in dieser unserer Zeit erkläre, — der Mann als solcher, als Individualität deshalb fungibel sei; 2. ein biographisches Resümée von Otto von Loewenstern: „Von Schongau nach Bonn"; 3. Dokumente (ausgewählt durch Erich Kuby): „Franz Josef Strauß — Reden 1946 bis 1962"; 4. Dokumente (hauptsächlich Pressestimmen, ausgewählt durch Erich Kuby): „Die Zeitgenossen über Strauß"; 5. einen Bericht und eine unnachgiebige Analyse von Jürgen Seifert: „Die ‚Spiegel'-Affäre"; 6. von Eugen Kogon eine Analyse („Verteidigung unserer Möglichkeiten"), deren Aufwand an apologetischen Argumenten, wie mir scheint, im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Beweiskraft steht.

Leider ist das Buch pro domo geschrieben, für das „gelehrte Haus". Wie eben alle diese Bücher. Was will dieses Buch? Den deutschen Grundfehler wiederholen? (Ich zitiere frei nach Tucholsky:) Schon Bekehrte bekehren? Das ist überflüssig. Wem die Erleuchtung bereits gekommen ist, will zwar gestärkt werden — der Schwerpunkt aber liegt woanders. Er liegt in der politischen Beeinflussung der Schwankenden. Und auf deren Seelenzustand (nicht nur Geldbeutel!) ist Rücksicht zu nehmen. Missionare müssen Indianisch lernen — mit Lateinisch bekehrt man keine Indianer . . . Schade. Denn das Buch ist ein Volltreffer. Es schlägt ein — mitten in die Wirklichkeit unserer jüngsten Tage. Wenn wir Erich Kuby glauben: des J ü n g s t e n T a g e s — unserer bundesdeutschen Demokratie. Und wir sollten ihm glauben. Franz Josef Strauß, politischer Wanderprediger für die Wahrheit in Kuby, macht uns das leicht.

Franz Josef Strauß ante portas . . . Der ausgepfiffene Tribun, der als Bundesminister nachweislich sechsmal im Bundestag „zum Wohle des deutschen Volkes gelogen" (CSU-Generalsekretär Zimmermann) hat, der die Bundesdemokratie in ihre erste revelant-relevante Krise seit ihrem Bestehen gestürzt hat, — der sich vor dem CSU-Parteitag als „unschuldig Gejagten" (eines „von Moskau und Pankow gelenkten Kesseltreibens") bezeichnet und die loyale Opposition gegen ihn als eine „anonyme Organisation ehrgeiziger Querulanten und unbefriedigter Postenjäger", — der die anrüchige Herausforderung wagt: „Wer gegen mich in voller Kenntnis des Sachverhalts den Vorwurf der Lüge erhebt, ist selbst ein Lügner" (kein Lügner also ist, wer o h n e „Kenntnis des Sachverhalts" ihn erhebt!): — diesen Wolf im Schafpelz, der die Schafe Wölfe nennt, wählten die Schafe noch einmal zu ihrem König. Die CSU wählte in ihrer Landesversammlung vom 6. und 7. Juli 1963 mit 559 von 644 Stimmen, unbeschadet des kirchlichen Einspruches, diesen Desperado erneut zu ihrem ersten Vorsitzenden, — weil sie ihn „instinktiv als den Stärksten erkannte". Der Ministerpräsident des Bundeslandes Bayern desavouierte die Feststellungen des Bundestages, indem er an das Delegiertenvolk appellierte, man müsse Strauß („der Treue hingeopfert!") glauben, wenn er sage, er habe in der „Spiegel"-Affäre nicht gelogen — Straußens Beteuerung müsse „mehr gelten als alle Deduktionen". Der designierte deutsche Bundeskanzler palaverte: „Es ehrt den Kollegen Strauß, daß er sagt, er habe Fehler gemacht. Wer macht sie denn nicht?" Kollege Strauß, auf Wartegeld ge-

setzter Kanzleranwärter, umwarb die unverblümt revanchistisch sich gebärdenden Flüchtlingsverbände, die, wie er versicherte, „ein besonderes Element politischer Bewußtseinsbildung in dem Augenblick sein könnten, in dem es um die Verteidigung und um die Ausbildung des deutschen Volkes geht" — und warb für die Verwirklichung der „politischen Gemeinschaft Europas": damit endlich die „Gleichberechtigung auf dem Gebiet der militärischen Verteidigung" (im Manuskript noch unzweideutiger: „auf dem Gebiet der Atomstreitkräfte") Wirklichkeit werde. „Unberechtigte Kritik" an Strauß wurde geahndet, indem man den Redner mit „Kommunist" und „Schmeißt ihn raus!" apostrophierte, und „ob man sich in einer Versammlung der CSU oder NSDAP befinde?" fragte ein Mannhafter. Als Präsident fungierte der Franco- und Salazar-Enthusiast Dr. Richard Jaeger; Ehrengäste waren der FIBAG-Organisator Kapfinger und der Informationsminister des Tschiangkaischek-Regimes, zu dessen Begrüßung der „gleichen Gegnerschaft gegen den Weltkommunismus" geziemend gedacht wurde. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten, die Strauß der Leugnung der Lüge überführt hatten, hatte Hausverbot . . .

Und Franz Josef Strauß redivivus intra portas . . . Wiederauferstanden als Führer einer CSU, die der Bayerische Rundfunk in CSA umdeutete, verkündet — nach vollzogenem Beitritt der Bundesrepublik zum Versuchsstop-Abkommen — der abservierte Minister, daß „bei der überwiegenden Mehrheit der größten Regierungspartei der Atomstop-Vertrag nach wie vor als bedenklich" gelte.

> „Wer oder was befugt Herrn Strauß" (schreibt dazu die „Süddeutsche Zeitung"), „in diesem Augenblick und mit diesem autoritären Pomp eine Erklärung abzugeben, die a) die heute zu leistende Unterschrift der Bundesregierung vor den Augen der Welt in ein zweifelhaftes Licht setzt; b) einen heillosen Widerspruch zwischen dem Bundeskabinett und der „überwiegenden Mehrheit" von CDU und CSU unterstellt, und c) eine Kompetenzüberschreitung darstellt, nicht geringer als die desselben Mannes vom vorigen Herbst? Wird sich die solcherart bevormundete CDU gefallen lassen, daß der Vorsitzende der Fraktionsgruppe die Parteigesamtheit so hemmungslos für seine persönlichen Ansichten einspannt? Denn dies ist es, was Straußens wiederbelebte politische Aktivität von neuem zum Stein des Anstoßes werden läßt: daß er offenkundig nur an sich denkt und weder den Zusammenhalt der Regierungspartei noch die Glaubhaftigkeit der Regierungspolitik berücksichtigt, wenn er gegen einen Gegner — Schröder — amoklaufend einen Punkt herausholen möchte!"

Man sollte nur darüber staunen, daß wir noch staunen können.

> „Der Bundeskanzler muß ihn (schrieb noch während der „Spiegel"-Krise die FAZ) außerhalb der Regierung als motorische Kraft im parlamentarischen Regierungslager möglicherweise mehr fürchten als in den Schranken der Kabinettsdisziplin, wie sehr diese auch gelitten hat . . ."

In der Tat!

Strauß und kein Ende! . . . Strauß und noch kein Ende abzusehen . . .? Doch — das Ende unserer Demokratie.

Wer dieses Glaubens bisher ermangelte und die Zeitungen der letzten Wochen las, könnte erweckt werden zum Glauben in Kuby. Selbst diejenigen, die glauben, an der krebskranken Bundesrepublik werde eine Hühneraugenoperation vorgenommen, indem man gegen den nach den Regeln allmenschlicher Logik „toten" Mann polemisiere, könnten erweckt werden. Allein, Blinde werden nicht sehen, wer Augen im Kopfe hat — Taube nicht hören, wer die Wahrheit spricht. Wir wissen's — sie wissen's: und eine neue Behauptung ist das, weiß Gott, nicht.

Neu (für den, der Augen im Kopfe hat) ist selbst, was in Erich Kubys Buche steht, nicht. (Was Kogon darin schreibt, ist, meiner Meinung nach, sogar ein sehr alter Hut.) Neu ist nicht, daß und was man in dem literarischen Arsenal von den

französischen Moralisten bis zu Schopenhauer und Karl Kraus an Material findet: an Material, das ausreicht, um den Parvenü und Arrivisten Strauß psychologisch und als Individuum zu definieren („Betrug und Verrat sind nur Kunstfehler" — „Mittelmäßigkeit verurteilt gewöhnlich alles außerhalb ihrer Reichweite" — „Der Eigennutz spricht jede Sprache und spielt jede Rolle, selbst die des Gemeinnutzes" . . . etc.) Neu ist nicht der Fundus intellektueller Erkenntnisse und Analysen von Machiavell bis zu Sorel und Pareto, die einem Autor unserer Tage bereitliegen, um den Eigenstreber Strauß als s o z i o l o g i s c h bedingten Archetypus des Machttechnikers zu definieren.

Neu also ist das alles nicht. Und Kuby, der das alles und noch viel mehr gelesen hat (ebenso gewiß wie Strauß den Sorel und Pareto!), weiß es und scheut sich infolgedessen auch nicht, für den Leser, der — „angestoßen von dem Kapitel ‚Der dynamische Funktionär', genauer mit Zeitfragen und Problemen sich zu beschäftigen wünscht" — eine umfangreiche Bibliographie soziologischer Literatur von Adorno und Broch über Canetti, Habermas, Mannheim bis zu Rauschning, Sonnemann und Max Weber seiner Analyse anzufügen. (Nur Machiavell, Sorel, Pareto, ausgerechnet, fehlen!) Hat aber Kuby nicht das Recht, so wird man fragen, über sein Wissen, welches das Wissen vom Wissen anderer ist, zu verfügen, um seine Absicht ins Werk zu setzen: die Analyse des Phänotyps Strauß? Durchaus. Indes, mit dieser Einräumung werden wir Kuby nicht gerecht. Wir hätten ihn als fleißigen Publizisten bestätigt, für den angewandte Wissenschaft das Mittel zum Zweck eines Kommentars des Kommentars ist. So gesehen wäre seine Analyse Selbstzweck als journalistisches l'art pour l'art und wäre als solche von minderer Bedeutung. Ist sie aber von hoher Bedeutung — und das ist sie! —, so deshalb, weil es von minderer Bedeutung ist, wie Kuby diese Analyse schreibt, als daß er sie schreibt. Gerade er, Kuby, diese Strauß-Analyse schreibt. Ihn nämlich zeichnet der „sichere Instinkt für die zeitgemäßen demokratischen Masken der absoluten Macht" aus, dessen er mit Recht sich selber rühmen kann — den aber die Allerwenigsten haben, weshalb denn die Allermeisten fragen: Ja, aber was ist denn an Strauß so schlimm?

Ja, was?

Auf dem Schutzumschlag des Buches ist der Titel „Franz Josef Strauß — Ein Typus unserer Zeit" in weißer Antiqua über eine die zwei Seiten deckende Photographie gedruckt. Legen wir den Umschlag auseinandergefaltet auf den Tisch, schauen wir in eine Massenversammlung. Masse Mensch. Trübe Gesichter an trübe Reden hingegeben. Aufgepustete Mienen sich selber ernstnehmender und ihrem Ernste huldigender Wohlstandsbürger. Frei sich dünkende, verzückt der lügnerischen Phrase von ihrer Freiheit lauschende Akkordarbeiter und Angestellte. Hörige, die glauben, glauben zu müssen, was sie hören . . .

Weshalb ist dieser Schutzumschlag so grauenvoll gut? Weil dieser Umschlag die Crème de la crème dieses Buches in einem Blick umfaßt. „Manche Menschen gelten nur deshalb etwas in der Welt, weil ihre Fehler die Fehler der Gesellschaft sind", sagt La Rochefoucauld. Dasselbe zu Strauß sagt Kuby und ist der Kern des Kerns dessen, was er sagt:

> „Die parlamentarische Demokratie muß sich nachsagen lassen, sie sei eine Art Treibhaus für den Typus. Wäre Strauß Bundeskanzler geworden, niemand hätte sagen dürfen, er habe sich auf illegale Weise diese Position verschafft . . . Nicht ein künftiges, repolitisiertes Volk, sondern das Volk, wie es Adenauer nach dem Kriege vorgefunden und im Kühlschrank seiner ‚Kanzlerdemokratie' konserviert hat, ein politisch weitgehend statisches Volk ohne Ideen und nationale Ambitionen, war bereits im Begriff, die politische Führung einem Mann anzuvertrauen, der, zerfressen von Ehrgeiz, niemals zu erkennen gegeben hat, um welchen fixen Punkt

sein dynamisches Denken und Handeln kreiste. War es so schwer, hinter der aus Millionen von Worten gebildeten ‚demokratischen' Fassade den absoluten Machtanspruch zu entdecken? Oder wurde er erkannt, mehr instinktiv als intellektuell, und wurde Strauß vielleicht gerade deswegen für den fähigsten Politiker gehalten? (S. 19) ...

Die Amoralität der Wirtschaftswunderwelt verhinderte, daß Strauß bereits über die Fibag-Affäre stürzte ...

... Im ganzen wird man aber sagen dürfen, daß die öffentliche Moral Strauß weniger zu schaffen machte und ihn weniger an seiner vollen Entfaltung hinderte, als die politische Statik. Die Beunruhigung, die Strauß mit seiner antikommunistischen Panikmache ins Volk tragen wollte, ging nicht tief genug, als daß er mit wirklich durchschlagendem Erfolg die Rolle des Retters in der Not hätte spielen können, der ja nie einer anderen Rechtfertigung bedarf als eben der ‚Not'.

Wenn aber Strauß nicht trotz, sondern wegen seiner Prinzipienlosigkeit, nicht trotz, sondern wegen seiner Panikmache ... Chancen hatte und hat, dann heißt das, der individuelle Befund gehört essentiell auch zum Bild des Typus, nicht nur zu dem von Strauß. Des Typus, in dem wir den möglichen künftigen Überwinder unserer Demokratie sehen. Es handelt sich hier nicht um zufällige Schwächen, sondern um geistige Merkmale, ohne die der Typus in unserer Gesellschaft gar nicht ‚ankäme'.

Der nicht nur im Rückschlag auf Hitler, sondern auch als Folge unserer antikommunistischen Position entstandene anti-ideologische Affekt bringt Bewunderung, unkritische Bewunderung für einen Typus hervor, dessen politische Potenz in einem voraussetzungslosen Machtzynismus besteht. (S. 35/36) ...

... Die Veränderungen, die sich anscheinend mit unserem Volk in Reaktion auf die Erfahrung Hitler mit allen ihren Konsequenzen vollzogen haben, sind heute bereits nahezu integriert in Strukturveränderungen der Welt überhaupt ... In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich die ‚verwaltete' gegen die ‚politische' Welt mehr und mehr durchgesetzt und alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens überzogen ...

So paradox es zunächst klingt: die nationalsozialistische Herrschaft, die dem Anschein nach eine totale Politisierung der Gesellschaft bewerkstelligte, ihre Umformung in eine streng geschlossene Gemeinschaft, spielte hinsichtlich des Fortschrittes der a-politischen ‚verwalteten' Welt eine avantgardistische Rolle in Europa. Auf massenhafte Ballung der Menschen und auf massenhafte Bündelung von Energien zum Zwecke der Anwendung nach außen angelegt, leistete das totalitäre Regime dem Aufbau von ‚Apparaten' Vorschub. Unter dem Deckmantel der Ideologie hatte sich eine politisch und moralisch wertfreie, rein auf Nützlichkeit und Leistung ausgerichtete Technokratie hypertroph entwickelt, die 1945 nur insoweit zerstört war, als sie buchstäblich aus Maschinen und Fabriken bestanden hatte. Es blieb jedoch ein bestimmter Menschentyp in seinem Bestand erhalten, ohne den ein ‚Apparat' nicht vorstellbar ist . . . Nach dem Zusammenbruch der ideologisch-politischen Positionen unseres Staates fand er in Deutschland geradezu ideale Voraussetzungen. Er war unerschüttert. Er hatte Hitler gedient, aber er war weder guter Nationalsozialist noch aktiver Feind gewesen. Auflehnung ist nicht seine Sache. Die würde geplante Abläufe stören ... Es war nicht so, daß der Typus nach 1943 noch sonderlich an Hitler gehangen hätte. Im Gegenteil, dessen offensichtliche Unvernunft machte sich immer störender bemerkbar, und als er weg war, lag die politische und soziologische Landschaft viel überschaubarer und leichter zu erobern unter den Blicken der Technokraten, die wir später eine Zeitlang Wirtschaftswunderkinder genannt haben.

Für sie hat es ein Jahr Null höchstens im materiellen Sinn gegeben. Anfang und Ende politischer und geistiger Ordnungen bedeutete ihnen so wenig wie die Ordnungen selbst. Dank Hitler waren sie zahlreicher und besser geschult in Deutschland vorhanden als im übrigen Europa. Infolgedessen genossen wir zehn Jahre lang einen klaren Vorsprung an efficiency. Infolgedessen — aber auch, weil das enttäuschte, von der Politik angewiderte, seiner Mitschuld sich entziehen

wollende Volk genau nach diesem Typus verlangte ... Im Vordergrund sehen wir die Figur und den Aufstieg von Franz Josef Strauß ..., der potentiell, wie wir heute wissen, den technokratischen Typ in einer bestimmten politischen Ausprägung repräsentiert, den wir den Funktionär nennen ...

Hinsichtlich der psychologischen Struktur und der Erfolgserwartung, die an das Wirken beider geknüpft ist, kann kaum ein Unterschied zwischen Manager und Funktionär festgestellt werden. Auch die Mittel, mit denen der Funktionär das institutionalisierte Gruppeninteresse in Macht verwandelt und mit seiner Person zu verbinden weiß, unterscheiden sich nicht mehr von denen, welche der Manager anwendet, um das Interesse der Eigentümer am Gewinn zum Fundament seiner Herrscherstellung zu machen. Ihre Machtausübung vollzieht sich in parallelen Abläufen. Damit aber nicht genug, werden sie in der Regel versuchen, von ihrer Position aus Einfluß auf die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse zu erlangen. Daß der Funktionär als Verwalter politischer Macht diesen Ehrgeiz entwickelt, ist nicht weiter verwunderlich. Daß ihn der Manager gerade in seinen hervorragendsten Exemplaren nicht minder zeigt, ist nachdrücklicher Hinweis darauf, daß die Entwicklung die Grenzlinien zwischen einer institutionalisierten Herrschaftsausübung im politischen und im ökonomischen Bereich verwischt. Hier wie dort führt sie zum Management. Der Funktionär ist kein ‚Führer'. Er erhebt keinen charismatischen Anspruch. Er will nicht, daß die Menschen an ihn glauben oder ihm vertrauen. Er will nur, daß sie nach seinen Vorstellungen ‚funktionieren". Der Begriff ‚manipulieren' kann vielerlei bedeuten: Bestechung, Überredung, Täuschung, Gewaltanwendung, Bedrohung, Korruption, Verlockung, Verführung. Manipulation ist ... Mißbrauch der Macht. Wir haben ihn erlebt. Ein Jahrzehnt lang hat ein ganzes Volk Strauß bei seinem Mißbrauch der Macht, bei seinen fortwährenden Versuchen, sich die Umwelt durch Manipulation zu unterwerfen, zugeschaut, und die meisten haben Beifall geklatscht ..."

Kuby fragt nun weiter: „Wird die befürchtete Manipulation des ganzen Systems von der Spitze her, die Verwandlung pluralistischer in absolute Machtausübung möglich, ohne daß die Fassade der Demokratie eingerissen würde? So, daß also die Öffentlichkeit und die institutionalisierten Abwehr- und Kontrolleinrichtungen der Demokratie in Alarmzustand versetzt würden und der Zerstörung des Systems Einhalt geboten werden könnte?" Und er sagt:

„Nein.

Für diesen Pessimismus gibt es triftige Gründe. Pauschal gesagt: Wir sehen eine unseres Erachtens irreparable, konstitutionelle Schwäche der parlamentarischen Demokratie vor uns, die zwar ein Hitler nicht mehr für sich ausnützen kann, wohl aber der Funktionär. (S. 69) ...

Die politische Macht gleicht sich mit alldem nur dem wirtschaftlichen Management an, um von ihm nicht gänzlich ‚überrollt" zu werden. Aber es wird ihr, soweit sie parlamentarisch legitimiert ist, nicht viel helfen, die Methoden des Managements nachzunahmen ... In diese Entwicklung, die auf zwangsläufige Fakten zurückzuführen ist, und durch nichts rückläufig gemacht werden kann, müssen wir den politischen Funktionär und seine Machtapparate stellen, um zu verstehen, warum wir seine Chancen gegen die Demokratie so hoch einschätzen und warum wir es im Grunde für eine Personal-, nicht mehr für eine Prinzipienentscheidung halten, was ein legal zur Spitze aufgestiegener Funktionär aus seiner Legitimation machen wird. Will er die absolute Macht, so wird der Zeitwind sie ihm ins Haus wehen. (S. 71) ...

Die Souveränität wurde im parlamentarischen System deshalb dem Parlament institutionell zugespielt, weil es der Ort des Ausgleichs der Gruppeninteressen sein sollte. Wenn es nun dazu nicht mehr in der Lage ist, weil ihm die effektive Souveränität entgleitet, wenn Technokraten die gesellschaftsformenden Planungen bestimmen, dann wird sich unvermeidlich die Planung im Interesse der stärksten Gruppe vollziehen.

Das ist unsere Situation. Ein Adenauer, ein Strauß sind Syndizi der Eigentümer und Verwalter der Produktionsmittel, und ein de Gaulle ist nichts anderes. Sie

haben mehr oder weniger die technokratischen Planungen demokratisch segnen zu lassen, und das tun sie. (S. 73) ...

Indes, Strauß ist nicht nur ein Funktionär! (S. 76/77) ...

Er ist Demagoge im gleichen Maße wie er Funktionär ist ... Wir machen uns Gedanken darüber, was ein im Besitz der Macht befindlicher Typus ‚Strauß' aus seinen unbestreitbaren demagogischen Fähigkeiten machen könnte ... Obwohl Strauß seine Demagogie bisher nicht sehr viel eingebracht, gewiß aber auch manches gekostet hat, benützte er jede Gelegenheit, Kontakt mit jener soziologischen Erscheinung aufzunehmen, die man in der Weimarer Republik so häufig als ‚die Straße' zitierte, die wir aber doch heute besser ganz unpolemisch das Volk nennen ... In dieser seltsam janusköpfigen Erscheinung sehen wir einen neuen politischen Typus, der uns so vollkommen ausgebildet auf der Bonner Bühne sonst noch nicht begegnet ist. Amerika lehrt uns jedoch, daß Strauß nicht der erste und einzige seiner Art ist ... Es war notwendig, dem Typus einen Namen zu geben, und wir haben uns einfach durch die Addition der Begriffe geholfen, wir nennen ihn: der demagogische Funktionär ...

Es ist nämlich keineswegs so, daß Strauß das eine Mal als Funktionär, das andere Mal als Demagoge gehandelt hätte. Er war in vielen Situationen sowohl das eine wie auch das andere ... Dieses Wechselspiel in der Anwendung der Methoden; die plötzliche Identifikation mit einem ideologischen Überbau, die eines der Kennzeichen der Demagogen ist; die Verwerfung jeglicher ideologischer Fixierung im nächsten Augenblick zugunsten der reinen Ratio, des kühlen Kalküls, verwirrte die Öffentlichkeit, machte den Mann ungreifbar, und trug zu seinem Erfolg viel bei. (S. 78/79/80) ...

Wir stehen unmittelbar am Beginn einer neuen Epoche ...

Aus vorgegebenen psychologischen, außenpolitischen und innenpolitischen Faktoren, aus einem ökonomischen Automatismus baute Adenauer eine Patt-Situation auf, in der er nahezu alle elementaren deutschen Probleme ungelöst vor sich herschieben konnte. (S. 84/85 86) ...

Jetzt endet für ein der Politik systematisch entwöhntes Volk die Große Pause, die er Status quo nannte und an deren Dauer er glaubte . . . Es tritt in die Fortsetzung seiner Geschichte ein ...

Demokratie besitzt eingeplante Mittel, ihre Feinde zu bekämpfen. Man hat rückblickend der Weimarer Republik den Vorwurf gemacht, sie sei in der Anwendung dieser Mittel nicht entschlossen genug gewesen und deshalb habe Hitler zum Erfolg kommen können. Der Vorwurf ist billig und trifft den Kern des Problems nicht, vor dem die demokratischen Führer nach dem ersten Weltkrieg standen. Parlamentarische Demokratie setzt eine gewisse Vernünftigkeit des Staatsvolkes voraus, eine grundsätzliche Bereitschaft, ‚ja' zum Staat zu sagen. Nach 1918 weigerte sich eine überwiegende Mehrheit des Volkes, mitzuwirken, weil es nicht anerkennen wollte, daß es den Krieg verloren hatte, verloren auf dem Schlachtfeld als der effektiv Schwächere. Indem es sich zur Aufrechterhaltung der ‚Dolchstoß'-Legende in abenteuerliche Verdrängungsprozesse geradezu stürzte, trennte es sich von der politischen Realität und war zu vernünftigen Entscheidungen nicht mehr imstande. Hitler mußte siegen, nicht weil sich demokratische Regierungen der Lage nicht gewachsen gezeigt hätten, nicht weil es Not und Arbeitslose gab, sondern weil das Volk nicht bereit war, sein eigenes Schicksal anzunehmen. Hitler war nicht nur selbst ein Betrüger, er war außerdem der personifizierte, riesenhafte Selbstbetrugsversuch eines ganzen Volkes.

Wie anders ist unsere Situation jetzt! Wirklich? . . . Wir hatten Pause . . . Wirtschaftswunderpause. Deutsche Pause mit einem Wort. Damit ist Schluß! Wir haben am Aufbau eines neuen Staates mitgearbeitet. Wir haben ihn aufgerüstet, aber man hat uns zwölf Jahre lang gesagt, das ist gar kein Staat, das ist ein Provisorium ... Man hat jenseits unserer Grenzen einen anderen deutschen Staat aufgebaut, aber man hat uns gesagt: Das ist gar kein Staat, das ist eine ES-BE-ZET. Man wird uns vielleicht morgen aus Amerika mitteilen: Das ist ein Staat ...

Man hat uns gesagt: Laßt nur, die Russen, die ziehen schon wieder ab aus

Mitteleuropa. Sie sagen uns: Wir bleiben! Man hat uns gesagt: Die Oder-Neiße-Linie gibt es in Wirklichkeit gar nicht, die hat niemand anerkannt, niemand, der für uns wichtig ist. Man wird uns wahrscheinlich morgen sagen: Nur wenn ihr sie als Realität nehmt, werden wir Berlin ‚retten' können.

Die Wirklichkeit wird auf uns zukommen. Nichts anderes. Nur die Wirklichkeit. Es wird eine Weile dauern, bis wir sie zur Kenntnis genommen haben. Und dann? Dann erst, keinen Augenblick früher, werden wir Aussagen darüber machen können, ob Bonn wirklich nicht Weimar ist ...

Wir sind nach 1918 durch kein Wirtschaftswunder von dem unmittelbaren Zusammenstoß mit der neuen Realität bewahrt gewesen. Es hatte keine Deutsche Pause gegeben, wir hatten keine Zeit, irgend etwas zu vergessen, die Schlachtfelder lagen noch dampfend da. Aber wir sagten: Nein! Nein! Das ist nicht wahr! Wir sind nur betrogen worden ...

Jetzt trennen uns achtzehn Jahre von der Wirklichkeit, die wir anerkennen müssen, wenn wir wieder Anschluß an unsere eigene Geschichte bekommen wollen. Wir sind reich, sorgenlos — und oberflächlich geworden ... Von unheilvoller Vorbedeutung scheint es, daß die Nicht-Politiker der Pause die wenigen Ja-Sager zur Realität als Verräter bezeichnet haben, oder, in ihrem Jargon, als Kommunisten. Und: Wo das stabilisierte Bonner Herrschaftssystem zu einer klaren politischen Äußerung über die elementaren, ungelösten Probleme provoziert werden konnte, reagierte es nicht anders als jene deutsche Mehrheit von 1918, die später Hitler zur Macht verhalf. Es flüchtete in Selbstbetrug.

Wer Strauß und seinen Typ nicht in diese Perspektive stellt, und sich dabei überlegt, welchen Inhalt und welches Ziel seine Demagogie in Zukunft gewinnen könnte, der handelt als Staatsbürger grobfahrlässig ... Denn der Selbstbetrug schließt die Gewaltanwendung zur Durchsetzung schuldhaft verspielter Ansprüche ein.

Wer dabei nicht in Rechnung stellt, daß diesem Typus die plebiszitär legitimierte, absolute Macht schließlich doch noch mehr Befriedigung gewährt als die institutionell legitimierte, der hat Franz Josef Strauß, den Demagogen, nie erlebt." (S. 87 ff.)

Soweit Kuby. Ich habe ihn sehr ausführlich zitiert, weil in einem Artikel, der in eindeutiger Absicht gerade in diesen Tagen und Wochen in diesen „Blättern" erscheint, es nicht bestimmter, gewissenhafter, schärfer und schlagender formuliert werden kann, was von Strauß zu gewärtigen ist, als Kuby es formuliert hat. Er beabsichtigte nicht, mit einer „erkenntnis-theoretischen Analyse" von der deutschen Wirklichkeit zu abstrahieren, was dann zum abstrakten Begriff verdinglicht und als „objektive Erkenntnis" deklariert sich so großer Beliebtheit unter den Deutschen erfreut, weil es ihnen stets gestattet, unter dem Vorwande „wissenschaftlicher Betrachtung" von ihrer konkreten Wirklichkeit sich zu distanzieren. Der Normaldeutsche hat eine Vorliebe für die Abstraktion, weil sie ein bequemes Mittel zur Abnegation seiner — zumeist prekären — Wirklichkeit ist. — Es ist nötig, dieses hier einzuflechten, weil es nötig ist, jenen Leuten den Wind aus den Segeln zu nehmen, die ihr politisches Phlegma und ihre kurzsichtige Kleinbürgerratio mit der Behauptung verteidigen, Kuby sei „nur" Journalist. Eugen Kogon ist auch „Journalist". Trotzdem ist er — nicht nur in politicis — der Antagonist zu Kuby. Nicht daß wir seiner anständigen Gesinnung und der Aufrichtigkeit seiner Sorgen mißtrauten. Mitnichten. Man lese aber, was er in seiner „Verteidigung unserer Möglichkeiten" für möglich hält. Die Möglichkeiten, die er vorschlägt, sind Treuherzigkeiten — aber nicht unsere.

„Für das Problem, dessen Aufhellung am konkreten Fall in der Absicht dieses Buches liegt, sind die Handlungsmöglichkeiten, die die internationalen Verhältnisse, unsere Verfassungsrealität und die wirtschaftliche Konjunktur als wahrscheinlich zulassen, wichtiger als die seelischen Bereitschaften oder Nichtbereitschaften der Deutschen ..."

Das Gegenteil ist richtig! Auch empirisch. Jeder deutsche Eventualfall ist ein Irrealfall. Mit Pseudopragmatik löst man keine deutschen Probleme. Man muß die Irrealität dieses Volkes in Rechnung stellen, untersuchen. Und das eben ist die Sache der Psychologie (— und Kubys).

„... wollen keinem Staatsmann unterstellen, daß er bewußt Verfassung und Recht brechen will ..."

Im Gegenteil: wir wollen! An Phantasie hat es den Deutschen schon einmal gemangelt.

„Die positive Entwicklung der Demokratie auf allen Gebieten, in kühnen wie alltäglichen Verwirklichungen, ist selbstverständlich die beste Abwehr der Demagogie ..."

Selbstverständlich ... Doch die Verwirklichung?

„... die, denen die Bedingungen unserer politischen Selbständigkeit, also unserer Freiheit und also unserer Würde, Gegenstand der täglichen Beachtung und Beobachtung sind, müßten solidarischer, systematischer, umfassender und genauer tätig sein als bisher. Das ist alles."

Nein! Das ist tönender Schall. Und weil ich Herrn Kogon hochschätze und mich feudal ausdrücken will: — das sind Tautologien, nicht mal alltägliche, sondern einmalige ...

Und so weiter. Es reißt nicht ab. 65 Minuten lang. Ein Katalog von himmelhochjauchzender Möglichkeiten, die so möglich sind wie die Ertränkung eines Fischs — ein Katalog von Gefahren, die nicht wären, wenn, weil müßte, sofern könnte oder da nicht sein dürfte. „All dem kann vorgebeugt werden." „Wenn!"

„Wenn wir urteilsbildende Meinungen und kontrollierende Kritik brauchen, dann brauchen wir freie Journalisten an den Fronten des öffentlichen Lebens, nicht weisungsgebundene Beamte im Hintergrund der öffentlichen Meinungsbildung ..."

Na und? — Wenn wir Elfenbein brauchen, brauchen wir einen Elefanten. Keinen Wasserfloh.

„Das Schwierigste ist — aber es kann doch nicht unmöglich sein ...!"

Wieso denn nicht? Kogon scheint der Meinung zu sein, daß er durch zügellosen Gebrauch des regierenden Optativus unsere Möglichkeiten verteidigt. Die assertorische Rhetorik im Vortrag rhetorischer Möglichkeiten ist das Surrogat seines Angstkomplexes, kein Zweifel. Den hat er wie du und ich. Sein abschließendes Plädoyer: „Man wird ferner eifersüchtig ... die Rolle zu verteidigen haben, die den Intellektuellen in der pluralistischen Gesellschaft zukommt. Sie sind das Salz des Fortschritts." — Ist gewiß sehr kameradschaftlich von ihm — und ungeheuer ehrenvoll für uns und ihn. Dennoch kann ich uns kein X für ein U vormachen: Kogon ist das Urbild des Vogel Strauß. Der das Straußen-Ei ausbrütet. Seine Analyse aber sollte nicht „Verteidigung unserer Möglichkeiten" heißen, sondern „Die unbefleckte Empfängnis der Demokratie".

Ich habe jedoch einen halben Satz (wenn ich ehrlich bin, sind es drei) bei Kogon gefunden, dem, weil er sich da widerspricht, nicht widersprochen werden kann: „... man nämlich Realismus in der Politik nicht bloß als den Umgang mit Tatsachen auffaßt, sondern in unserer Situation mindestens ebenso sehr als das Aufspüren und Herausarbeiten von Möglichkeiten, die im Gegebenen liegen."

Genau dieses: — herausarbeiten von Möglichkeiten, die im Gegebenen liegen ... tut Kuby! In Anwendung solcher analytischen Methode kann aber rebus sic stantibus und aus der Tatsache, daß das „Gegebene" per definitionem unbeeinflußbar ist, nur eine äußerst pessimistische Diagnose resultieren. Folgerichtig könnte der Pessimismus Kubys durch einfallende politische Ereignisse kaum überrundet werden. Er kann durch sie nur eingeholt werden. Eine so vorgegebene

politische Katastrophenentwicklung in Deutschland wäre also, muß man Kuby glauben, zwangsläufig. Die resultierende Aporie, verbunden mit der unmittelbar daraus sich herleitenden Desillusionierung des gesinnungstüchtigen deutschen Demokraten, müßte dann unfehlbar einen Defaitismus zeitigen, dem im psychologischen Rückschlag Resignation, verstärkte Indolenz in politicis, politischer Immobilismus entsprechen müssen. Kuby wittert die Gefahr, die eine solche Deutung impliziert und schreibt:

„Wir beabsichtigen nichts weniger, als einen demokratischen Defaitismus zu verbreiten. Zwar halten wir es für ausgesprochen schädlich, an demokratischen Illusionen festzuhalten, aber was wir uns von einer realistischen Klärung versprechen, ist nicht Resignation, sondern im Gegenteil: Verschärfung des Widerstandes. ... Gerade weil wir uns mit einer geschwächten parlamentarischen Souveränität abzufinden haben; gerade weil weder politische noch soziologische Analysen wirksame Waffen gegen den Typus des machtgierigen Funktionärs liefern und wir uns nicht in einer institutionalisierten Sicherheit fühlen dürfen, müssen wir Personen bekämpfen ..."

Hier nun ist es aber Kuby, der sich widerspricht. Wenn die Existenz der „Person" — des „machtgierigen Funktionärs" — als in rerum natura und als ontisches Regelprodukt der stationären Gesellschaftsstruktur erklärt wird, — je nun! — wäre es dann nicht Widersinn, diese autogene Person zu „bekämpfen"? Ein Kampf gegen Windmühlen? ...

Eine Puppe liegt in der Larve, und was das für ein Schmetterling werden wird, vermag niemand zu sagen: — Müller, Maier, Schmitz oder — Strauß ... Einmal hieß er Hitler.

Es tut mir leid, und Kuby kann nichts dafür, daß er unrecht hat, wo er seiner schlechteren Meinung von den Deutschen widerspricht. Und was kann er dafür, daß „weder politische noch soziologische Analysen" die Menschen hervorbringen, deren Einzug in die Ämter die Ämter wandelt? Dies ist die Crux aller „engagierten" Publizistik und Literatur. Zumindesten in Deutschland.

Dennoch: unsere vorzügliche Hochachtung, Herr Kuby! ... Es hat uns doch gefreut, von Ihnen zu hören, daß ...

... es bedauerlich sei, daß „Strauß erst stürzte, als er in flagranti erwischt wurde" — „bedauerlich, daß dieser Vorgang gerade auch von sogenannten guten Demokraten als eine politische Reaktion gedeutet wurde" — „eine Demokratie ... auf dem tiefsten Niveau stehen" müsse, „wenn es erst der Skandale und Affären bedarf, damit ein Strauß nicht ihr Bundeskanzler wird ..."

Auch das mußte einmal (ein Mal!) gesagt werden.

Felix Molitor

Restauration und Reaktion in westdeutschen Geschichtsbüchern (I)

Als das Deutsche Fernsehen im April 1959 die Sendung „Hitler und Ulbricht: Fehlanzeige" von Jürgen Neven DuMont ausstrahlte, war in der bundesdeutschen Presse bereits eine heftige Diskussion darüber im Gange, ob die junge Generation, die die Hitlerzeit nicht bewußt miterlebt hat, über unsere jüngste Vergangenheit in ausreichendem Maße aufgeklärt werde. Einige Artikel in der „Welt" zeigten, daß dies offensichtlich nicht der Fall war, und die Fernsehsendung von Neven DuMont machte Millionen Zuschauern deutlich, wie groß die Unwissenheit der jungen Generation in dieser Beziehung war. Nur ein knappes Jahr später brach dann die Welle der antisemitischen Schmierereien und der Schändungen jüdischer Friedhöfe über die Wirtschaftswunderrepublik herein.

Die Entrüstung war groß, die Verharmlosung nicht minder. Zuerst sollten die Kommunisten „an allem schuld" sein. Da das Ausland aber nicht recht glauben wollte, daß die Kommunisten nazistische Parolen an die Wände geschmiert haben sollten, beschlossen Bundesregierung, Kultusminister und andere verantwortliche Stellen (immer des deutschen Ansehens im Auslande wegen!), wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die eine Aufklärung der Jugend über das Naziregime gewährleisten sollten.

Zunächst fiel man über die Lehrer — namentlich die Geschichtslehrer — her, die wohl nicht zu Unrecht angenommen hatten, daß der restaurative Trott die offiziöse Gangart sei und daß die Tage der Reeducation grauer Vorzeit angehörten.

Dann richtete man sein Augenmerk auf die Geschichtsbücher und gab sich erstaunt, als man entdeckte, daß sich die Nazizeit darin manchmal recht harmlos ausnahm, daß restaurative und — zwischen den Zeilen — gar nationalistische Tendenzen bereits üble Früchte gezeitigt hatten, daß schließlich die Anzahl der Seiten über die Weimarer Republik und die Nazizeit, verglichen mit früheren Auflagen der gleichen Bücher, beträchtlich zusammengeschrumpft war. So hatte zum Beispiel die „Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung" schon am 15. April 1958 einen aufschlußreichen Vergleich zwischen zwei verschiedenen Auflagen eines Geschichtsbuches für die Volksschulen gezogen. Da der Warner im eigenen Lande aber nichts gilt, konnten die Bundesbürger diese beschämende Statistik erst dann in ihren Morgenzeitungen lesen, als sich das Ausland (allerdings nicht die Kommunisten, sondern die österreichische Zeitschrift „Die Furche") der Sache angenommen hatte. Im Jahre 1959 wurde diese Statistik dann von der „Welt" und anderen westdeutschen Zeitungen nachgedruckt. Der Vergleich zwischen zwei Ausgaben (von 1949 und 1958) des Geschichtsbuches für Schüler des 5. und 6. Schuljahres „Der Mensch im Wandel der Zeiten" (Georg Westermann Verlag) ergab folgendes Resultat:

Geschichte von 1914 bis zur Gegenwart:

Ausgabe 1949	71 Seiten
Ausgabe 1958	34 Seiten

Geschichte des Hitlerreiches:

Ausgabe 1949	41 Seiten
Ausgabe 1958	13 Seiten

Reichstagsbrand:

Ausgabe 1949	2½ Seiten
Ausgabe 1958	kein Wort

Judenverfolgung:

Ausgabe 1949	3 Seiten
Ausgabe 1958	14 Zeilen

Religionsverfolgung:

Ausgabe 1949	2 Seiten
Ausgabe 1958	4½ Zeilen

Widerstandsbewegung:

Ausgabe 1949	8 Seiten
Ausgabe 1958	kein Wort

Konzentrationslager:

Ausgabe 1949	5 Seiten
Ausgabe 1958	nichts mehr

Diese Statistik kann in ihrem Trend als repräsentativ für die meisten westdeutschen Geschichtsbücher der Jahre 1953—1959 gelten. Sie ist ein getreues Spiegelbild der bundesrepublikanischen Bemühungen, die Vergangenheit zu „bewältigen".

Nach der Welle antisemitischer Vorfälle änderte sich allerdings einiges. Für die Geschichtslehrer hieß es nun, reumütig wieder die Methoden der späten vierziger Jahre aufzugreifen. Und die Kultusminister machten sich (des mißtrauischen Auslandes wegen!) ernsthaft daran, die Geschichtsbücher zu überprüfen, denen sie zuvor unbedenklich Imprimatur erteilt hatten. Das hatte immerhin zur Folge, daß einige Geschichtsbücher überarbeitet wurden, darunter das verharmlosende Machwerk des Westermann-Verlages. In der Auflage vom Jahre 1960 näherte sich das Buch — zumindest was die Raumaufteilung betrifft — wieder der Auflage von 1949. Ein anderes Buch, „Spiegel der Zeiten V — Die neueste Zeit" (Diesterweg-Verlag), das in seiner Verharmlosung und kaum verhohlenen Rechtfertigung des Naziregimes ein echtes Zeitdokument bundesdeutscher Restauration darstellte, hat sich in seiner Neuauflage beachtlich gemausert. Das kann ein Vergleich deutlich machen:

Hitlerreich:

Ausgabe 1959	43½ Seiten
Ausgabe 1961	49 Seiten

Judenverfolgung und „Endlösung":

Ausgabe 1959	30 Zeilen
Ausgabe 1961	70 Zeilen

Kriegs- und Besatzungsterror:

Ausgabe 1959	8 Zeilen
Ausgabe 1961	30 Zeilen

Solche Überarbeitungen und Ergänzungen kamen vor. Ebenso kam es vor, daß man in der Bewertung der Tatsachen um einen Ton härter wurde, und sei es nur in den Kapitelüberschriften (daß man zum Beispiel die Darstellung der NS-Wirtschaftspolitik nicht mehr mit „Erfolge in der Wirtschaftspolitik" überschrieb, sondern diesen „Erfolgen" ein „scheinbar" voransetzte), oder daß man sich dazu durchrang, die Zahl der ermordeten Juden nicht mehr mit 4 bis 5, sondern mit 5 bis 6 Millionen anzugeben. Andererseits wurde eine Reihe von Geschichtsbüchern in Neuauflage auf den Markt geworfen, ohne daß diese Bücher auf den

„neuesten Stand der historischen Forschung" (wie es im Vorwort der Neuauflage des erwähnten Diesterweg-Bandes heißt) gebracht worden waren.

Nachdem die Folgen einer mangelhaften Unterrichtung über das Naziregime in den antisemitischen Vorfällen für jedermann sichtbar geworden waren, nachdem die Kultusminister die ihnen geeignet scheinenden Maßnahmen ergriffen hatten, nachdem den Verlagen ausreichend Zeit zur Überarbeitung gegeben war, haben wir in der Hoffnung, daß die Geschichtsbücher nunmehr eine hinreichende und objektive Darstellung der Zeitgeschichte vermitteln könnten, ein Dutzend Geschichtsbücher untersucht, die an den Schulen des Landes Hessen benutzt werden (sie stehen allesamt im Katalog für die Lernmittelfreiheit). Freilich in der Hoffnung nur. Wir mußten von vornherein damit rechnen, das gewohnte Bild zu finden, da das restaurative Klima hierzulande den Verfassern von Geschichtsbüchern ebenso auf die Denkorgane schlägt und der militante Antikummunismus ihnen ebenso in den Knochen steckt wie jedem anderen Bundesbürger auch.

Es soll jedoch keineswegs verschwiegen werden, daß wir auch manche gute Darstellung gefunden haben und daß wenigstens für jeden Schultyp ein Geschichtsbuch existiert, das unseren Vorstellungen von einer umfassenden und objektiven Aufklärung in der Zeitgeschichte erfreulich nahekommt. Das Gros jedoch strotzt von Ausflüchten, Halbwahrheiten und Entstellungen. Zwar werden keine unverhüllten Hitlerparolen angepriesen, doch es wird schamlos geklittert, zwischen den Zeilen gerechtfertigt, entschuldigt und um Verständnis geworben. Die Hintergründe des „Dritten Reiches" werden nicht erhellt und die Hintermänner nicht genannt. Vieles wird in einer Art und Weise dargestellt, die zu Mißverständnissen bei den Schülern führen kann, ohne daß der Inhalt oder die Formulierung bei rechtem Verständnis zu beanstanden sind.

Nicht selten drängt sich der Verdacht auf, daß manche dieser Verfasser, die über Ursprung, Wesen und Auswirkungen des Naziregimes aufklären sollen, die NS-Zeit selbst noch nicht bewältigt haben. Darauf läßt jedenfalls der häufige Gebrauch von Wortungetümen aus der Phraseologie des „Dritten Reiches" schließen. Immer wieder stößt man (nicht in Zitaten, auch nicht in Anführungszeichen gesetzt) auf Begriffe wie: Volkstum — Deutschtum — Volksgemeinschaft — Völkerschaften — völkisch — fremdvölkisch — deutschstämmig — fremdrassig — entarten — nationale Schmach — Feindmächte.

Längsschnitte

Bevor wir uns einigen wesentlichen Fragen der Zeitgeschichte und ihrer Behandlung in den Geschichtsbüchern zuwenden, wollen wir zunächst die untersuchten Lehrbücher in kurzen umrißhaften Einzelanalysen vorstellen. Wir haben zwölf Geschichtsbücher in ihren zeitgeschichtlichen Kapiteln (Weimarer Republik, „Drittes Reich") untersucht und drei dieser Bücher auch mit ihren früheren Auflagen verglichen.

I. Lehrbücher für die Oberstufe der Gymnasien

1. *Grundzüge der Geschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart* — 1960 — Verfasser: Hans-Georg Fernis und Heinrich Haverkamp — Verlag Moritz Diesterweg — 364 Seiten.

Dieser Band ist eine Kurzfassung des im gleichen Verlag erschienenen dreibändigen Geschichtswerkes für die Oberstufe (Grundzüge der Geschichte V, VI, VII) und entspricht damit dem Typ eines Leitfadens, neben dem zweckmäßigerweise eine Quellensammlung benutzt werden sollte.

Die Vorstellung, die die Verfasser vom politischen Klima der ersten Jahre der Weimarer Republik vermitteln, ist nicht ausreichend (Freikorps und Kapp-Putsch werden nicht erwähnt). Uber den rechtsradikalen Terror vor der „Machtergreifung" wird nur in wenigen allgemeinen Sätzen gesprochen. Der Aufstieg der Nazis wird ausschließlich als Folge des Versailler „Diktats" und der Weltwirtschaftskrise gesehen. Von einem Zusammengehen der Deutschnationalen und des Stahlhelms mit den Nazis, von der Finanzierung durch die Schwerindustrie und von einer Förderung oder zumindest Tolerierung durch Militär und Justiz ist keine Rede. Von den Wegbereitern wird namentlich nur Papen genannt. Die Ideologie des Faschismus wird weder im Zusammenhang mit Mussolini noch mit Hitler ausreichend behandelt, noch weniger werden ihre Wurzeln bloßgelegt. Völlig unzureichend ist die Darstellung des nazistischen Terrors (Niederschlagung der angeblichen Röhm-Revolte: 10 Zeilen; Konzentrationslager und Judenverfolgung: ebenfalls 10 Zeilen; Terror in den besetzten Ländern: 3 Zeilen; Euthanasieprogramm: keine Zeile). Die Wirtschaftspolitik Hitlers wird in 10 Zeilen einseitig dargestellt; auf ihre unsozialen Maßnahmen und ihre negativen Auswirkungen wird nicht eingegangen. In einer Bilanz der Katastrophe sind nur die deutschen Verluste aufgeführt.

2. *Deutsche Geschichte im europäischen Zusammenhang* — 1959 — Verfasser: Otto Heinrich Müller und Reinhard Schantz — Hirschgraben-Verlag — 302 Seiten.

Als erweiterte Ausgabe der „Deutschen Geschichte in Kurzfassung" hat dieser Band die erfreulich objektive und faktenreiche Darstellung der Zeitgeschichte beibehalten oder sogar noch verbessert. Er umfaßt die Zeitspanne von der Frühgeschichte bis zur Gegenwart und bedürfte als Leitfaden ebenfalls der Ergänzung durch eine Quellensammlung; denn Hintergründe sind nicht zusammenhängend dargestellt worden.

Nicht genügend herausgestellt wird der Terror der NS-Organisationen in der Weimarer Republik, zumal Unruhen aller Art, Streiks, Aufstände und Fememorde gleichsam in einem Atemzug genannt werden, so daß nicht eindeutig zu ersehen ist, wer die Urheber und was die Ursachen waren. Wesentliche Merkmale der faschistischen Ideologie werden genannt, doch werden ihre Wurzeln und pseudowissenschaftlichen Theorien nicht diskutiert. Hingegen werden die negativen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik Hitlers aufgezählt. Der Terror in allen seinen Erscheinungsformen wird — in Anbetracht des knappen Raumes — ausreichend dargestellt. Die Widerstandsbewegung wiederum wird nicht genügend gewürdigt, da nur die Gruppe des 20. Juli erwähnt wird.

3. *Grundriß der Geschichte III* — Von 1850 bis zur Gegenwart — o. J. — Verfasser: Hans Herzfeld, Jochen Dittrich und Edeltrud Dittrich-Gallmeister — Ernst Kett Verlag — 232 Seiten.

In der ausführlichen und faktenreichen Darstellung der Zeitgeschichte wird Objektives und Tendenziöses leider vermischt. Daher ist die Darstellung nicht immer frei von Entstellungen.

Auf Seite 11 wird der geistige und gesellschaftliche Hintergrund der Nazibewegung ausführlich diskutiert. Das Gedankengut der „Alldeutschen" wird sichtbar gemacht, ohne daß sie genannt werden. Hitlers Wegbereiter in der Politik und im Militär werden genannt, ihr verhängnisvolles Handeln wird erörtert, während die Rolle der Schwerindustrie weniger herausgestellt wird. Treffend ist die Schilderung Hitlers, seines politischen Programms, seiner Demagogie und seines Weges zur „Machtergreifung". Ausführlich werden Terror, Judenverfol-

gung und „Euthanasieprogramm" behandelt. Der Band ist eines der wenigen der untersuchten Bücher, in dem die wichtigsten Ghettos und Vernichtungslager aufgeführt werden, und das einzige von zwölf Büchern, in dem eine Quelle („Gerstein-Bericht") über die Massenvergasungen abgedruckt ist. Weniger überzeugend ist die versuchte Ehrenrettung der deutschen Wehrmachtsführung und die tendenziöse Darstellung des Partisanenkampfes. Der Widerstandskampf ist auf anderthalb Seiten halbwegs zufriedenstellend behandelt, doch sind die sozialistischen Widerstandsgruppen leider übergangen worden.

4. *Grundzüge der Geschichte VII* — Von der Französischen Revolution 1789 bis zur Gegenwart — 1960 — Verfasser: Ernst Busch — Verlag Moritz Diesterweg — 259 Seiten.

Dieser Band bringt eine sehr lückenhafte Darstellung der jüngsten Vergangenheit. Die Freikorps, die Fememorde und der Kapp-Putsch werden nicht erwähnt. Von einer Finanzierung der Nazipartei, von Hitlers Wegbereitern und Helfern ist kein Wort zu finden. Der Terror der SA und SS in der Weimarer Republik findet nur kurze Erwähnung. Der Nationalsozialismus, sein Ursprung und sein Wesen überhaupt werden völlig unzutreffend analysiert und u. a. mit dem Jakobinertum und dem Bolschewismus verglichen. Von den untersuchten Büchern widmet dieser Band dem Terror, der Jugendverfolgung, den Konzentrationslagern, dem Widerstandskampf, der Unterdrückung und Ausplünderung der besetzten Gebiete den geringsten Raum (insgesamt etwa 25 Zeilen). Dagegen finden kriegsstrategische Überlegungen mehr Platz. Hitlers Eroberungspläne und Kriegsziele werden jedoch nicht verschwiegen. Die Bilanz der Katastrophe berücksichtigt nur die deutschen Verluste.

5. *Weltgeschichte im Aufriß III,* Arbeits- und Quellenbuch — Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart — 1961 — Verlag Moritz Diesterweg — 283 Seiten.

Dieses Quellenbuch stellt einen neuen Typ des geschichtlichen Lehrbuches dar. Der Zugang zu geschichtlichen Ereignissen und Erscheinungen wird über ausgewählte, nach Kapiteln geordnete Quellentexte gesucht, denen Einführungen und tabellarische Übersichten vorausgehen.

Die Auswahl der Quellentexte ist im großen und ganzen mit Sorgfalt getroffen und wird, bei rechter Anleitung, das geschichtliche Denken des Schülers anregen und fördern. Wir vermissen jedoch Quellen zu einigen wesentlichen Ereignissen und historischen Zusammenhängen. So wird der eminenten Bedeutung, die der Schwerindustrie und Hochfinanz beim Aufstieg des Nazismus zukamen, keine Quelle gerecht. Der kurze Brief, den vierzehn Männer der Wirtschaft (darunter Schacht, Woermann, Thyssen, Haniel, Krupp, Siemens und Bosch) an Hindenburg richteten, damit er Hitler zum Reichskanzler ernenne, hätte dem geschichtlichen Verständnis des Schülers gute Dienste leisten können. Ebenso bringt der Band keine Quelle über die Wirtschaftspolitik des „Dritten Reiches". Ein Auszug aus Hitlers geheimer Denkschrift zum Vierjahresplan hätte seine Wirtschaftspolitik auf knappem Raum treffend charakterisiert. Über den Antisemitismus finden wir zwar aufschlußreiche Quellenstücke, doch werden seine praktischen Auswirkungen geradezu verharmlost durch die beiden Quellen, die von den Solidaritätsbekundungen für die Juden und von den Sorgen eines deutschen Kommandeurs wegen der „moralischen Einbuße für die Truppe" bei den „Evakuierungen" berichten. Hier hätte unbedingt ein Augenzeugenbericht über eine Massenhinrichtung oder Massenvergasung stehen müssen, um die ganze Ungeheuerlichkeit der „Endlösung" zu veranschaulichen.

II. Lehrbücher für die Mittel- und Realschulen und für die Mittelstufe der Gymnasien

1. *Geschichte der neuesten Zeit* — o. J. — Verfasser: Hermann Pinnow und Fritz Textor — Ernst Klett Verlag — 211 Seiten.

Dieser Band ist eines der empörendsten Machwerke unter den bundesdeutschen Geschichtsbüchern. Hier wird das Naziregime — zwischen den Zeilen, zum Teil aber auch ganz offen — unbekümmert verharmlost und gerechtfertigt. Vorerst zeigen wir nur an einigen Beispielen die Tendenz dieses Buches, aus dem wir später noch zitieren werden.

Nach Darstellung der Verfasser bestanden im Jahre 1919 in der ganzen Welt demokratische Staatswesen — nur in Rußland nicht; wurde Italien durch Mussolini vor der kommunistischen Herrschaft bewahrt; vertrieb Franco die „Rotarmisten" aus seinem Land; ist die „Entartung" des Nationalsozialismus auf „fragwürdige Elemente" und „unwürdige Schmeichler" innerhalb der Partei zurückzuführen; dienten SA und SS offenbar nur zum Schutz der NS-Versammlungen; war der deutsche Terror in Polen die Antwort auf eine vorhergehende Terrorisierung der deutschen Minderheit; haben die Partisanen erst die Kriegsgreuel der Nazis herausgefordert; gab es im Nürnberger Prozeß „meineidige Belastungszeugen".

2. *Lebendige Vergangenheit* V — Von 1850 bis zur Gegenwart — o. J. — Verfasser: Fritz Simonsen — Ernst Klett Verlag — 168 Seiten.

Über eine frühere Auflage dieses Buches (1956) wurde von einem englischen Pädagogen ein umfassendes Gutachten erstellt (veröffentlicht im „Internationalen Jahrbuch für Geschichtsunterricht", Bd. VII). In der Analyse sprach der Verfasser von einer „gefühlsbetonten, parteiischen und voreingenommenen" Darstellung der Zeitgeschichte und von „hartnäckigen Bemühungen, die positiven Seiten des nationalsozialistischen Systems hervorzuheben", was er an Hand von Beispielen überzeugend nachweisen konnte.

In der neuen Auflage sind zwar die gröbsten Entstellungen und Halbwahrheiten eliminiert, aber eine befriedigende Darstellung ist daraus noch immer nicht geworden. Zwar wird die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Situation zur Zeit der „Machtergreifung" ausreichend behandelt, doch die Finanzierung der Nazipartei findet keine Erwähnung. Für Hitlers Aufstieg scheint das „unkluge Vorgehen der Siegermächte" offenbar schwerwiegender gewesen zu sein. Hitlers Eroberungspläne werden nicht erwähnt, allerdings wird sein Kriegswille hervorgehoben. Dem von Deutschland bedrohten Polen wiederum wird groteskerweise unterstellt, daß es beinahe über Krieg und Frieden entscheiden konnte. Auch sind die Verfasser der Meinung, daß es noch nicht geklärt sei, ob die Sowjetunion nicht wirklich einen Angriff auf Deutschland plante und Hitler ihr nur zuvor kam. Eine Bilanz des Krieges und seiner Opfer wird nicht gezogen.

3. *Grundzüge der Geschichte IV* — Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart — 1961 — Verfasser: H. H. Deißler — Verlag Moritz Diesterweg — 199 Seiten.

In diesem Band finden wir wieder eine erfreulich objektive und umfassende Darstellung (besonders der Jahre nach 1933), was zum Teil darauf zurückzuführen sein mag, daß die Ausgabe 1961 laut Vorwort in den zeitgeschichtlichen Kapiteln überarbeitet wurde.

Ausführlich werden die nach dem Ersten Weltkrieg eingetretenen Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur behandelt. Über die Avantgarde des Nationalsozialismus, die Freikorps, wird jedoch in keiner Zeile berichtet. In den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Nöten, die aus dem Ersten

Weltkrieg und den Versailler Friedensbedingungen resultierten, die Gründe für Hitlers Aufstieg zu sehen, ist zwar nicht unberechtigt, wenn in diesen „Nöten" auch die Sorgen der Industriellen, die Ängste der Kleinbürger und der „verletzte Nationalstolz" der Militärs und der Deutschnationalen einbegriffen sind. Dennoch erscheint uns diese Umschreibung allzu summarisch. Man muß außer Papen auf jeden Fall auch noch andere Wegbereiter Hitlers nennen. Ausreichend ist dagegen die Behandlung der Wirtschaftspolitik der Nazis und die Erörterung von Hitlers Eroberungsplänen und seiner „Ostraumpolitik". Breiten Raum widmet der Verfasser dem Terror und dem Widerstandskampf (insgesamt 4 Seiten). Sein Buch behandelt die Gewaltmaßnahmen (Judenverfolgung in allen Phasen, Kriegsterror, „Euthanasieprogramm") und den Widerstandskampf in einem gesonderten Kapitel, während die meisten anderen Bücher solche Geschehnisse nur zeilenweise in die Darstellung der Innenpolitik und des Kriegsgeschehens einstreuen.

4. *Spiegel der Zeiten V* — Die neueste Zeit — 1961 — Verfasser: Martin Stellmann — Verlag Moritz Diesterweg — 183 Seiten.

Dieses bereits eingangs erwähnte Buch hat in seiner Neuausgabe von 1961 wesentliche Berichtigungen und Ergänzungen erfahren. Wenn Hitlers Parteiprogramm auch immer noch „manches Bestechende" enthielt, so ist doch immerhin aus der „Rassenlehre des Franzosen Gobineau" nach dem „neuesten Stand der historischen Forschung" (Vorwort) eine „scheinwissenschaftliche Lehre" geworden, für die nicht nur die Franzosen verantwortlich sind. In der Ausgabe von 1959 wurden die Parteien, die dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zustimmten, mit der „Sorge vor dem weiteren Anwachsen des Kommunismus" entschuldigt; nach der Neuausgabe trafen sie eine „nur schwer verständliche Entscheidung" und begingen damit einen „großen Fehler" (was immer noch zu gelinde gesagt ist). In der Ausgabe von 1959 war noch von „offenkundigen" und „hervorstechenden" Erfolgen der Wirtschaftspolitik Hitlers die Rede; in der Neuausgabe sind es „scheinbare Erfolge", die im rechten Zusammenhang mit dem Abflauen der Weltwirtschaftskrise gesehen werden. In der Ausgabe von 1959 wurde Hitlers Kriegswille nur in verklausulierten Wendungen angedeutet, seine Eroberungspläne wurden nicht erwähnt; in der Neuausgabe werden in einem gesonderten Abschnitt Hitlers Besprechungen mit den Befehlshabern der Reichswehr (1933) und das Hoßbach-Protokoll (1937) erörtert. Auch ist in der neuen Ausgabe die Ehrenrettung der deutschen Wehrmachtsführung nicht mehr in so offenkundiger Form wie zuvor versucht worden. In dem neu eingefügten Abschnitt über die „Endlösung der Judenfrage" wird aus dem Wannsee-Protokoll zitiert und über Vernichtungslager und Ghettos berichtet. Die Not der Ostflüchtlinge und Vertriebenen wird jetzt als Folge der Kriegsgreuel und des Terrors der Deutschen in den besetzten Ländern gesehen (als Quelle wird der berüchtigte „Kommissar-Befehl" zitiert).

Trotz dieser zweifellos beachtlichen Berichtigungen ist das Buch nicht frei von Unstimmigkeiten und Verdrehungen. Immer noch wird unterstellt, daß Hitler 1940/41 einen Angriff der Russen befürchtet habe, immer noch wird Roosevelt als „fellow traveller" der Kommunisten verketzert, immer noch wird die Sowjetunion das Recht abgesprochen, über deutsche Kriegsverbrecher zu Gericht zu sitzen, immer noch steht der deutsche Terror in den besetzten Gebieten (20 Zeilen) im krassen Mißverhältnis zu den Maßnahmen der Russen und Polen (3½ Seiten).

III. Lehrbücher für die Volksschulen

Es versteht sich von selbst, daß der Maßstab für die Bewertung von Geschichts-

büchern für die Volksschulen ein anderer sein muß als der für Lehrbücher der Gymnasien und Mittelschulen. Da es uns an der pädagogischen Erfahrung mangelt, um sagen zu können, in welcher Auswahl und welcher Form geschichtlicher Stoff den Zehn- bis Vierzehnjährigen dargebracht werden kann, haben wir die Bücher für die Volksschulen ausschließlich danach untersucht, ob sie geschichtliche Ereignisse historisch richtig darstellen und Wesentliches nicht unterschlagen.

1. *Geschichte für die Jugend IV* — Vom Wiener Kongreß zur Gegenwart — 1960 — Verfasser: Renate Riemeck — Mundus-Verlag — 101 Seiten — 8. Schuljahr.

Besser als in manchem Buch für Oberschulen wird in diesem Band der Weg Hitlers zur „Machtergreifung" geschildert (seine Stationen, die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und die Wegbereiter). Anschaulich werden das politische Klima der Weimarer Republik, ihr Ringen um innere Festigung und selbst eine derartig komplizierte Erscheinung wie die Weltwirtschaftskrise dargestellt. Die wichtigsten Ereignisse der Jahre nach 1933 werden genannt und ihrer Legenden entkleidet. Bis auf die Darstellung der Judenverfolgung (die etwas ausführlicher sein dürfte) und der Widerstandsbewegung (von der nur Männer des 20. Juli genannt werden) ist an diesem Buch nichts zu beanstanden.

2. *Einst und Jetzt* — Vom Altertum bis zur Gegenwart — 1960 — Verfasser: Georg Müller, Waldemar Hoffmann und Rudolf Brückner — Verlag Moritz Diesterweg — 296 Seiten — 7. und 8. Schuljahr.

Die Verfasser dieses Buches haben eine verständliche Form gefunden, den komplexen Stoff der Zeitgeschichte anschaulich darzustellen. So wird das Kriegsgeschehen beider Weltkriege in dem fingierten Tagebuch eines Kriegsfreiwilligen vereinfacht dargeboten, und die Weltwirtschaftskrise wird gleichsam plastisch vorgeführt durch die Erzählung eines Amerika-Besuchers über die Gütervernichtung. Die Erörterung der Versailler Friedensbedingungen („vom Haß diktiert") ist in der von den Verfassern gewählten Form geeignet, gefährliche politische Ressentiments zu wecken. Das politische Klima in der Weimarer Republik muß den Schülern verborgen bleiben, wenn kein Wort über Putsche, Fememorde und Straßenterror fällt.

3. *Der Mensch im Wandel der Zeiten,* Ausgabe A für Hessen — 1960 — Verfasser: Ida Maria Bauer und Otto Heinrich Müller — Georg Westermann Verlag — 256 Seiten — 5. und 6. Schuljahr.

Dieses Buch ist für Zehn- bis Zwölfjährige bestimmt und bereitet den geschichtlichen Stoff in Erzählungen und Skizzen auf. Nach heftiger Kritik und nach Veröffentlichung der (eingangs wiedergegebenen) Statistik ist die Ausgabe vom Jahre 1958 überarbeitet worden. Die Neuausgabe bemüht sich wieder, ein zutreffendes Bild von der Weimarer Republik und der Hitlerzeit zu geben. Hervorzuheben ist der pädagogisch kluge Gedanke, mit einem dreiseitigen Bericht über Anne Frank (mit Auszügen aus ihrem Tagebuch) und einer fünfseitigen Schilderung von Inge Scholl über Leben und Sterben ihrer Geschwister einerseits die Nazizeit anschaulicher darzustellen, als dies mit reinen Fakten und Zahlen (die jedoch nicht fehlen) möglich wäre, und damit der Jugend andererseits auch Vorbilder zu bieten, ohne der Wirklichkeit zu entfliehen.

Übersicht über die wichtigsten Fakten der Zeitgeschichte und ihre Berücksichtigung in den Geschichtsbüchern

In der folgenden Übersicht wurden die Geschichtsbücher in der gleichen Reihen-

folge wie in der Analyse numeriert. Das Buch „Weltgeschichte im Aufriß" (I, 5) wurde für diese Übersicht nicht herangezogen, da eine Quellensammlung dieser Art nicht mit den übrigen Geschichtsbüchern verglichen werden kann.

Das Zeichen + bedeutet: das Faktum wurde berücksichtigt.

Das Zeichen — bedeutet: das Faktum wurde nur andeutungsweise, nicht ausreichend berücksichtigt.

Geschichtsbücher:	Oberstufe				Mittelstufe				Volksschule		
	1	2	3	4	6	7	8	9	10	11	12
Freikorps			+			—					
Kapp-Putsch 1920		+	+		+	+		+	+		
Hitler-Putsch 1923	+	+	+	+	+	+	+	+	+		
Fememorde	+	+	+		+	+	+	+			
Hitlers Wegbereiter:											
Alldeutschtum		+	+	+		+			+		
Industrie und Banken		+	—		—			+	+	+	+
Justiz											
Reichswehr		+	+								
Diener des „Dritten Reiches":											
im Militär								—			
in der Wirtschaft											
in der Justiz											
in der Kirche			—	—			+	+			
im Geistesleben											
Terror und Gewaltmaßnahmen:											
Religionsverfolgung	+	+	+	+	+	+		+	+		+
Nürnberger Gesetze		+	+				+	+	+		
Kristallnacht	+	+	+	+	+	+	+	+	—		—
Konzentrationslager	—	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Ghettos			+				+	+			
Endlösung der Judenfrage	—	+	+	+	+	+	+	+		+	
Euthanasie-Programm		+			+	—	+	+			
Widerstand:											
allgemein	+	+	+				+	+	—		
Geschwister Scholl	+		+				+				+
20. Juli 1944	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	
andere Gruppen			+								
Hitlers Wirtschaftspolitik:											
positive Auswirkungen	+	+	+		+	+	+	+	+	+	+
negative Auswirkungen		+	+		—	+	+	+	+	—	—
Hitlers Eroberungspläne	+	+	+	+			+	+	+		
Besatzungsterror / Kriegsgreuel	—	+	—	—		+	+	+	+		
Ausplünderung / Deportationen	—	+	—	—	—	—	—	—	—		
Partisanenkampf	—		+	—	—	+		—		—	
Flucht und Vertreibung aus dem Osten	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+

(Teil II folgt)

Wolfgang Baranowsky

Der Mensch und die kybernetische Maschine (I)

Vierzehn Jahre jung ist eine Wissenschaft, die mit der Technik auch unser Weltbild revolutioniert: die Kybernetik. Sie ist die Mutter der industriellen Automation, sie ist der genius loci der Fabriken ohne Menschen, sie befähigt die sogenannten Elektronengehirne zu „geistigen" Leistungen, sie beherrscht die gigantischen Rechenzentren, und sie ist das Orakel, das aus jenen Denk- und Planungsautomaten oder gar Regierungsmaschinen spricht, mit denen beispielsweise zehntausend Varianten möglicher Krisenverläufe durchgespielt werden, um die optimale Außenpolitik zu ermitteln.

Schöpfer der Grundlage so vielfältigen Nutzens ist der amerikanische Mathematiker polnisch-jüdischer Abstammung Professor Dr. Norbert Wiener, der mit einer Buchveröffentlichung von 1949 dem Kind zugleich seinen Namen gab: Kybernetik. Das Wort ist aus dem Griechischen abgeleitet: „kybernetes" heißt dort „Lotse". Kybernetik ist die Wissenschaft von der Steuerung steuernder Maschinen: Lochstreifen und Magnetbänder stellen dem Gerät die Aufgabe in seiner Sprache, dem binären Zahlensystem, einer Art „Morsealphabet der Ziffern". Die sensible Apparatur tastet das kodifizierte Programm elektronisch ab, setzt den in ungeheure Zahlenreihen aufgeschlüsselten Befehl in positive und negative Stromstöße um und bewirkt dadurch das Öffnen und Schließen Tausender von Schalter. Je nach seiner Bestimmung leitet das „Elektronenhirn" auf diese Weise selbständig die Arbeit einer Walzstraße oder knobelt an einem mathematischen Problem.

Die kybernetischen Maschinen vereinigen in sich Hunderttausende von Elektronenröhren, die — der Physiologie des menschlichen Zentralnervensystems entsprechend — zu Schaltkreisen organisiert sind. Welches Aussehen, welche Größe und welchen Verwendungszweck das Denkgerät hat, ist dabei von untergeordneter Bedeutung; seine Arbeitsweise ist im Prinzip dieselbe, ob es eine automatische Schuhfabrik steuert, volkswirtschaftliche oder verwaltungstechnische Aufgaben bewältigt, Texte in eine andere Sprache übersetzt, medizinische Diagnosen stellt oder im Dienste von Chemie oder Physik Rechenaufgaben löst, zu denen Wissenschaftler oft Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte gebraucht hätten.

Die dem Laien unverständliche Langwierigkeit gewisser Kunststücke der Zahlenakrobatik hätte durch die Heranziehung eines Experten-Kollektivs nicht abgekürzt werden können; dem Kern mancher mathematischen Knacknüsse nähert man sich nämlich nur durch Reihenberechnungen, von denen die folgende erst auf Grund des Resultats der vorangegangenen angepackt werden kann.

In vielen Beziehungen ist die Denkmaschine dem Menschenhirn überlegen; insbesondere dort, wo die günstigste unter Tausenden prospektiver Konstellationen gesucht wird, die sich aus der wechselnden Beziehung von Millionen Einzelfaktoren ergeben, kommt die Begabung des künstlichen Genies zur Geltung, mit rationaler Konsequenz alle Möglichkeiten der Entwicklung durchzukalkulieren. Dieses Talent verdankt das Denkgerät dem Umstand, daß es mit unendlich vielen Gedächtniseindrücken aufgeladen werden kann; das Volumen seiner bewußten und jederzeit abrufbaren Erinnerung vermag den Wissensschatz beliebig vieler Menschen zu umfassen. Eiserne Konzentrationsfähigkeit macht den Apparat zudem unablenkbar und — sofern er nur exakt und ausreichend präpariert wurde — geradezu unfehlbar.

Eine Maschine, die mit unzähligen Daten aufgetankt werden kann, einen Wissensspeicher, von dem sich gerade benötigte Angaben nach Belieben wieder ab-

rufen lassen, sich derartiges auszumalen, fällt unserer technisch ohnehin reizbaren Phantasie nicht allzu schwer. Unser Vorstellungsvermögen wird hingegen von der Tatsache überfordert, daß die Denkmaschine Erfahrungen sammeln, also regelrecht lernen, das Angeeignete kombinieren und mit den Ergebnissen eigene Überlegungen anstellen kann. Industrielle Steuerungsanlagen sind auch mit fotoelektrischen Aggregaten, Selenzellen, sensibelsten Meßgeräten für Temperatur, Gerüche, Druck, Lichtintensität usw. ausgestattet, Werkzeugen, deren Differenzierungsvermögen menschliche Sinnesorgane häufig in den Schatten stellt.

Nach physiologischen Maßstäben ist das mit dem Magnetband eingeführte Programm einem direkten Bewußtseinsstrom zu vergleichen, den die Maschine logisch verarbeitet, aus dem sie Schlüsse zieht, den sie ordnet und den sie sich merkt. Das Programm besteht aus der Aufgabe und dem Tatsachenmaterial, das bei Erwägung der Lösungsmöglichkeiten berücksichtigt werden muß. Den Weg zum Resultat sucht sich die Maschine selber, denn die Zwischenstationen dieses Weges sind den Wissenschaftlern ja häufig so wenig bekannt, daß sie es dem Apparat überlassen müssen, an den Kreuzungen zwischen mehreren Möglichkeiten des weiteren Vorgehens zu entscheiden. Er wählt dann von sich aus die Straße, von der er glaubt, daß sie am bequemsten und schnellsten zum Ziele führe. Während er sich vorwärts arbeitet, fixiert der Automat die dabei gemachten Erfahrungen in seinem Gedächtnis (z. B. der Oberfläche eines Metallzylinders, auf der die Operationen magnetisch — im Prinzip wie in einem Tonband — aufgezeichnet werden). In vergleichbaren Situationen kann die Denkmaschine dann auf die selbsterworbenen Kenntnisse zurückgreifen.

Dieser Begabung wegen ist der Ausdruck „Kybernetik" für das Verfahren der Programmierung von Elektronengehirnen durchaus zutreffend, zutreffend nämlich im Vergleich mit dem Lotsen. Die Denkmaschine befindet sich ganz und gar nicht in der untergeordneten Position eines Steuermannes, der an Befehle gebunden ist, sondern eher in der Lage des Lotsen, der zwar einen Auftrag des Kapitäns erfüllt, im Rahmen dieses Auftrags jedoch einen weiten Ermessensspielraum hat. Dieser hohe Freiheitsverbrauch bestimmt das große Maß an Selbständigkeit, über das der Automat verfügt. Selbständig kann in diesem Zusammenhang aber nur Emanzipation vom Programm bedeuten, und damit drängt sich die Frage auf, ob dem Menschen nicht die Herrschaft über den Roboter entgleiten könnte.

Perfektionierte Gewissenlosigkeit

Professor Max Bense schrieb bereits 1952:

> „Nicht die Erfindung der Atombombe ist das entscheidende technische Ereignis unserer Epoche, sondern die Konstruktion der großen mathematischen Maschinen, die man, vielleicht mit einiger Übertreibung, gelegentlich auch Denkmaschinen genannt hat ... Tiefer als bisher ist damit die Technik in unser soziales und geistiges Leben eingebrochen. Wir können durchaus von einer neuen Stufe der technischen Welt oder der technischen Zivilisation sprechen."

In diesem Ausspruch klingt schon etwas von der neuartigen Beziehung an, in die der Mensch zur Maschine tritt. Einem künstlichen Apparat verlieh der Mensch den Namen seines edelsten Organs: „Gehirn." Und es menschelt auch in anderen modernen Wortprägungen; so in dem von Dr. Helmar Frank vorgeschlagenen Ausdruck „D e n k gerät" oder in Kurt Mareks Begriffsschöpfung „Automa n t h r o p". Dem Werkzeug wird damit jene Selbständigkeit zuerkannt, die in tausend Roboter-Witzen vorausschauend karikiert wurde.

Der Mensch hat sich seinen Homunkulus geschaffen, den Golem, und Professor Wiener sprach selber die Befürchtung aus, die Denkmaschine könnte die Menschheit in die Rolle des „Zauberlehrlings" drängen, dem am Ende der ret-

tende Befehl „In die Ecke, Besen!" nicht einfalle. Inzwischen ist die Entwicklung so weit gediehen, daß die gesamte amerikanische Luftüberwachung von einem Elektronengehirn gesteuert wird, das Radarmeldungen über vermeintliche Angreifer selbständig prüft, gegebenenfalls das militärische Risiko abwägt, schlimmstenfalls automatisch die atomare Verteidigung in Alarmzustand versetzt und dem Präsidenten Meldung erstattet. Menschen, die sich ethischen Wertkategorien verpflichtet fühlen, stellt sich hier schon die Moralfrage: Darf so hohe Verantwortung einem Möbel ohne Verantwortlichkeit übertragen werden? Ja, man wird es als Manifestation menschlicher Gewissenlosigkeit registrieren müssen, daß zwar nicht die formale, aber — verhängnisvoller — die faktische Entscheidung über Krieg und Frieden, Leben und Tod von Millionen, auf eine gewissensfreie Maschine abgewälzt wurde.

Es bedarf aber gar nicht der Katastrophen-Perspektive, um die Tragweite der Kybernetik einzusehen. Wiener hat die Problematik mit schwindelerregender Konsequenz umrissen:

„Wir (können) zwei verschiedene Dinge, die wir von der Maschine verlangen, nicht gleichzeitig haben: Einerseits wollen wir, daß der ‚Sklave' gescheit sein soll, andererseits, daß er gehorsam sein soll. Diese beiden Forderungen widersprechen einander. Verwirklicht man die eine vollkommen, so bedeutet dies, die andere nicht zu erreichen."

Die damit angedeutete Warnung bezieht sich nicht nur auf Gefahren, die durch fehlerhafte Resultate oder falsche Schlüsse der mit so weitreichenden Vollmachten ausgestatteten Apparate entstehen könnten. Mathematiker Wiener, der „die Geister rief", meint vielmehr das grundsätzlich Neue, das der Mensch durch die Kybernetik in seiner Stellung zur Umwelt zu bewältigen haben wird.

Jahrhundertelang war die Erforschung der Steuerfunktion des menschlichen Nervensystems unfruchtbar aufgesplittert im Hader zwischen Physiologie und Psychologie. Sogar heute noch kann man dürftige Nachhutgeplänkel beobachten; denn auch Wissenschaftler trennen sich nur schwer von ehrwürdig-überholten weltanschaulich-religiösen Anschauungen. Der Streit drehte sich nämlich im Grunde um den Mittelpunkt aller philosophischen Betrachtung, um den Gegensatz von Stoff und Geist, also um das Leib-Seele-Problem.

Den Zank zwischen der psychologischen und der physiologischen Schule, die unter anderen von den großen Namen Freud und Pawlow verkörpert werden, kann man vereinfachend so erklären, daß die „Seelenforscher" sich weigerten, etwa die Ernährung der Milliarden einander ähnelnder Gehirnzellen für künstlerische Empfindungen oder logisches Denken verantwortlich zu machen; und daß die „Nervenmechaniker" sich weigerten, eine übersinnliche Befruchtung der Geistestätigkeit statt erkennbarer materieller Vorgänge anzunehmen.

Die Psychologen hatten unrecht, die anatomischen und neurologischen Studien ihrer Gegenspieler zu verachten. Die Physiologen hatten unrecht, die hypothetischen, philosophisch-charakteriologischen Deutungen ihrer antipodischen Kollegen zu belächeln, solange funktionale, stoffwechselbedingte, organische, kurzum materielle Erklärungen zahlloser Körpervorgänge fehlten.

Mittlerweile aber sind die Nerven- und Gehirnfunktionen, soweit sie objektiviert werden können, nahezu völlig geklärt; ausgenommen eben der subjektive Vorgang der Umwandlung eines Sinnesreizes zum Bild, zum differenziert wahrgenommenen Ton, zum Gedanken. Und diese Verwandlung von Materie zu Geist müßte man wie die übrigen „letzten Dinge" — den Sinn des Lebens, das „Wesen" des Menschen — für ewig unerklärbar halten, falls wir nicht endgültig annehmen wollen, daß es für diese Probleme keine Lösung gibt, ja, daß just diese Erkennt-

nis die Lösung ist, mit der wir uns wohl oder übel abzufinden haben. Marek sagt:

„Das Denken muß sich bescheiden können; muß wissen, wo innerhalb eines bestimmten Bezugssystems seine Grenze ist. Grundsätzlich ist es kein Verdienst, immer weitere Fragen zu stellen; das kann jedes Kind."

Indem man Psyche und Physis als unvereinbar gelten läßt, wird nicht etwa der idealistische Dualismus neu installiert. Schließlich sind Subjekt und Objekt, das Wahrnehmende und das Wahrgenommene, Bestandteile ein und derselben Natur, und Sehen, Hören, Riechen, Tasten sind naturwissenschaftlich beschreibbare Vorgänge. Ja, das Unvereinbare — Objekt/Subjekt, Sein/Empfindung, Materie/Geist, Physis/Psyche, Du/Ich — ist zugleich das Unzertrennliche. Keines kann ohne den Antagonisten auftreten; kein Etwas ist möglich ohne ein Nichts, in dem es auffällt.

Bisher konnte man Subjekt und Objekt nun zwar einzeln d e n k e n, aber keineswegs einzeln d a r s t e l l e n — der Kontakt zwischen beiden verschloß sich jeder Betrachtung, denn er ist keine Wirkung, sondern eine Bedingung. (Es gibt kein Objekt an sich, kein Subjekt an sich; vielmehr i s t das Objekt nur kraft Wahrgenommenwerdens durch ein Subjekt, das Subjekt nur kraft seiner Wahrnehmung eines Objekts.) E r s t i n d e r M a s c h i n e w i r d d i e O b j e k t - S u b j e k t - B e z i e h u n g z u m „P r o z e ß". Gotthard Günther möchte daher den Prozeß des Informationswechsels — „weder ein objekthaftes Ding, noch . . . ein Subjekt" — als d r i t t e K a t e g o r i e n e b e n S u b j e k t u n d O b j e k t, gewissermaßen also als erkenntnistheoretisches Neutrum, postulieren.

Das Wahrnehmungsvermögen der Denkmaschine hat einen blinden Fleck, der gerade die Fähigkeit ausschließt, die den Menschen charakterisiert: das Ich-Bewußtsein. Gemeinsam besitzen Mensch und Automat aber einen informationswechselnden Organismus, mit dem Unterschied, daß der „R e f l e x i o n s - P r o z e ß" (Günther) in der Maschine objektiviert wird (während für den Menschen Subjektsein und Wahrnehmen untrennbar dasselbe ist). Der Subjektzustand der Maschine ist jedoch gedehnt, der Informationsempfang verläuft quasi in Zeitlupe, mit der Programmierung kann erstmalig ein Wahrnehmungsprozeß beobachtet werden. Dadurch wird nicht nur die Philosophie zu überraschenden Konsequenzen gedrängt; vor allem ergeben sich für die Naturwissenschaft erregende Forschungsmöglichkeiten.

Die Methode, einen komplizierten Vorgang am Modell zu untersuchen oder einen übermäßig schnellen Verlauf in Zeitlupe zu wiederholen, ist freilich nicht neu. Sind aber die philosophischen Konsequenzen Günthers mehr als Spekulationen? Um anzunehmen, im „Prozeß" werde erstmalig die „Wirkung" des Objekts auf das Subjekt sichtbar, muß man die Maschine nicht nur für eine Reproduktion, sondern für eine Reinkarnation des Gehirns halten. Es ist aber durchaus problematisch, die Operationen eines Denkgerätes mit den Gedanken eines Menschenhirns gleichzusetzen. Daran ändert die Tatsache nichts, daß die kybernetische Maschine dem Zentralnervensystem in vielen Beziehungen überlegen ist, daß sie Ermessensspielraum und Lernfähigkeit besitzt. Professor Georg Klaus schreibt:

> „Das Denken ist eine Funktion der höchsten Bewegungsform der Materie, einer Bewegungsform, die sich qualitativ von allen Bewegungsformen der niederen Stufen unterscheidet; sie kann also niemals in ihrem Wesen durch Modelle niederer Stufe wiederholt werden. Was wiederholt werden kann, sind immer nur analoge Strukturen, gewisse Seiten und Züge. Der qualitative Unterschied zwischen elektronischer Rechenmaschine und Gehirn kann durch kein irgendwie geartetes System von Wörtern und Definitionen aus der Welt geschafft werden."

Der Denkmaschine fehlt jenes Selbstbewußtsein, das der Einsicht in den Sinn

des individuellen Daseins, der Stellung des Ichs in der Welt und der Gesellschaft, dem persönlichen Auftrag in dieser Existenz entspringt. Wo aber keine Verpflichtung zu eigenem Sollen empfunden zu werden vermag, da kann sich überhaupt keine Wertvorstellung entwickeln. Ohne sie gebricht es dem Menschen jedoch nicht nur an Würde (im wahrsten Sinne an Humanität), sondern auch an sittlicher Urteilsfähigkeit. Sie entstammt eben der Weltanschauung, ist aber keineswegs „Gemütsballast", sondern eine wesentliche Hilfe für das intellektuelle Unterscheidungsvermögen.

Die Maschine, der die Selbsterkenntnis fehlen m u ß , leidet folglich unabänderlich an „Charakterlosigkeit", wodurch ihr der Aufschwung zur letzten Vollkommenheit und zur Partnerschaft mit dem Menschen versagt bleibt. Selbst mit einsteinscher Kombinations- und Schöpferkraft wird sie Sklave bleiben, und zwar solange, wie noch Gesinnung der Klugheit gebietet. Nur wenn der Mensch die Orientierung für gut und böse verlöre, könnte die Machtergreifung der Roboter schaurige Wirklichkeit werden.

Relativität der Begriffe

Es bedarf nicht unbedingt metaphysischer Betrachtungen, um zu erkennen, daß Mensch und Maschine nicht mehr miteinander gemein haben können als irgendein Lebendiges und sein künstliches Modell, nämlich einige oder zahlreiche, womöglich verblüffend viele Eigenschaften. Lebende und tote Materie können weder identisch noch gleichwertig sein; sie gehören eben zwei verschiedenen Systemen an, nämlich der Biologie bzw. der Physik. Diese Kluft kann auch von den vielfältigen Analogien zwischen Organismus und Mechanismus nicht verdeckt werden; die Notwendigkeit, Analogien hervorzuheben, macht den Abstand zwischen den Systemen erst recht deutlich.

Die Programmierung der Maschine entspricht der Bewußtseinsbildung des Menschen. Die Eindrücke, die unser Hirn empfängt, sind die Grundlage der Verstandesarbeit. Gedächtnis ist Denkermöglichung, mithin Voraussetzung jeder geistigen Selbständigkeit. Das bedeutet: Wissensspeicherung ist nicht Befehlsempfang — nicht beim Menschen, also auch nicht bei der Maschine. Umgekehrt läßt sich der Einwand, das Elektronengehirn werde schließlich nicht von unsichtbaren Posaunenengeln inspiriert, sondern von den Wissenschaftlern, die es bedienen, abgewandelt auch auf den Menschen übertragen: Freund Homo sapiens produziert keinerlei Bilder und Vorstellungen „aus sich heraus", ohne Zusammenhang mit dem von ihm Erlebten und Erlernten.

Nur aus Vorhandenem kann man assoziieren und kombinieren. Das Denken selbst ist an Worte gebunden; ohne Sprache könnte sich menschliche Intelligenz überhaupt nicht manifestieren. Folglich vermag jemand, dem z. B. sämtliche Begriffe der Mathematik fehlen, unmöglich ein Lehrbuch über Wahrscheinlichkeitsrechnung zu schreiben. Nur dort kann etwas herauskommen, wo etwas investiert wurde. Davon macht nicht einmal das Genie eine Ausnahme. Es besitzt „lediglich" überdimensionale Schöpferkraft, um geringfügigste Bewußtseinseindrücke höchstmöglich auszunutzen, kleinste Gedächtnisquanten so ideal zueinander in Beziehung zu setzen, daß sie zu qualitativ neuen Einheiten verschmelzen.

Der Mensch ist abhängig von Erziehung und Bildung, determiniert durch Erbmasse, körperliche Konstitution, Intelligenz und Charakter, auf die Erfüllung seiner Wünsche, Triebe, geistigen Ambitionen und auf gesellschaftliche Geltung erpicht, seiner Familie verpflichtet und zahllosen äußeren Einflüssen unterworfen. Seine Freiheit ist also im Grunde null. Nur seine Vervollkommnung in diesen Grenzen, die Selbständigkeit des Individuums, das seiner Bestimmung folgt —

das ist die Variationsbreite seiner Souveränität. Just diese Situation hat der Mensch mit der Denkmaschine gemein.

Gibt es aber auch noch eine funktionelle Unterlegenheit des Automaten? Biologisch und philosophisch noch so gut begründbar, könnte man die Sonderstellung des Menschen allein aus seinem Bewußtsein erklären wollen; und das wäre für die Sonderstellung kein sehr überzeugendes Fundament in einer Zeit, welche die Leistung, nicht Verinnerlichung, sondern Äußerlichkeiten vergöttert. Seine Sonderstellung, also seine Herrschaft auch gegenüber der Maschine, wird der Mensch nur solange behaupten können, als er über ein größeres Quantum Freiheit verfügen kann. Darin allerdings ist er dem Denkgerät wirklich voraus; dadurch kann er es sogar mit einer spezifisch menschlichen Leistung überflügeln.

Logik nämlich vermag der Automat bis zum Exzeß zu entfalten; „Ideen" wird er dagegen nie haben. Wohl vermag er u. U. einen neuen Weg zur Lösung zu finden, an den die Wissenschaftler bisher nicht gedacht hatten; aber das Elektronengehirn kann nicht inmitten astronomischer „Überlegungen" plötzlich auf den „Gedanken" kommen, den zweiten Satz einer Violinsonate nicht allegro, sondern nur allegretto zu tempieren, wie einem Komponisten einfallen könnte, der sich in seiner Freizeit mit dem Sternenhimmel beschäftigt. Die Maschine besitzt keine Phantasie.

Trotz so offenkundiger Unterschiede zwischen einem Maschinen- und einem Geistwesen wird die Kybernetik vielfach aus weltanschaulichen Gründen als schockierend empfunden — stürzt sie den Menschen doch vom Piedestal seiner Gottähnlichkeit in den tiefsten Materialismus hinab: Darwin verkündete die Abstammung des Homo sapiens vom Tier; die Kybernetiker übertragen das Denkvermögen des Menschen auf eine Maschine und degradieren ihn zu einem Stück Materie unter anderen Materieformen. Ja, es stellt sich heraus, daß er sich ebensowenig oder geradesoviel von seiner Bewußtseinsgrundlage, dem Erlebten und Erlernten, emanzipieren kann wie die Maschine von ihrem Programm.

Hier die richtigen Maßstäbe zu setzen, ist die Aufgabe jedes, dem an der Würde des Menschen gelegen ist, es aber für zu billig hält, sich ein Menschenbild aus Aberglauben zu kneten. Es ist eben nicht wahr, daß die teilweise Rekonstruierbarkeit des Hirns (durch den Menschen übrigens!) das Hirn entwertet. Und ebenso wie es bereits die Anti-Darwinisten des vorigen Jahrhunderts hätte stolz machen sollen, sich als den Gipfelpunkt der Evolution ansehen zu dürfen, so kann uns die Erkenntnis, Materie zu sein wie irgendeine Maschine auch, nicht den Rang streitig machen, Materie auf höchster Stufe und von kompliziertester Organisatonsform zu sein. Andererseits zeugt es lediglich von Ignoranz, die maschinelle Reproduzierbarkeit gewisser Hirnfunktionen von der Hand zu weisen und damit die Kybernetik wie eine vorüberrauschende Mode der Lächerlichkeit zu überantworten. Hier rückt Klaus die divergierenden Vorstellungen wieder an ihren Ort:

> „Viele kybernetische Begriffe sind ihrer Natur nach gewissermaßen eine erkenntnisreiche Provokation. Wer vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes an Begriffe wie ‚Maschinengedächtnis', ‚Klugheit der Maschine', ‚Voraussicht der Maschine' usw. herangeht, ist allzuleicht geneigt, die Kybernetik für eine Pseudowissenschaft zu halten. Eine solche Einstellung zu den Kategorien der Kybernetik ist falsch. Untersucht man nämlich, was mit solchen philosophisch naiv gebrauchten Begriffen gemeint ist, so zeigt es sich, daß derartige kybernetische Begriffsbildungen sehr wohl einen rationellen und wissenschaftlich vertretbaren Kern haben. Andererseits darf das aber kein Grund sein, einen philosophisch und insbesondere erkenntnistheoretisch inkorrekten Sprachgebrauch einfach hinzunehmen. Das ist schon deswegen einfach nicht zulässig, weil sich eben gerade daran immer wieder idealistische und theologische Spekulationen knüpfen, die das wahre wissenschaftliche Wesen der Kybernetik verfälschen und versuchen, aus dieser

neuen Wissenschaft eine Rechtfertigung idealistischer und theologischer Gedankengänge herauszupräparieren."

Mögen sich, wo Begriffe fehlen, meist zur rechten Zeit Worte einstellen, so zeigt sich am Beispiel der Kybernetik wieder einmal, daß dort, wo Technik oder philosophische Erkenntnis unser Existenzvolumen um wirkliche Begrgiffe bereichert haben, der Sprachgebrauch die rechten Worte nicht schnell genug zu liefern vermag. Oft erscheint das auch überflüssig, wenn zwei Handlungen einander adäquat sind; dann sagt man, die Maschine „denke", wie der Mensch denkt. Und alsbald fallen auch noch die Anführungsstriche der Zeitersparnis zum Opfer. Sie können wegfallen, wenn uns das Bewußtsein in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß Denken und Denken, Gedächtnis und Gedächtnis, Erinnerung und Erinnerung nur in einem speziellen Vorgang einmal dasselbe sein können, daß aber grundsätzliche Unterschiede zwischen den Leistungen des Menschengeistes und denen der Maschine bestehen.

(II. Teil folgt)

Herbert Mochalski

Zur Geschichte der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland (III) *

Reparationsstreit und Marshall-Plan

Der entscheidende Gegensatz in der Auslegung der Reparationsbestimmungen brachte die erste sichtbare Wendung im Verhältnis der Westmächte zur deutschen Frage und zur Sowjetunion.

Die neue Haltung Amerikas gegenüber Deutschland wurde durch die Rede Byrnes' in Stuttgart[21]) vom 6. 9. 46 klargelegt.

Die „Morgenthau-Politik" sollte aufgegeben werden:

„Wir haben gelernt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind, daß Frieden und Wohlergehen in unserem Land nicht auf Kosten des Friedens und Wohlergehens eines anderen Volkes erkauft werden können."

Byrnes nannte zum ersten Mal als Hauptziel amerikanischer Deutschlandpolitik die wirtschaftliche Gesundung dieses Landes und kündigte den schnellen Ausbau der deutschen Selbstverwaltung an. Deutschland sollte nicht mehr Reparationen leisten, als mit dem Potsdamer Industrieplan zu vereinbaren sei; insbesondere seien Entnahmen aus der laufenden Produktion als ernstes Hemmnis für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu betrachten und daher abzulehnen.

Gegenüber Rußland konnte diese Haltung den Anschein erwecken, als versuchten die westlichen Alliierten, sich ihren in Potsdam übernommenen Verpflichtungen zu entziehen und so die Sowjetunion um die ihr zugesprochenen Reparationen zu bringen.

Die nächste Deutschlandkonferenz der Außenminister fand im März 1947 in Moskau statt[22]). Sie brachte nicht nur keine Einigung über die deutsche Frage, sondern ließ vielmehr die gegensätzlichen Anschauungen der Mächte in voller Schärfe sichtbar werden.

*) Vgl. Heft 1 u. 4/63

21) EA 1947, S. 261: Wortlaut.

22) EA 1947, S. 671: Die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte.

Am Kernpunkt der Verhandlungen, nämlich der Frage der deutschen Wirtschaftseinheit, zeigte sich, daß auch in Potsdam nur eine scheinbare Übereinstimmung zustandegekommen sein konnte, da es nicht gelungen war, strittige Punkte näher zu regeln. Man hatte sich auf allgemeine Erklärungen beschränkt, die nun von den Mächten in verschiedenartiger Weise ausgelegt wurden. Dies zeigte sich am eindrucksvollsten in der Reparationsfrage, die sich von nun an als Haupthindernis für die zu schaffende Wirtschaftseinheit erwies.

Molotow beharrte auf der Summe von 10 Mrd. Dollar, die er als absolutes Mindestmaß der Entschädigung für die auf 128 Mrd. Dollar geschätzten direkten Kriegsverluste Rußlands bezeichnete. Da es sich bereits herausgestellt hatte, wie wenig nutzbringend die Demontagen waren, konnte der Hauptteil dieser Summe nur aus der laufenden Produktion aufgebracht werden.

Die Westmächte setzten dem entschiedenen Widerstand entgegen. Einerseits fürchteten sie die dazu notwendige Erhöhung des deutschen Industriepotentials (laut Molotow aus Konkurrenzgründen; laut Marshall aus Sicherheitsgründen; er warnte vor einer Wiederholung der Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg). Andererseits glaubten sie, bei dem derzeitigen Industrieniveau umso mehr Hilfslieferungen in ihre Zonen pumpen zu müssen, um die Bevölkerung am Leben zu erhalten.

Um nun seine Ansprüche rechtlich zu begründen, veröffentlichte Molotow ein Geheimabkommen der Krim-Konferenz, in dem es u. a. heißt:

„Die Reparationen sollen in den drei folgenden Formen aus Deutschland herausgezogen werden:

a) Hauptentnahme innerhalb von 2 Jahren ... aus dem Nationalvermögen Deutschlands ... mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials.

b) Jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion ... für einen festzusetzenden Zeitraum.

c) Verwendung deutscher Arbeitskräfte."

„... Die sowjetische und die amerikanische Delegation (kamen) überein: Die Moskauer Reparationskommission sollte im Anfangsstadium als Grundlage für die Besprechung den Vorschlag der Sowjetregierung annehmen, daß die Gesamtsumme der Reparationen 20 Mrd. Dollar sein sollte und daß 50 % hiervon an die UdSSR gehen sollten[23]."

Im Potsdamer Reparationsabkommen, das ausdrücklich als „in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krimkonferenz" abgefaßt war, war nur die Rede von der „Lieferung industrieller Ausrüstungen", es wurde aber nichts darüber gesagt, ob diese durch Demontagen oder aus der laufenden Produktion entnommen werden sollten.

Molotow argumentierte, daß in Potsdam nichts gegen laufende Reparationen gesagt worden sei und man sich daher an die Krim-Deklaration halten müsse, ja sogar dem Potsdamer Abkommen zuwider handele, wenn man es nicht in Übereinstimmung mit Jalta auslege.

Marshall erklärte dagegen, daß in Potsdam laufende Zahlungen nicht vorgesehen seien, und Jalta daher als überholt betrachtet werden müsse. („Wir werden Molotow auf seinem Rückzug von Potsdam nach Jalta nicht folgen.")

Ähnliche Beispiele verschiedenartiger Auslegung des Potsdamer Abkommens traten bei der Behandlung fast jeder Teilfrage des Deutschlandproblems auf.

Die Zukunft Gesamtdeutschlands hing also ausschließlich von der Übereinstimmung der realen Interessen der vier Mächte ab, die, wie sich immer deutlicher zeigte, nicht mehr gegeben war.

Eine Übersicht der auf der Konferenz aufgetretenen Streitpunkte in der Frage

[23]) EA, Dok. Band 6, S. 57, Text des Geheimabkommens.

der deutschen Wirtschaftseinheit zeigt folgendes Bild:

Als Bedingung für die Verwirklichung der Wirtschaftseinheit wurden gestellt:

1. von Rußland die Anerkennung des Anspruches von 10 Mrd. Dollar Reparationen und deren Aufbringung aus der laufenden Produktion.

Dies wurde von USA und Großbritannien abgelehnt, von Frankreich unter Vorbehalt gebilligt.

2. von Rußland die Viermächtekontrolle der Ruhr.

Dies wurde von USA und Großbritannien abgelehnt, Frankreich forderte die Internationalisierung der Ruhr.

3. von Frankreich die Abtrennung der Saar von Deutschland.

Dies wurde von Rußland abgelehnt, von den USA und Großbritannien gebilligt.

4. von Frankreich Festsetzung der Ruhrkohlenlieferungen an Frankreich.

Dies wurde von Rußland abgelehnt, von den USA und Großbritannien unter Vorbehalt gebilligt.

5. von den USA und Großbritannien die gemeinsame Übernahme der Zonendefizite und deren Priorität vor den Reparationen, sowie die Öffnung der Zonengrenzen.

Dies wurde von Rußland abgelehnt. Frankreich äußerte sich nicht klar dazu.

Nicht einmal über die Form der Zentralverwaltungen konnte man sich einigen. Während die USA und Großbritannien sich den französischen Vorschlägen für dezentralisierte Länderausschüsse anschlossen, hielt Rußland an zentralen Stellen mit Staatssekretären an der Spitze fest.

Der einzige Erfolg der Konferenz war die Einsicht, daß die politische Ordnung mit der wirschaftlichen untrennbar verbunden war.

Das hatte zur Folge, daß die Reparationsfrage, deren Lösung Voraussetzung für die Wirtschaftseinheit geworden war, nun auch alle politischen Fragen beeinflußte.

Bereits zwei Monate nach der Konferenz in Moskau leitete Marshall eine neue Linie amerikanischer Außenpolitik mit der Verkündigung des europäischen Hilfsprogramms (Marshallplan) ein[24]).

Dieses Programm sah die systematische wirtschaftliche Stärkung der dem amerikanischen Einfluß zugänglichen europäischen Länder mit Einschluß der Westzonen Deutschlands vor. Die Empfangsländer wurden aufgefordert, zur besseren Erreichung dieses Zieles ihren gegenseitigen Handel zu koordinieren.

Wegen der Bedeutung dieser Rede, die einen entscheidenden Abschnitt europäischer Geschichte in ihrer Verknüpfung mit den USA einleitete, seien die wichtigsten Abschnitte wiedergegeben:

> „Bei unseren Erwägungen für die Bedürfnisse Europas für den Wiederaufbau wurden die Menschenverluste, die sichtbare Zerstörung der Städte, Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen richtig einkalkuliert, aber es hat sich in den letzten Monaten herausgestellt, daß diese sichtbare Zerstörung wahrscheinlich weniger schwerwiegend ist als die Tatsache, daß das gesamte europäische Wirtschaftssystem aus den Angeln gehoben wurde. Zehn Jahre lang haben höchst anormale Zustände geherrscht. Die fieberhaften Kriegsvorbereitungen und die noch fieberhaftere Aufrechterhaltung der Kriegsanstrengungen haben alle Gebiete der Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Der Maschinenbestand verfiel oder veraltete. Unter der willkürlichen und zerstörungswütigen Naziherrschaft wurde praktisch jeder geeignete Betrieb in die deutsche Kriegsmaschine eingespannt. Alte Handelsverbindungen, private Einrichtungen, Banken, Schiffahrtsgesellschaften und Versicherungsgesellschaften verschwanden durch Kapitalverlust, Verstaatlichung oder einfach durch Vernichtung. In vielen Ländern ist das Vertrauen in die Währung stark

[24]) EA 1947, S. 821: Text der Rede vom 5. 6. 1947 an der Harvard-Universität.

erschüttert. Das Geschäftsleben in Europa hat während des Krieges einen vollkommenen Zusammenbruch erlitten.

In dem Erholungsprozeß ist dadurch eine schwerwiegende Verzögerung eingetreten, daß man sich zwei Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten noch immer nicht auf eine Friedensregelung mit Deutschland und Österreich geeinigt hat. Aber selbst bei einer schnelleren Lösung dieser schwierigen Probleme würde die Gesundung der europäischen Wirtschaftsstruktur ganz offensichtlich eine sehr viel längere Zeitspanne und viel größere Anstrengungen fordern, als man anfangs angenommen hatte ...

Inzwischen leidet die Stadtbevölkerung unter dem Mangel an Nahrungsmitteln und Brennstoffen. Die Regierungen sind also gezwungen, ihre Devisen und ausländischen Kredite zum Einkauf dieser lebensnotwendigen Dinge aus dem Auslande zu benutzen. Durch diesen Vorgang werden die Geldmittel erschöpft, die für den Wiederaufbau dringend benötigt werden, und so entwickelt sich sehr bald eine ernste Lage, die der Welt nicht viel Gutes verheißt. Das moderne System der Arbeitsteilung, auf das sich der Warenaustausch gründet, steht vor dem Zusammenbruch.

In Wahrheit liegt die Sache so, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern — hauptsächlich aus Amerika — während der nächsten drei oder vier Jahre um so viel höher liegt als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit, daß beträchtliche zusätzliche Hilfsleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll.

Die Lösung liegt in einer Durchbrechung des Circulus vitiosus und in der Wiederherstellung des Vertrauens bei den europäischen Völkern auf die wirtschaftliche Zukunft ihrer Länder und ganz Europas. Der Fabrikant und der Landwirt in weiten Gebieten müssen gewillt und in der Lage sein, ihre Produkte für eine Währung in Tausch zu geben, deren fester Wert außer Zweifel steht. Abgesehen von der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und von der Möglichkeit, daß aus der Verzweiflung der betroffenen Völker sich Unruheherde ergeben können, dürfte es auch offensichtlich sein, welche Folgen dieser Zustand auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten haben muß.

Es ist nur logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft, damit die Entstehung politischer und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß eine solche Unterstützung nicht nach und nach entsprechend der jeweiligen Entwicklung von Krisen geleistet werden darf. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten in Zukunft Hilfsleistungen gewährt, so sollten diese eine Heilungskur und nicht nur ein Linderungsmittel darstellen. Jeder Regierung, die bereit ist, beim Wiederaufbau zu helfen, wird die volle Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten gewährt werden, dessen bin ich sicher. Aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten. Darüber hinaus werden alle Regierungen, politische Parteien oder Gruppen, die es darauf abgesehen haben, das menschliche Elend zu einem Dauerzustand zu machen, um in politischer oder anderer Hinsicht Nutzen daraus zu ziehen, auf den Widerstand der Vereinigten Staaten stoßen.

Eines ist schon jetzt klar: bevor die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen zur Verbesserung der Lage fortsetzen und zum Gesundungsprozeß der europäischen Welt beitragen können, müssen die Länder Europas untereinander zu einer Einigung darüber kommen, was die gegenwärtige Lage am dringendsten erfordert und inwieweit die Länder Europas selbst dazu beitragen können, eine volle Auswertung der Maßnahmen unserer Regierung zu erzielen.

Es wäre weder angebracht noch zweckmäßig, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von sich aus ein Programm entwerfen würde, um die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas durchzuführen. Das ist Sache der Europäer selbst. Die Initiative muß von Europa ausgehen, meine ich. Unsere Rolle sollte darin bestehen, den Entwurf eines europäischen Programms freundschaftlich zu fördern und später dieses Programm zu unterstützen, soweit das für uns praktisch ist. Es sollte ein gemeinsames Programm entworfen werden, hinter dem, wenn nicht alle, so doch eine Anzahl von europäischen Nationen stehen."

Noch im Juni 1947 laden Großbritannien und Frankreich die Sowjetunion zu einer Außenministerkonferenz über den Marshall-Plan ein. Die Sowjetunion nimmt die Einladung an, und die Konferenz wird am 27. Juni in Paris eröffnet. Am 2. Juli lehnt Molotow in seinem Schlußwort auf der Pariser Konferenz die Teilnahme der Sowjetunion und der Ostblockstaaten am Marshall-Plan ab[25]). Die wesentlichen Partien seiner Rede sind folgende:

„Die Sowjetdelegation hat sorgfältig den von der französischen Delegation am 1. Juli gemachten Vorschlag geprüft. Ebenso wie der vorher von der britischen Delegation unterbreitete Vorschlag sieht das französische Projekt die Aufgabe der Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogrammes für ganz Europa vor, obwohl, wie bekannt ist, die meisten der europäischen Länder bis jetzt noch kein eigenes nationales Wirtschaftsprogramm besitzen. Es wird vorgeschlagen, eine Spezialorganisation zur Ausarbeitung eines solchen allumfassenden europäischen Programmes zu bilden und die Organisation zu beauftragen, die Hilfsquellen und Erfordernisse der europäischen Staaten festzustellen, ja sogar die Entwicklung der Schlüsselindustrien in diesen Ländern festzulegen und erst danach die Möglichkeit der Erlangung einer Wirtschaftshilfe von den Vereinigten Staaten zu ermitteln.

Damit ist die Frage der amerikanischen Wirtschaftshilfe, über die außerdem bis jetzt noch nichts bekannt ist, für die britische und die französische Regierung zum Vorwand geworden, auf der Schaffung einer neuen Organisation zu bestehen, welche über den europäischen Ländern steht, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einmischt und sogar die Anweisungen für die Entwicklung der Schlüsselindustrien in diesen Ländern festlegt. Außerdem erheben Großbritannien und Frankreich zusammen mit den ihnen eng verbundenen Ländern Anspruch auf beherrschende Positionen in dieser Organisation, oder, wie es in dem britischen Plan heißt, in dem sogenannten ‚Lenkungsausschuß' für Europa ...

Wenn Anstrengungen gemacht werden, damit sich Europa in erster Linie selbst helfe und sein eigenes Wirtschaftspotential und den Warenaustausch zwischen den Ländern entwickele, dann liegt dies im Interesse der europäischen Länder. Wenn jedoch gesagt wird, daß die entscheidende Rolle im Wiederaufbau des Wirtschaftslebens der europäischen Länder von den Vereinigten Staaten von Amerika und nicht von den europäischen Ländern selbst übernommen werden sollte, dann steht eine solche Politik im Gegensatz zu den Interessen der europäischen Länder, weil dies zur Beseitigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit führen könnte, was mit der Wahrung der nationalen Souveränität unvereinbar wäre.

Die Sowjetdelegation ist der Ansicht, daß die internen Maßnahmen und nationalen Bemühungen jedes Landes von entscheidender Bedeutung für die europäischen Länder sein sollten und nicht Hoffnungen auf Unterstützung aus dem Ausland, die nur von untergeordneter Bedeutung sein dürften. Selbst unter höchst schwierigen Umständen rechnete die Sowjetunion in erster Linie immer mit ihrer eigenen Stärke, und es ist bekannt, daß sie auf dem Wege einer stetigen Entwicklung ihres Wirtschaftslebens voranschreitet.

Es gibt zwei Arten einer internationalen Zusammenarbeit.

Die eine Art der Zusammenarbeit beruht auf der Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen gleichberechtigten Staaten, wenn ihre nationale Souveränität nicht durch äußere Einmischung gefährdet wird. Dies ist die demokratische Grundlage der internationalen Zusammenarbeit, welche die Natio-

[25]) EA 1947, S. 822: Text des Schlußwortes.

nen enger miteinander verbindet und die gegenseitige Hilfe für sie erleichtert. Es gibt jedoch noch eine andere Art einer internationalen Zusammenarbeit, die auf der Vorherrschaft einer oder mehrerer starker Mächte gegenüber anderen Mächten beruht, welche sich in der Lage einer Art untergeordneter, ihrer Unabhängigkeit beraubter Staaten befindet. Es ist ganz offensichtlich, daß die erste Art der internationalen Zusammenarbeit unter den Staaten sich grundsätzlich von der zweiten Art der internationalen Zusammenarbeit unterscheidet, in welcher dieses Prinzip nicht beobachtet wird.

Während die Sowjetregierung die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung gegenüber den Interessen der vertraglich gebundenen Länder befürwortet, kann sie jedoch nicht dabei helfen, die eigenen Angelegenheiten auf Kosten anderer zu regeln, also auf Kosten schwächerer oder kleiner Staaten, da dies mit einer normalen Zusammenarbeit unter den Staaten nichts gemein hat. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der anglo-französische Plan der Bildung einer Spezialorganisation für die Koordinierung der Wirtschaften der europäischen Länder zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten führt, besonders derjenigen, die eine Hilfe von außen besonders benötigen, und daß dies die Beziehungen unter den Staaten Europas nur komplizieren und die Zusammenarbeit unter ihnen schwierig machen würde. Die Sowjetregierung lehnt daher diesen Plan ab, da er unbefriedigend ist und keine positiven Ergebnisse zeitigen kann ...

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die französisch-britischen Vorschläge die Frage Deutschlands und seiner Hilfsquellen aufwarfen. Es wird vorgeschlagen, daß die obenerwähnte Organisation oder der ‚Lenkungsausschuß' sich auch mit der Ausnutzung der deutschen Hilfsquellen trotz der Tatsache befaßt, daß, wie jedermann weiß, die gerechten Ansprüche derjenigen Länder auf Reparationen unbefriedigt bleiben, die unter der deutschen Aggression gelitten haben. Infolgedessen wird für die Länder, welche während des Krieges die größten Opfer brachten und den bedeutendsten Anteil zum Siege der Alliierten beitrugen, nicht nur kein besonderes Interesse gezeigt, sondern es wird sogar vorgeschlagen, auf ihre Kosten die deutschen Hilfsquellen zu anderen Zwecken, jedoch nicht für Reparationen zu verwenden.

Andererseits wird nichts getan, um die Bildung einer allgemeinen deutschen Regierung zu beschleunigen, die besser als irgendjemand anders für die Erfordernisse des deutschen Volkes sorgen könnte. Im Gegenteil, in den Westzonen Deutschlands wird die Politik der Föderalisierung Deutschlands und die Politik der wachsenden Isolierung des westdeutschen Gebietes von dem übrigen Deutschland fortgesetzt, was mit der tatsächlichen Wiederherstellung Deutschlands als eines einheitlichen demokratischen Staates und Mitgliedes der friedliebenden Staaten Europas unvereinbar ist.

Wohin würde die Verwirklichung des französisch-britischen Vorschlages über die Schaffung einer Spezialorganisation oder eines ‚Lenkungsausschusses' zur Ausarbeitung eines allumfassenden europäischen Wirtschaftsprogramms führen? Die Durchführung dieses Vorschlages würde zu nichts Gutem führen. Das Ergebnis hiervon wäre, daß Großbritannien, Frankreich und eine Gruppe von Ländern, die ihnen folgen, sich von den anderen europäischen Ländern isolieren würden und daß sie Europa in zwei Staatengruppen aufteilen und dadurch neue Schwierigkeiten in den Beziehungen unter ihnen verursachen würden. In diesem Falle würden die amerikanischen Kredite nicht dem Ziele des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas dienen, sondern dem Ziel, einige europäische Länder gegen andere europäische Länder auszuspielen, wie es einige starke, die Vorherrschaft anstrebende Mächte in ihrem Interesse wünschen."

Am 12. 7. 1947 wurde in Paris auf Einladung Großbritanniens und Frankreichs unter Teilnahme Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Großbritanniens, Irlands, Islands, Italiens, Luxemburgs, Norwegens, der Niederlande, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und der Türkei ein Committee for European Economic Co-operation (CEEC) eingesetzt.

Acht Staaten hatten die Teilnahme an diesem Unternehmen abgelehnt: Albanien, Bulgarien, Finnland, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn. Das CEEC forderte die 16 beteiligten Regierungen und die Militär-Gouverneure der drei westlichen Besatzungszonen in Deutschland auf, die für ein Wiederaufbauprogramm nötigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Diese Unterlagen wurden in einem Bericht des CEEC am 22. 7. 1947 der Regierung der USA übergeben. Sie wurden die Grundlage für das amerikanische European Recovery Program — ERP — (Marshall-Plan). Die wirtschaftliche und damit politische Spaltung Europas war durch diesen Vorgang vollzogen.

Im Rahmen des ERP ergab sich für die Bi-Zone die Notwendigkeit einer einheitlichen wirtschaftlichen Verwaltung. Es wurde der Wirtschaftsrat in Frankfurt geschaffen, eine Art Parlament aus Abgeordneten, die von den Landtagen gewählt waren. Dem stand ein Länderrat als zweite Kammer gegenüber. Die Exekutive hatte der Verwaltungsrat, eine Art Wirtschaftskabinett.

(Wird fortgesetzt)

Aus der Wirtschaft

Italiens Osthandel

Es wird oft behauptet, daß Italien auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland einen Vorsprung vor anderen Ländern des NATO-Blockes habe. Dies ist nicht der Fall. Richtig ist jedoch, daß der italienisch-sowjetische Warenaustausch in den letzten fünf Jahren bemerkenswert angewachsen ist.

In den Jahren 1959—62 überstieg der Zuwachs im Volumen des Handels zwischen den beiden Ländern den Zuwachs des gesamten italienischen Außenhandels. Diesem Zeitabschnitt war eine Periode vorangegangen, die durch das erste dreijährige Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern eingeleitet wurde. Von 1957 bis 1961 (das Abkommen war durch ein zusätzliches Protokoll um ein Jahr verlängert worden) hielt sich der Warenaustausch jedoch in bescheidenen Grenzen und besonders die italienischen Importe aus der UdSSR unterlagen erheblichen Schwankungen.

Die Wendung setzte mit dem Jahr 1959 ein. 1960 beträgt der italienische Export nach Sowjetrußland 2,15% der gesamten Ausfuhr; der Import beträgt 2,66% der gesamten Einfuhr. In den ersten acht Monaten des Jahres 1961 stieg der Prozentsatz der Importe so erheblich, daß Rußland in der Reihe der italienischen Lieferungsländer an die sechste Stelle rückte, nach den Vereinigten Staaten, der Bundesrepublik, Frankreich und Österreich. Die Statistiken des Exportes ergeben für dieselbe Zeitspanne einen leichten Rückgang, der jedoch zum großen Teil darauf zurückzuführen ist, daß die italienischen Lieferungen langfristiger Natur waren. Für das Stichjahr 1960 (am 7. Juni 1961 wurde ein neues, vierjähriges Handelsabkommen abgeschlossen) ergibt sich im Vergleich zu dem gesamten Außenhandel Italiens ein Anteil von 2,44% des Austausches mit Sowjetrußland. Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte bis 1965 dieser Anteil auf 3% anwachsen, was einem Gesamtwert des Handelsverkehrs von ungefähr 200 Milliarden Liren entsprechen würde.

Wenn man bedenkt, daß von 1948 bis 1957 der Gesamtwert des italienisch-sowjetischen Handels um 13 Milliarden herum lag, dann kommt man allerdings zu dem

Schluß, daß Italien zwar nicht an der Spitze liegt im Vergleich zu anderen westlichen Ländern, jedoch seine Handelsbeziehungen zu Rußland mit erstaunlichem Tempo ausgebaut hat.

Die wirtschaftlichen Kräfte Italiens haben in der Tat in einem kurzen Zeitraum Versäumtes nachholen müssen. Während die Westmächte zur Stelle waren, als die ersten Symptome einer „Auflockerung" in der UdSSR, ungefähr zwei Jahre nach dem Beginn der Ära Chrustschow, die Möglichkeit engerer wirtschaftlicher Beziehungen ins Blickfeld der Realität rücken ließen, ignorierte Italien diese Vorgänge. Von ihren Regierungen und diplomatischen Missionen unterstützt und ermutigt, konnten die Industriellen des Westens auf offiziellem Wege in den russischen Raum vordringen. Den Italienern gelang dies, paradoxerweise, nur auf rein privatem Wege.

Nach einem ersten Vorstoß 1948, als der damalige italienische Außenhandelsminister im Zuge seiner Liberalisierungspolitik einigen großen Industriewerken bedeutende Aufträge in Sowjetrußland zuspielen konnte, ging von neuem der Vorhang des Kalten Krieges zwischen den beiden Ländern herunter. Italien war, sowohl aus innen- wie außenpolitischen Gründen, besonders stark im Kalten Krieg engagiert und zog daraus auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Konsequenzen. In dieser Situation war es die Privatinitiative, die über die ideologische Grenze sprang.

Dem Vorbild der westlichen Handelspolitik folgend, begab sich 1954 ein junger Industrieller aus Turin nach Moskau, wo er sich ein Jahr lang aufhielt, um den sowjetischen Markt zu studieren. Für die italienischen Behörden galt er als „Luxus-Tourist". Nach Italien zurückgekehrt, konnte dieser Pionier den italienischen Industriellen genaue Unterlagen über Geschäftsmöglichkeiten in Rußland unterbreiten. Bereits 1955 erschienen nunmehr die Fiat-Werke auf dem Plan. Es wurde ein Geheimabkommen für die Anlage eines Montage-Werkes und die Konstruktion eines abgewandelten Modelles des Fiat-Kleinwagens „600" abgeschlossen. Dieses Projekt kam infolge der Ungarn-Krise zum Stillstand und in der erneuten Unsicherheit und Spannung der internationalen Lage sahen sich die italienischen Behörden genötigt, dem „Luxus-Touristen" den Paß für seine nächste Rußlandreise zu verweigern.

Erst 1956 konnte dieser „Ost-Reisende" seine Tätigkeit in Moskau wieder aufnehmen und die nunmehr offensichtlichen Bemühungen der Moskauer Instanzen um den Ausbau des sowjetischen Außenhandels dazu nützen, weitere Kontakte mit italienischen Industriekreisen herzustellen. Es folgten Gruppenbesuche auf Einladung der Sowjetregierung. Und nach einigen solchen Reisen beschlossen die Großen der italienischen Geschäftswelt, nunmehr gemeinsam und systematisch die Beziehungen zur Sowjetunion aufzunehmen. Während der Turiner Pionier in seiner Moskauer Isolation einen Jahresumsatz von 15 Milliarden Liren für seine Export-Import-Firma zu verzeichnen hatte, stiegen nunmehr die Großindustriellen kompakt ins Russengeschäft ein.

Bereits 1958 schloß der damalige Vorsitzende der Kunstfiber-Firma Chatillon, späterer Präsident des italienischen Großindustriellen-Vereins, mit der „Tecmaschimport" in Moskau einen Vertrag ab, der unter anderem die Errichtung einer Fabrik in der Sowjetunion im Wert von 13 Milliarden Liren zur Produktion der Cord-Faser einschloß. Es folgten nun rasch die großen Firmennamen wie Fiat, Olivetti, Snia-Viscosa. Diesen Kolossen gegenüber, die in der italienischen Politik mitbestimmend sind, konnte und wollte die italienische Regierung nicht mit dem Mittel des Paßentzuges operieren. Verlangt wurde von den Geschäftsleuten nur absolute Diskretion über ihre Beziehungen zu Sowjetrußland und der Verzicht auf jegliche Publizität. Den mittleren Betrieben allerdings war es nicht möglich, den Polizeikordon zu durchbrechen. Jedes Ersuchen um ein Visum für Rußland setzte diese Geschäftsleute unter einen solchen Druck, daß nur die Wenigsten zum Ziele kamen. Gewisse Anormalitäten der italienisch-sowjetischen Handelsbeziehungen, die sich durch Jahre hindurch nicht beseitigen ließen, sind auf diese Situation, d. h. auf die uneingeschränkte Monopolstellung der großen Konzerne im Rußland-Geschäft zurückzuführen.

Die Lage änderte sich erst, als zu Neujahr 1959 Enrico Mattei, Schöpfer und Präsident der staatlichen „ENI-Petroleum", auf dem Rückweg von China in Moskau Station machte. Mattei interessierte sich für das russische Erdöl, das ihm ein willkommenes Werkzeug schien in seinem Kampf gegen das internationale Erdöl-Monopol der „Sieben Schwestern", das heißt der

großen amerikanischen Petroleum-Gesellschaften. Moskaus Wirtschaftsbehörden hatten Interesse an „Moplen", einem Kunststoff, der als Nebenprodukt der Erdölindusterie gewonnen wird. Das Eingreifen Mattei's hatte zur Folge, daß die italienische Regierung sich nunmehr offiziell mit der Frage der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion befassen mußte. Angesichts der schon weit fortgeschrittenen Durchdringung des russischen Marktes von seiten der westlichen Länder und der neuen Politik Chrustschows begann nun auch für Italien die Phase der öffentlichen Handelsbeziehungen und als erste Folge wurde der 1957 auf Clearing-Verkehr aufgebaute Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern erneuert, erweitert und auf die Formel multilateraler Zahlungsbedingungen umgestellt.

Nach dem Staatsbesuch des Präsidenten der italienischen Republik, Giovanni Gronchi, in Moskau wurden im März 1960 die Verhandlungen zwischen dem Leiter der Fiatwerke, Valletta, und den sowjetischen Instanzen wieder aufgenommen. Fiat bekam den Auftrag, eine Fabrik in der Sowjetunion zu bauen. Noch im selben Jahr schloß Enrico Mattei in Moskau einen Vertrag ab, der Italien für fünf Jahre die Einfuhr von täglich 500 000 Fässern Rohöl sicherte, zu einem Preis, der um mindestens 80 cents unter dem des internationalen Kartells lag.

Seitdem sind die Italiener in schnellem Rhythmus vorgedrungen, um den Vorsprung wenigstens teilweise aufzuholen, den die elastischere Wirtschaftspolitik der westlichen Regierungen auf dem russischen Markt gewonnen hatte. In den drei folgenden Jahren haben sich die großen italienischen Industriekomplexe ihren „Platz an der Sowjetsonne" erobert. Zur Stelle sind die chemischen Werke „Montecatini", die Fabriken in der UdSSR einrichteten und Kunststoffe liefern; „ENI" mit Lieferungen von synthetischem Gummi und Installationen für Ölleitung und Erdölgewinnung; die Textil-Konzerne Chatillon und Snia-Viscosa, die Kunstfasern, Kunststoffe usw. liefern, das Werk für die Herstellung der Faser „Cord-Super" einrichteten und die Installationen für Zellulosegewinnung zur Verfügung stellen; Fiat mit Dieselmotoren, Ersatzteilen, Montagewerken und Eisenmetall-Lieferungen. Die Schiffswerft „Ansaldo" baut 6 Öltanker für die Sowjetunion. Italienische Betriebe beliefern außerdem den russischen Markt mit Präzisionsinstrumenten, Eisschränken, Textilmaschinen, Schreib- und Rechenmaschinen, Werkzeugen, Druckereimaschinen und Installationen zur Verarbeitung von Nahrungsmitteln.

Italiens Einfuhren aus der Sowjetunion bestehen in erster Linie aus landwirtschaftlichen Produkten und Vieh für insgesamt 14,8 Milliarden pro Jahr; Erdöl und Mineralien für 37,3 Milliarden; Manufakturwaren für 27,3 Milliarden (Lebensmittel, Häute, Baumwolle, Holz, Papier, chemische Produkte und Produkte der Metallindustrie). Es ergibt sich demnach ein Bild, das den typischen Bedingungen des Warenaustausches mit unterentwickelten Ländern entspricht: die italienischen Importe bestehen vorwiegend aus Rohstoffen, während unter den Exportgütern bei weitem die Lieferungen von Maschinen, Maschinenteilen und Fabrikeinrichtungen überwiegen. Es handelt sich also um die Ausfuhr von hochwertigen Produkten zugleich mit dem Export von „know-how" und italienischer Arbeit. Darin liegt für die italienische Wirtschaft ein Wert, der von den Statistiken nur ungenügend erfaßt und wiedergegeben wird, obwohl er eine Gewähr für die Zukunft im Sinne eines stabilen Ausbaus der bilateralen Beziehungen darstellt. Das Interesse Italiens am sowjetrussischen Markt liegt denn auch auf dem Gebiet dieser großen Handelsoperationen auf lange Sicht.

Die russische Wirtschaftspolitik und vor allem ihre Organisation macht nur sehr langsam Konzessionen an die Bedürfnisse eines Handelspartners, der im Rahmen einer freien Wirtschaft arbeitet. Der unzureichende Auslandsdienst der sowjetischen Wirtschaft, der eine Kenntnis des Marktes erschwert, wie auch die Hindernisse einer unelastischen Bürokratie und die Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Zahlungsabkommen und des Währungsausgleichs sind Elemente, die einerseits die stärkere Beteiligung der mittleren Betriebe am Rußland-Geschäft erschweren, andererseits auch die großen Operateure oft in schwierige Lagen bringen. Für die italienische Wirtschaft handelt es sich jedoch um ein kalkuliertes Risiko. Die rasche industrielle Entwicklung des Landes bringt es mit sich, daß die Erschließung neuer und sicherer Absatzmärkte von größter Wichtigkeit ist. Daher Italiens Interesse an langfristigen Aufträgen und an hochwertigen Exporten, die eine aktive Beteiligung der italienischen Arbeitskräfte und den Einsatz qualifizierter

Techniker an Ort und Stelle mit sich bringen. Aus diesen Gründen hat die italienische Wirtschaft Jahre hindurch die Nachteile einer unsteten und unausgeglichenen Handelsbilanz im Verkehr mit der Sowjetunion auf sich genommen.

Heute ist man in Italien in bezug auf das Rußland-Geschäft — bei aller Vorsicht, die aus politischen Gründen geboten ist — zuversichtlich und entschlossen, die Verbindungen auszubauen. Es dürfte in Zukunft schwer sein, dieser Tendenz mit ideologischen Argumenten Einhalt zu gebieten. Die Expansion der italienischen Wirtschaft im allgemeinen und ihre nunmehr erwiesene Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt bringt es mit sich, daß die ökonomischen Kräfte nicht mehr gewillt sind, sich aus einem Feld vertreiben zu lassen, auf dem ihre westlichen Kollegen seit langem in aller Ruhe grasen.

Dr. Lily E. Marx, Rom

Buchbesprechungen

Neuerscheinungen

Kulturkritik und Soziologie

Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 163 S., kart. 3,— DM (Edition Suhrkamp, Bd. 28).

Erwin Piscator, Das Politische Theater. Neubearbeitet von Felix Gasbara, mit einem Vorwort von Wolfgang Drews. Rowohlt Verlag, Reinbek, 255 S., 12,80 DM (Rowohlt Paperback, Bd. 11).

Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Scherz Verlag, Stuttgart, 440 S., Ln. 28,— DM. — Der Verlag nennt dieses Buch eine „Analyse nationaler Ideologie in Deutschland" vom Idealismus der Romantik bis zum „Nihilismus des Hitler-Reiches".

Fritz Sternberg, Der Dichter und die Ratio. Erinnerungen an Bertold Brecht. Sachse & Pohl Verlag, Göttingen, 71 S., kart. 4,80 DM (Schriften zur Literatur, Bd. 2).

Geschichte und Zeitgeschichte

Anschläge. Deutsche Plakate als Dokumente der Zeit, 1900—1960. Herausgegeben von Friedrich Arnold. Verlag Langewiesche-Brandt, Ebenhausen bei München, 122 Blatt in den Druck- und Papierfarben der Originale und einem 16seitigen Anhang. Buchausgabe in Halbleinen 38,— DM, Loseblattausgabe in Kassette 44,— DM. — Fast einhundert Blatt dieser, nach Auskunft des Herausgebers aus dem Fundus deutscher Archive und Privatsammler zusammengetragenen, Ausgabe beanspruchen die Zeugnisse der politischen Geschichte.

Simplicissimus. Eingeleitet von Golo Mann. Scherz Verlag, Stuttgart, 208 S., davon 175 ganzseitige Facsimile-Abdruck sowie 8 Farbtafeln, Großformat, Ln. 24,80 DM (Facsimile-Querschnitte, Bd. 2).

Frolinde Balser, Sozial-Demokratie, 1848/49 bis 1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution. Ernst Klett Verlag, Stuttgart, Textband 496 S., Quellenband 256 S., mit 8 Tafeln, Vorsatzkarte und 16 Faks., Ln., im Schuber 68,— DM (Schriftenreihe „Industrielle Welt", Bd. 2).

Gilbert Ziebrura, Léon Blum. Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik. Ausgabe in zwei Bänder. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin, Band I: 1872 bis 1934. XII, 526 S. mit 6 Tafeln und Abb., Groß-Oktav., Ln. 68,— DM. — Jeder der beiden Bände ist mit einem umfangreichen dokumentarischen Anhang ausgestattet, der statistische und kartographische Belege über Aufbau und Entwicklung der Sozialistischen Partei Frankreichs enthält. Band II wird den Zeitraum von 1934 bis 1950 darstellen.

Rudolf Rolfs

Was ich noch sagen wollte . . .

Zwanzig Milliarden. So eine Zahl muß man ausgeschrieben sehen — 20 000 000 000,—, um die Kongruenz mit unserer Politik zu erkennen: die vielen Nullen. Ich wäre auch dafür, daß man mit diesem Betrag ein ganzes Volk aufrüstet. Sozial. Mit so einem Polster ließe sich ein Volk gegen jede Krise immunisieren. Aber was würden die Aktionäre von Krauss-Maffei dazu sagen? Panzer werden mit fünf Jahren unmodern und Krankenhäuser erst nach fünfzig, wo bliebe da die Dividende am Ende? Und das Ende ist nun auch von jeder Schulstunde in Bayern weg. Wegen Lehrermangel hat die Stunde nur noch 45 Minuten. Wenn das so weitergeht bekommt man das Reifezeugnis bereits, wenn man nur ein Kreuz machen kann. Ist es ein Zufall, daß das kirchliche Kreuz auf dem Wahlzettel meist schief liegt?

Da von Hassel kein Bayer ist, handelt es sich bei ihm um ein anderes Kreuz. Sein Kreuz ist es, daß man vielerorts nicht sehr lobt, was hart macht. Die preußisch / gaullistische Freundschaft importierte eine Variation des Marquis de Sade. Ob man in Sparta Unteroffizierslehrgänge durchführen wird? Er kann ja nichts dafür, daß er Kai-Uwe heißt, aber, daß er so denkt. Und zwischen modernen Vokabeln wie Stereofonie, Elektroklopfer und Economy-Klasse entdeckte ich den hinterlistigen Slogan: Vorwärtsverteidigung. Nun noch einen kleinen Hüpfer und ‚Angriff ist die beste Vorwärtsverteidigung!'. Und unser ‚Vorwärtsverteidigungsminister' scheint den SPIEGEL in einem billigen Lesezirkel, der seine Leser mit einem halben Jahre Verspätung beliefert, gelesen zu haben, wenn er jetzt bekannte, daß die Verteidigungskraft erst halbstark sei.

Nun, daß unsere Rüstung vorwiegend Flickwerk sei, ist weiten Kreisen bekannt. Ein Flickwerk mit Werken von Flick. Was für viele Entspannung, wäre für ihn vielleicht Krise.

Wie fürchterlich für einige, wenn die meisten ohne Furcht leben würden. Nichtangriffspakt, ‚Buhmann' vieler Aktionäre. (Krauss-Maffei-Papiere stiegen doch von 333 auf über 500!) Kasernenhoflieferanten erwärmen sich für kalte Kriege.

Man stelle sich vor, wir ständen denen da drüben friedlich gegenüber, da wären war gezwungen, uns als starke Demokraten zu geben. Von Herrn Abelsberger bis Frau Zottelbach, von Flensburg bis Garmisch-Partenkirchen. Wo bekämen wir so schnell für alle eine Weltanschauung her, die nicht nur zwischen Fettsucht und Kasernenhofdenken pendelt?

Es könnte ja dann jemand auf die Idee kommen, daß bei einem Nichtangriffspakt schließlich Waffen so ein Nonsens sind wie ein Weinkeller im Hause eines Antialkoholikers. Und nun das Allerschlimmste: Die DDR fühlte sich aufgewertet! Recht geschiehts mir, daß ich friere, warum kauft mir mein Vater keinen Mantel!

Man stelle sich vor, es käme zu Verhundlungen, in denen wir beweisen müßten, daß die Sprüche von der ‚Wiedervereinigung' nicht nur nationale Wahlfangparolen waren! Gefährlicher Frieden!

Bleibt stark gegen den Frieden, Deutsche! Der Rüstungsprofit in der Hand verzinst sich besser als der Palmwedel auf dem Dach! Wer weiß, ob wir dem Frieden gewachsen sind? Der nationalbewußte Deutsche stimmt für sein Rumpsteak und den 20-Milliarden - Rüstungsetat! Hurra, hurra, hurra!

Übrigens:

Bei uns wertet man es als Charakter, einen Besen zu verschlucken und dann stolz auf die gerade Haltung zu sein.

bedeutet: Krieg. Eine Maske ist von Deutschlands Gesicht gefallen? So feierlich kann ich's gar nicht nehmen: hier gibt es schon lange nichts mehr zu maskieren. Zum ersten Mal seit langen Jahren hat Deutschland eine politische Geste getan, die nicht verlogen ist. Man darf nicht vergessen, daß die Opposition gegen Hindenburg sich ja niemals gegen seinen Kern richtete, gegen sein Ethos, gegen seine Weltanschauung — sondern nur gegen seine Mittel. Die einen haben für das Beil gestimmt, die andern für die Guillotine — über die Anwendung der Todesstrafe sind sich alle einig."

Im Jahre 1933/34 schrieb Emil Ludwig das Buch: „Hindenburg — Legende und Wirklichkeit".

Und heute?

„Hindenburg ist niemals sehr klug gewesen. Aber wissen Sie, das Gute, was getan worden ist, der Widerstand, der geleistet worden ist, der war wirklich da. Der wird nicht dargestellt, nicht wahr? Zum Beispiel, wie ich doch unter wirklich großer Gefahr jeden Tag den Londoner Sender gehört habe und später den Soldatensender Calais. Das war doch auch ein Beweis dafür des Widerstandes, nicht wahr?"

(Aus dem Fernsehinterview, das Konrad Adenauer der Amerikanischen Rundfunkgesellschaft CBS gewährte, Januar 1963.)

Man ist klüger geworden, heute. Oder schlauer?

Hans v. Uslar

Dokumente zum Zeitgeschehen

Entwurf einer Deklaration über die Beseitigung aller Formen der rassischen Diskriminierung

Den nachfolgenden Deklarations-Entwurf haben die 21 Mitgliedstaaten der UN-Kommission für die Menschenrechte — Afghanistan, Chile, (National-) China, Dänemark, El Salvador, Ecuador, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, Kanada, Libanon, Liberia, Niederlande, Panama, Philippinen, Polen, Sowjetrepublik Ukraine, Sowjetunion, Türkei und USA — im Auftrag der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf einer Tagung in Genf ausgearbeitet und am 2. April 1963 einstimmig angenommen.

DIE VOLLVERSAMMLUNG

— in der Erwägung, daß sich die Charta der Vereinten Nationen auf das Prinzip der Gleichheit aller menschlichen Wesen gründet und, neben anderen wichtigen Zielen, eine internationale Zusammenarbeit durch die Förderung der Achtung der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion anstrebt,

— unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte [1]) proklamiert, alle menschlichen Wesen seien frei und gleich in Würde und Rechten geboren, und jedermann sei berechtigt, alle diese Rechte und Freiheiten wahrzunehmen, ohne Unterschied irgendeiner Art, nach Rasse, Hautfarbe oder nationaler Eigenart,

— in Anbetracht dessen, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte weiterhin proklamiert, alle Menschen seien vor dem Gesetz gleich und gleichermaßen berechtigt zu gleichem Schutz durch das Gesetz gegen jede Diskriminierung und gegen jede Anstiftung zu solcher Diskriminierung,

---

1) Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 fordert in Artikel 2 die Gleichheit aller Menschen „ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Glauben, politische oder sonstige Überzeugung, nationale oder soziale Herkunft, Vermögen, Geburt oder andere Umstände".

— im Hinblick darauf, daß die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker [2]) bestätigt, mit Kolonialismus und den damit verbundenen Praktiken der Separierung und Diskriminierung müsse ein Ende gemacht werden,

— in Erinnerung an die anderen Resolutionen, die von der Vollversammlung und internationalen Gremien, von den Sonderorganisationen, speziell der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO) und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) zur Frage der Diskriminierung angenommen worden sind,

— im Hinblick darauf, daß die Diskriminierung nach Rasse, Hautfarbe oder ethnischer Eigenheit weiter andauert (obgleich internationale Aktionen und Bemühungen in einer Anzahl von Ländern einen Fortschritt auf diesem Gebiet ermöglichten) und Anlaß zu ernster Besorgnis gibt,

— beunruhigt durch die in verschiedenen Teilen der Welt noch sichtbaren Symptome rassischer Diskriminierung, von denen einige durch gewisse Regierungen mittels legislativer, administrativer oder auch anderer Maßnahmen hervorgerufen werden, unter anderem in Form von Apartheid, Segregation und Separation sowie durch die Förderung und Verbreitung von Doktrinen rassischer Überlegenheit und Expansionismus in bestimmten Gebieten,

— überzeugt davon, daß rassische Diskriminierung und eine Regierungspolitik, die sich auf rassische Überlegenheit und Haß gründet, neben einer Verletzung grundsätzlicher Menschenrechte darauf gerichtet ist, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern, eine Zusammenarbeit der Nationen, internationalen Frieden und Sicherheit zu gefährden,

— überzeugt weiterhin davon, daß rassische Diskriminierung nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für diejenigen beleidigend ist, die eine solche Diskriminierung praktizieren,

BESTÄTIGT FEIERLICH die Notwendigkeit einer raschen Beendigung rassischer Diskriminierung in allen ihren Formen und Äußerungen und erläßt diese Deklaration, um durch nationale und internationale Regeln, durch Schule und Erziehung die allgemeine und wirksame Anerkennung der darin niedergelegten Prinzipien zu sichern.

Artikel 1 — Diskriminierung in den Beziehungen zwischen menschlichen Wesen aus Gründen der Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Eigenheiten ist ein Angriff auf die menschliche Würde und soll als eine Verleugnung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, als eine Verletzung der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündeten Rechte und fundamentalen Freiheiten und als ein Hindernis für freundschaftliche und friedliche Beziehungen zwischen den Nationen verurteilt werden.

Artikel 2 — Kein Staat, keine Institution, Gruppe oder Person darf eine Diskriminierung hinsichtlich der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten in der Behandlung von Personen aus Gründen der Rasse, der Hautfarbe oder ethnischen Eigenheiten praktizieren. Um die angemessene Entwicklung oder den Schutz von Personen zu gewährleisten, die einer bestimmten rassischen Gruppe angehören, müssen besondere Maßnahmen ergriffen werden mit dem Ziel, diesen Personen die volle Ausübung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten zu garantieren. Diese Maßnahmen sollen aufgegeben werden, nachdem die Notwendigkeit dafür entfällt und unter keinen Umständen die Erhaltung ungleicher oder besonderer Rechte für bestimmte rassische Gruppen bezwecken.

Artikel 3 — Um eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Hautfarbe oder der ethnischen Eigenart zu verhindern, sind besondere Anstrengungen nötig, insbesondere im Bereich der politischen Rechte, der Staatsbürgerschaft, der Erziehung, Religion, Arbeit und des Eigentums und Wohnungswesens. Ohne Unterschied der Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Eigenheiten soll jedermann gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt und jeder öffentlichen Einrichtung haben.

Artikel 4 — Alle Staaten sollen die notwendigen Schritte unternehmen, um ihre Regierungsgrundsätze zu überprüfen und Gesetze und Vorschriften, deren Folge die Erzeugung und Erhaltung rassischer Diskriminierung ist, aufzugeben, wo immer diese noch

---

[2]) Diese Erklärung wurde von der Vollversammlung am 14. Dezember 1960 mit 89 Stimmen bei 9 Enthaltungen gebilligt. Stimmenthaltung übten Australien, Belgien, die Domonikanische Republik, Frankreich, Großbritannien, Portugal, Spanien, Südafrika und die USA.

Gültigkeit haben. Sie sollten, wenn nötig, die Gesetzgebung revidieren, um eine solche Diskriminierung zu verbieten und alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um alle die Vorurteile zu bekämpfen, die zur Rassendiskriminierung führen.

Artikel 5 — Ohne Verzug ist ein Ende zu machen mit einer Regierungspolitik der Rassentrennung, insbesondere einer Politik der Apartheid, wie auch mit allen Formen von Rassendiskriminierung und Separation, die das Ergebnis einer solchen Politik sind.

Artikel 6 — Jede Person, ohne Unterschied der Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Eigenheiten soll das Recht besitzen, an der Regierung ihres Landes teilzunehmen und sich durch allgemeines und gleiches Stimmrecht an Wahlen zu beteiligen. Bei Berufungen in öffentliche Ämter soll es keine Diskriminierung aus Gründen der Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Eigenart geben.

Artikel 7 — Jedermann soll das Recht auf wirksame Hilfe gegen jede Diskriminierung auf Grund seiner Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Eigenart und auf die Achtung seiner Grundrechte und Freiheiten durch unabhängige, nationale und kompetente Gerichte haben.

Artikel 8 — Im Bereich des Unterrichts- und Erziehungswesens und auf dem Gebiet der Information sollen die notwendigen Schritte so bald wie möglich unternommen werden, um Rassendiskriminierung und Vorurteil zu beseitigen und das Verständnis, die Toleranz und Freundschaft zwischen den Nationen und rassischen Gruppen zu fördern, sowie die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung (der Menschenrechte) zu propagieren.

Artikel 9 — Jede Propaganda, die von dem Gedanken oder Theorien der Überlegenheit einer Rasse oder Personengruppe einer bestimmten Hautfarbe oder ethnischen Eigenart ausgeht und das Ziel verfolgt, Rassendiskriminierung in irgendeiner Form zu rechtfertigen oder zu fördern, soll ebenso wie jede Anstiftung zu Haß oder Gewalt gegen irgendeine Rasse oder Personengruppe anderer Hautfarbe oder ethnischer Eigenart verurteilt werden.

Artikel 10 — Die Vereinten Nationen, die Spezialorganisationen, Staaten und nicht-staatliche Organisationen sollten, jede in ihrer Tätigkeitssphäre, alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung auf Grund der Rasse, Hautfarbe oder ethnischen Eigenheit zu sichern.

Draft Declaration on the Elimination of all Forms of Racial Discrimination,
Press Release, Geneva, 2. April 1963.
(Dt. Übersetzung „Blätter für deutsche und internationale Politik")

Nachtrag zu Heft 8:

Durch einen technischen Fehler ist in Heft 8/63, S. 638 der Hinweis darauf unterblieben, daß der Beitrag „Ein neuer Staat in Südostasien" aus der Feder von Dr. Ingelore Winter stammt.

D. Red.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Redaktion: Dr. Achim v. Borries, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Joh. L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 2,50, zuzügl. DM —,20 Porto, bzw. Postzustellgebühr.

Postscheck: Köln 6514. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; die Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36

Druck: Druckhaus Franz W. Wesel, Baden-Baden. Printed in Germany.

Bemerkungen:

Dr. Hermann Rauschning, 1887 in Thorn/Westpreußen geboren, im preußischen Kadetten-Korps erzogen, war nach dem Ersten Weltkrieg maßgeblich beteiligt beim Aufbau des deutschen Volksbildungswesens in den an Polen abgetretenen Gebieten. 1932 wurde er Vorsitzender des Danziger Landbundes, nach den Wahlen vom 28. Mai 1933, als Nationalsozialist, Senatspräsident (Regierungschef) der Freien Stadt Danzig. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Danziger NS-Gauleiter Forster und der Reichsregierung trat Rauschning am 29. November 1934 zurück – in klarer Erkenntnis des nihilistisch-imperialistischen Charakters des Nationalsozialismus. 1936 verließ er Danzig. Er ging, nach einem längeren Aufenthalt in Großbritannien, schließlich in die USA, wo er heute als Farmer in Portland/Oregon lebt.

In der Emigration trat Hermann Rauschning früh als einer der ersten und entschiedensten Warner vor dem Nationalsozialismus auf, den er von innen her kennengelernt hatte, nicht zuletzt bei seinen wiederholten Begegnungen mit Hitler, über die er in dem 1939 erschienenen aufsehenerregenden Buch „Gespräche mit Hitler" berichtete. Vorausgegangen war bereits 1938 das große Werk „Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich". Mit den eindringlichen Warnungen vor der zerstörerischen Macht des Nationalsozialismus verband Rauschning eine Fülle gedankenreicher Vorschläge für den Aufbau eines nach-nationalsozialistischen Deutschland in welt-offen-christlichem Geiste.

Nach dem Kriege trat er mit zahlreichen Publikationen für eine die weltpolitische Entspannung fördernde Lösung des Deutschland-Problems ein. Früh hatte er die aus der einseitigen militärpolitischen Westbindung der Bundesrepublik für den Weltfrieden, die Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands resultierenden Gefahren erkannt. Zahlreiche Aufsätze in diesen „Blättern" legen von dieser Einsicht Zeugnis ab. Hingewiesen sei ferner auf die Bücher: „Deutschland zwischen West und Ost" (1950), „Ist Friede noch möglich?" (1952), „Masken und Metamorphosen des Nihilismus" (1954), „Die deutsche Einheit und der Weltfriede" (1955), „Mut zu einer neuen Politik" (1959).

Vorgesehen sind u. a.:

Heinz Abosch:
Was kommt nach de Gaulle?

Dr. Eugen Koller:
Der Konfessionalismus im bayerischen Schulwesen

Dr. jur. Ilse Staff:
Bewältigung der Vergangenheit

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Seymour Melman:
Der Sättigungsgrad der Rüstung (6/63)

James P. Warburg, New York:
Abschied von der Nachkriegsepoche (7 u. 8/63)

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer:
Christliche Existenz in der DDR

Es schrieben bisher u. a.:

Prof. Dr. Wolfg. Abendroth
Heinz Abosch
Frank Allaun, M. P.
Dr. Walther Ammann
Dr. Günther Anders
Stefan Andres
Prof. Manfred v. Ardenne
Prof. Dr. Geoffrey Barraclough
Wolfgang Baranowsky
Vikar Albrecht Bausch
Prof. Dr. Dr. Hans Bayer
Prof. Dr. Karl Bechert, MdB, V/1*)
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Lucie Beyer, MdB, III/5*)
Carl Bloice, San Francisco
Lord Boyd Orr, D. S. O., M. C., F. R. S., LL. D.
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner
Klemens Brockmöller S. J.
Fenner Brockway, M. P.
Dr. Hildegard Brücher, MdL
Kanonikus John Collins
Dr. Gustavo Davidson San Juan
Harold Davies, M. P.
Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann
Dr. Ulrich W. Döring
Dr. Helmut Dörr
Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Fritz Eberhard, V/1*)
Klaus Ehrler, M. A.
Prof. Dr. Fritz Eichholtz
Otto Eisenmann, MdB
Vera Elyashiv, Tel Aviv
Dr. Hans Magnus Enzensberger
Dr. Hermann Etzel
Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick
Dr. Erwin Flaschberger
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D.
Dr. Hildegard Forres
Gertrud von le Fort
Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt
Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz
Min.-Dir. i. R. Dr. Hugo Freund
Prof. Dr. Wolfgang Friedmann
Prof. Dr. Ragnar Frisch
Prof. Dr. Erich Fromm
Prof. D. Emil Fuchs
Christian Geißler
Albrecht Goes
Prof. D. Helmut Gollwitzer
Dr. Dr. Georg Groeninger
Kurt R. Grossmann
Propst D. Dr. Heinrich Grüber
Prof. Dr. Werner Hahlweg
Rechtsanwalt Heinrich Hannover
Prof. Joh. Harder
Prof. Dr. Wilhelm Hasenack
Dr. Friedrich Heer
Minister a. D. Dr. Arno Hennig, III/5*)
Dr. Hans Henrich, III/12*)
Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig
Prof. D. Dr. Johannes Hessen
Dr. Rudolf Hilf
Dr. Irene Hilgers-Hesse
Kurt Hirsch
Hans Heinz Holz
Prof. D. J. L. Hromádka
Regierungsrat Rudolf Ismayr
Prof. Rolf Italiaander
Prof. D. Hans Joach. Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Mervyn Jones, London
Dr. Victor Kadalie
Prof. Dr. Erich Kahler
Hans Hellmut Kirst
Prof. Dr. Friedrich Klein
Dr. Arno Klönne
D. D. Heinz Kloppenburg
Lorenz Knorr
Dr. Eugen Kogon
Prof. J. Korowin
Dr. Erich Küchenhoff
Prof. Dr. Karl Kupisch
Dr. Horst Lademacher
Prof. Dr. Bernard Lavergne
Dr. Jonas Lesser
Dr. Carlo Levi, Rom
Prof. Dr. Hanns Linhardt
Pfr. Dieter Linz
Hans Lipinsky-Gottersdorf
Peter J. Loewenberg
Peter Lust, Montreal
Albert J. Luthuli
Prof. Dr. Walther Maas
Prof. Dr. Werner Maihofer
Dr. Bodo Manstein
Enrico Marussig, Rom
Dr. Lily E. Marx, Rom
Dr. Basil Mathiopoulos
Prof. Dr. L. L. Matthias
Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. h. Ernst May
Mathias Joseph Mehs
Prof. Seymour Melman, New York
Prof. Dr. med. Heinrich Meng
Dr. Wilhelm Ritter v. Meng
Prof. Dr. Eberhard Menzel
Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, III/2*)
Herbert Mochalski
Hans Nätscher, V/1*)
Peter Nellen, Mdb, III/1*)
Prof. Dr. Anton Neuhäusler
Anna Niekiewicz, Warschau
Prof. Hermann Oberth
Prof. Dr. László Márton von Pákozdy
Prof. Dr. Linus Pauling
Unterrichtsminister Helveg Petersen, Kopenhagen
Bürgermeister Rudolf Pikola
Kurt Pritzkoleit
Prof. L. A. Puntila, Helsinki
Außenminister Dr. Adam Rapacki, Warschau
Prof. Dr. Harold Rasch
Prof. Dr. A. J. Rasker
Prof. Dr. Franz Rauhut
Dr. Hermann Rauschning
Prof. Dr. Gerhard Reintanz
Prof. Dr. Hans Rheinfelder
Prof. Dr. Helmut Ridder
Prof. Dr. Renate Riemeck
Prof. Dr. Karl Rode
Rudolf Rolfs
Oreste Rosenfeld, Paris
Earl Bertrand Russell, O. M., F. R. S.
E. S. Sachs
Paul Schallück
Prof. Dr. Franz Paul Schneider
Prof. Dr. Rud. Schottlaender
Prof. Dr. L. Schücking
Hermann Schwann
Dr. Ernst Schwarz
Prof. Dr. Dr. H. Schweigart
Prof. Dr. Michael Seidlmayer †
Dr. Seiei Shinohara, Tokio
William L. Shirer, New York
Julius Silverman, M. P.
Richard E. Sperber
Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg
Heinrich Steege
Prof. Dr. Karl Stoevesandt
Prof. D. Herm. Strathmann
Herbert Stubenrauch
Bertil Svahnström
Stephen Swingler, M. P.
Dr. Ruth Tangemann
Dr.-Ing. Jan Friedrich Tönnies
Tomas Torsvik, Bergen (Norwegen)
Prof. Dr. Gregori Tunkin
Prof. D. Heinrich Vogel
William Warbey, M. P.
James P. Warburg, New York
Studentenpfarrer Rudolf Weckerling
Dr. med. Joseph Weill
Günther Weisenborn
Prof. Dr. Leo Weismantel
Prof. Dr. Aloys Wenzl
Max Winiger, Zürich
Hans Wirtz
Botschafter Dr. Zairin Zain
Konni Zilliacus, M. P.
Prof. Dr. Ernst Zinner
Anton Zischka
Abdelkader Zouari
Gerhard Zwerenz

*) Die römischen Jahrgangsziffern und arabischen Monatsnummern bezeichnen das Heft, in dem der betreffende Autor zuletzt einen Beitrag veröffentlicht hat.

Bemerkungen:

Dr. Hermann Rauschning, 1887 in Thorn/Westpreußen geboren, im preußischen Kadetten-Korps erzogen, war nach dem Ersten Weltkrieg maßgeblich beteiligt beim Aufbau des deutschen Volksbildungswesens in den an Polen abgetretenen Gebieten. 1932 wurde er Vorsitzender des Danziger Landbundes, nach den Wahlen vom 28. Mai 1933, als Nationalsozialist, Senatspräsident (Regierungschef) der Freien Stadt Danzig. Nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Danziger NS-Gauleiter Forster und der Reichsregierung trat Rauschning am 29. November 1934 zurück – in klarer Erkenntnis des nihilistisch-imperialistischen Charakters des Nationalsozialismus. 1936 verließ er Danzig. Er ging, nach einem längeren Aufenthalt in Großbritannien, schließlich in die USA, wo er heute als Farmer in Portland/Oregon lebt.

In der Emigration trat Hermann Rauschning früh als einer der ersten und entschiedensten Warner vor dem Nationalsozialismus auf, den er von innen her kennengelernt hatte, nicht zuletzt bei seinen wiederholten Begegnungen mit Hitler, über die er in dem 1939 erschienenen aufsehenerregenden Buch „Gespräche mit Hitler" berichtete. Vorausgegangen war bereits 1938 das große Werk „Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich". Mit den eindringlichen Warnungen vor der zerstörerischen Macht des Nationalsozialismus verband Rauschning eine Fülle gedankenreicher Vorschläge für den Aufbau eines nach-nationalsozialistischen Deutschland in welt-offen-christlichem Geiste.

Nach dem Kriege trat er mit zahlreichen Publikationen für eine die weltpolitische Entspannung fördernde Lösung des Deutschland-Problems ein. Früh hatte er die aus der einseitigen militärpolitischen Westbindung der Bundesrepublik für den Weltfrieden, die Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands resultierenden Gefahren erkannt. Zahlreiche Aufsätze in diesen „Blättern" legen von dieser Einsicht Zeugnis ab. Hingewiesen sei ferner auf die Bücher: „Deutschland zwischen West und Ost" (1950), „Ist Friede noch möglich?" (1952), „Masken und Metamorphosen des Nihilismus" (1954), „Die deutsche Einheit und der Weltfriede" (1955), „Mut zu einer neuen Politik" (1959).

Vorgesehen sind u. a.:

Heinz Abosch:
Was kommt nach de Gaulle?

Dr. Eugen Koller:
Der Konfessionalismus im bayerischen Schulwesen

Dr. jur. Ilse Staff:
Bewältigung der Vergangenheit

In den letzten Heften u. a.:

Prof. Seymour Melman:
Der Sättigungsgrad der Rüstung (6/63)

James P. Warburg, New York:
Abschied von der Nachkriegsepoche (7 u. 8/63)

Prof. D. D. Helmut Gollwitzer:
Christliche Existenz in der DDR